

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 27 · 4. Juli 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Ein fast vergessenes Jubiläum

Gedanken zum 500. Jahrestag der Gründung des ersten Staates mit Namen Preußen Seite 3



Ausstellung Ein Treck aus dem Osten in den Bildern zweier Fotografen Seite 10



Pommern Entlang der Dievenow und der Oderinsel Wollin Seite 19

VON RENÉ NEHRING

HAUSHALT

Lügen haben bekanntermaßen kurze Beine. Wenn man das Wort „Lügen“ als Analogie für Wahlbetrug nimmt, passt dieses alte Sprichwort auch auf die Lage der schwarz-roten Bundesregierung.

Grund für diese drastische Wortwahl ist der Ärger, der CDU/CSU und SPD dieser Tage entgegenschlägt, nachdem der sozialdemokratische neue Finanzminister Lars Klingbeil seinen ersten Haushaltsentwurf vorlegte. Hauptkritikpunkt daran ist, dass das Bürgergeld 2026 um zehn Prozent auf knapp 50 Milliarden Euro steigen soll – und damit schneller als der Rest des Budgets – und dass auch die Kosten für das Gesundheitswesen und die Pflege stark ansteigen sollen, während der Haushalt zu wenige Entlastungen für die steuerzahlenden Bürger vorsieht.

Kein Gespür für die Lage der Wähler

Vor allem das Ausbleiben der im Wahlkampf versprochenen Senkung der Stromsteuer für private Haushalte erhitzt die Gemüter. Zur Begründung dafür, dass Schwarz-Rot beim Thema Stromsteuer zwar die Unternehmen, jedoch nicht die privaten Bürger entlasten will, erklärte ein Sprecher Klingbeils, dass die dafür erforderlichen rund 5,4 Milliarden Euro nicht vorhanden seien.

Dass auf der einen Seite fünf Milliarden Euro Mehrausgaben für die Empfänger von Sozialleistungen möglich sein sollen, hingegen ein fast identischer Betrag für die mit ihren Steuern und Abgaben den Staat finanzierenden Bürger für nicht finanzierbar erklärt wird, verdeutlicht einmal mehr den fundamentalen Wandel vor allem in der SPD. Stritten die Sozialdemokraten einst dafür, dass diejenigen, die für ihr monatliches Einkommen hart arbeiten mussten, von ihren Einkünften auch leben konnten, zeigt die Führung der Partei von heute dafür kein Verständnis mehr. Stattdessen legen sich

Der Fehlstart von Schwarz-Rot setzt sich fort

Der erste Haushaltsentwurf der neuen Regierung offenbart, dass hier zwei Partner zusammengefunden haben, die wenig miteinander verbindet

die Sozialdemokraten vor allem für die Empfänger staatlicher Leistungen ins Zeug. Und so erscheint die SPD von heute – so hart das für viele altgediente Genossen auch klingen mag – auf vielen Ebenen längst nicht mehr als Arbeiterpartei, sondern als politische Heimat für all jene, die davon leben, als Mitarbeiter einer Behörde oder einer NGO das Geld anderer Leute zu verteilen.

Neu ist dieser Befund nicht. Seit Jahrzehnten schon pendeln die Genossen zwischen der Sehnsucht nach möglichst viel Umverteilung und der nüchternen Erkenntnis, dass das Geld dafür zuvor auch irgendwo verdient werden muss. So fremdelte niemand so sehr mit den Erfolgen der von dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder auf den Weg gebrachten Agenda 2010 wie dessen eigene Partei. Anstatt mit Freuden zur Kenntnis zu nehmen, dass vergleichsweise geringe Einschnitte bei den Sozialausgaben damals einer ermatteten Volkswirtschaft neue Impulse gaben und schon bald zu einem Anstieg der Löhne und Gehälter auch der kleinen Leute führten, kämpfte und kämpft ein Großteil der Funktionäre gegen die eigenen Erfolge.

Selbst die unbestreitbare Tatsache, dass der abermalige Linkskurs der Genossen in den vergangenen Jahren sie mit jeder Bundes- und Landtagswahl weiter nach unten geführt hat, ficht die tonangebenden Sozialdemokraten nicht an.

Vielmehr nehmen sie das überraschende Comeback der SED-PDS-Linkspartei bei der Bundestagswahl 2025 als Ermütigung, noch weiter nach links zu rücken.

Dabei ignorieren sie, dass der Großteil der einstigen SPD-Wähler nicht zur woken „Linken“, sondern zur AfD abgewandert ist. Die Statistiken zeigen klar, dass die „blaue Arbeiterpartei“ vor allem dort stark ist, wo die rote Arbeiterpartei schwächelt. Ein maßgeblicher Grund für diese Wählerwanderung dürfte das Gefühl von Durchdie-da-oben-ignoriert-werden sein, das sich bei den „einfachen Leuten“ seit Jahren eingeschlichen hat, und das sich längst nicht nur auf die Einkommens- und Steuersituation bezieht, sondern auch und vor allem darauf, dass die Folgen der im linken Lager propagierten grenzenlosen Zuwanderung gerade in jenen Milieus zu spüren sind, in denen sozialdemokratische Parteien traditionell ihre Hochburgen haben.

Verweigern der Ursachenforschung

Dass dieser Zusammenhang den Genossen anderer Länder durchaus bewusst ist, zeigen gerade wieder einmal die dänischen Sozialdemokraten. Hatten diese schon vorher die Zuwanderung in ihr Land begrenzt und somit auch die dänischen Rechtspopulisten marginalisiert, so erklärten sie nun anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli, die Beschränkung der Zuwanderung auch auf die europäische Agenda zu setzen.

Umso bedenklicher, dass den deutschen Genossen in der Auseinandersetzung mit derjenigen Partei, die am meisten von ihrem Niedergang profitiert – nämlich der AfD – nichts anderes einfällt, als (wie eben erst auf dem Bundesparteitag) unermüdlich deren Verbot zu fordern. Die Frage, warum ihr eigentlich so viele einstige Stammwähler den Rücken gekehrt haben, stellt sich die SPD-Spitze bezeichnenderweise nicht.

Aus Sicht der Union und erst recht ihrer bürgerlichen Wähler rächt sich nun, dass CDU und CSU nach der Bundestagswahl im Bewusstsein, dass für sie nur eine Koalition mit der SPD infrage kam, allzu schnell bereit waren, den Genossen nachzugeben. Anstatt erst zu verhandeln, wie eine Reformpolitik aussehen könnte, damit – wie von Friedrich Merz im Wahlkampf gefordert – der Staat endlich mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldmengen auskommt, einigten sich Rot und Schwarz darauf, die Schuldenbremse des Grundgesetzes noch mit dem alten, bereits aufgelösten Bundestag aufzuweichen.

Nun, wo mit Blick auf den neuen Haushalt deutlich wird, wohin dieses Augen-zu-und-durch-Verhalten geführt hat, laufen auch zahlreiche Christdemokraten dagegen Sturm. Was wiederum schon jetzt die Frage aufwirft, wie die ungleichen Partner in der Bundesregierung noch fast vier Jahre bis zum nächsten Wahltermin durchhalten wollen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlins Landesregierung gibt die SPD gegenüber der CDU meistens den Ton an Seite 5

Kultur

Berlins Museumsinsel wird 200 Jahre alt – und gönnt sich eine sehr lange Feier Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Brauchtumpflegerie und Treffen unter Freunden – das Sommerfest in Wuttrienen Seite 13

Lebensstil

Ein schwer auffindbarer „Schwedischer Hügel“ in der Neumark Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 27
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„Nukleare Zweideutigkeit“ Israels Kernwaffenprogramm wurde lange geheim gehalten. Bis heute wird internationalen Inspektoren der Zugang zu den Atomanlagen verwehrt

Die geheime Lebensversicherung

Neben dem Geheimdienst Mossad ist das Atomwaffenarsenal der wertvollste Garant für Israels Freiheit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Staat Israel hat weder den Atomwaffensperrvertrag von 1968 unterzeichnet noch gestattet er der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) eine Inspektion seiner Nuklearanlagen, welche sich beispielsweise im Shimon Peres Negev Nuclear Research Center bei Dimona befinden und angeblich nur friedlichen Zwecken dienen. Dabei wurde die Existenz eines militärischen Kernwaffenprogramms des jüdischen Staates bereits Ende 1960 von britischen und US-amerikanischen Zeitungen enthüllt, woraufhin der damalige Generaldirektor der Israel Atomic Energy Commission (IAEC) Ernst David Bergmann sagte: „Es gibt für uns keinen Unterschied zwischen der zivilen und nicht zivilen Nutzung der Kernenergie ... Wir werden nie wieder wie Lämmer zur Schlachtbank geführt werden.“

Offiziell ist Israel bis heute bei seiner Strategie der „Nuklearen Zweideutigkeit“ geblieben. Diese beruht auf zwei Säulen: Der Weigerung, offiziell einzugestehen, dass der jüdische Staat Atomwaffen besitzt, und der Weigerung, dies zu dementieren. Damit sollen die Feinde Israels, aber auch die Weltöffentlichkeit, im Unklaren darüber gelassen werden, ob Israel zu Atomschlägen fähig ist.

Das militärische Atomprogramm Israels geht auf eine Initiative seines ersten Premierministers David Ben-Gurion zurück, der 1948 beschloss, jüdische Atomwissenschaftler ins Land zu holen, um durch die Entwicklung von eigenen Kernwaffen einen zweiten Holocaust zu verhindern. Dem folgte die Suche nach Uranvorkommen in der Negev-Wüste durch die israelische Armee. Letztlich bezog Israel sein Uran dann aber vor allem aus Frankreich, Zaire, Argentinien und Südafrika. Außerdem halfen französische Wissenschaftler beim Bau des ersten israelischen Forschungsreaktors. Noch wichtiger war jedoch, dass Paris dafür sorgte, dass die Israelis an die Datensätze der französischen Atomtests gelangten und deshalb keine Serie eigener Kernwaffenversuche durchführen mussten, durch welche die Tarnung des Programms definitiv aufgefliegen wäre.

Späterhin erhielten die israelischen Atomforscher auch Unterstützung aus

Großbritannien und den USA, wobei es aber nach dem Regierungsantritt des US-Präsidenten John F. Kennedy im Januar 1961 zu Reibungen kam. Kennedy fürchtete die negativen Folgen des Besitzes von Kernwaffen durch Israel und stellte der israelischen Regierung mehrere scharfe Ultimaten, um permanente Inspektionen des Atomkomplexes von Dimona durch US-Kontrolleure zu erzwingen. Diese wurden dann allerdings nach Kennedys Ermordung nur noch in eher nicht ambitionierter Weise durchgeführt und 1969 komplett eingestellt.

Atomwaffeneinsatz gefordert

Zeitgleich war Israel aller Wahrscheinlichkeit nach damals schon im Besitz einiger Atombomben, was dem US-Auslandsgeheimdienst CIA nicht verborgen blieb. Die Fertigstellung der ersten israelischen Kernwaffe erfolgte vermutlich im Dezember 1966, wonach die Serienproduktion dann im Anschluss an den Sechstagekrieg von 1967 begann. Sechs Jahre später stand

Israel im Jom-Kippur-Krieg infolge der Überraschungsangriffe Ägyptens und Syriens mit dem Rücken zur Wand, woraufhin der israelische Verteidigungsminister Mosche Dajan Ministerpräsidentin Golda Meir gedrängt haben soll, den Einsatz von 13 Atomwaffen zu befehlen. Meir habe ihm geantwortet, das könne er „vergessen“. Hieraus resultierte die US-amerikanische Operation Nickel Grass zur massiven Unterstützung der bedrängten Israelis mit konventionellem Kriegsgerät – auf diese Weise verhinderte Washington eine nukleare Eskalation im Nahen Osten.

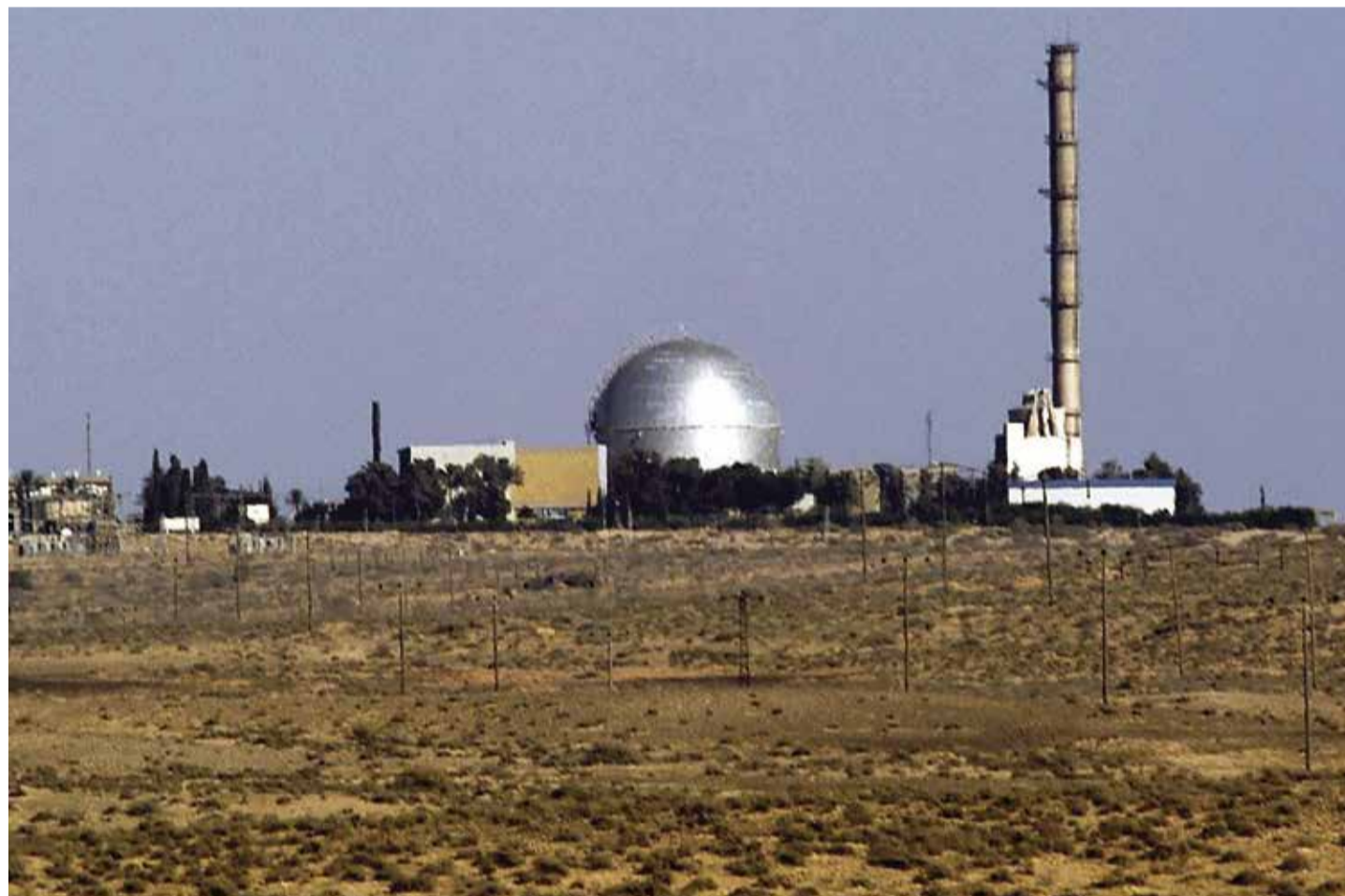
Möglicherweise hatte US-Präsident Donald Trump dieses dramatische Szenario vor Augen, als er vor zwei Wochen die US-Luftwaffe anwies, 14 schwere Bunkerbrecherbomben GBU-57 auf die unterirdischen Atomanlagen des Iran zu werfen. Denn dadurch erübrigte sich ein israelischer Kernwaffeneinsatz gegen Natanz und Fordo (siehe PAZ 26).

Etlliche eindeutige Beweise für die Existenz eines geheimen militärischen

Atomprogramms seines Landes lieferte dann im Oktober 1986 der Whistleblower Mordechai Vanunu, der früher im Kernforschungszentrum Dimona gearbeitet hatte und der Londoner „Sunday Times“ Fotos von israelischen Kernsprengköpfen zuspielte. Vanunu wurde deshalb zu 18 Jahren Haft verurteilt, wonach sich erneut ein Mantel des Schweigens über das israelische Atomprogramm legte.

Gaza final vernichten

Diesen löfete erst der frühere Parlamentspräsident Avraham Burg wieder, als er im Dezember 2013 bestätigte, dass Israel Atom- und Chemiewaffen besitze und das Abstreiten dieser Tatsache als „überholt und kindisch“ kritisierte. Zuletzt wurde die Strategie der „Nuklearen Zweideutigkeit“ zudem auch noch von dem israelischen Kulturminister Amihai Ben-Eliyahu konterkariert, denn dieser forderte angesichts des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023, den Einsatz von Atombomben über Gaza zu erwägen.



Eine der wenigen und überaus seltenen Aufnahmen von Israels streng geheim gehaltener nuklearer Zone außerhalb der Wüstenstadt Dimona tief im Süden des Landes
Bild: picture-alliance/dpa | epa

ATOMARE KOOPERATION

Hat ein Blitz im All Südafrika verraten?

Dass Israel bis heute in der Lage ist, an seiner Strategie der „Nuklearen Zweideutigkeit“ festzuhalten, liegt nicht zuletzt daran, dass es keine nachweisbaren israelischen Atomtests gab. Dieser Umstand resultiert möglicherweise aus der Übermittlung von Informationen über französische Atomtests (siehe links) oder aus der Beschränkung auf subkritische Tests, bei denen mangels der Verwendung von spaltbarem Material nukleare Explosionen ausblieben, aber dennoch jede Menge Daten für den Entwurf des Bombendesigns anfielen. Solche Versuche könnten im November 1966 in der Negev-Wüste durchgeführt worden sein.

Ansonsten besteht auch der Verdacht der verdeckten Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel bei der Erprobung einer echten Kernwaffe. 1993 gestand der damalige südafrikanische Staatspräsident Frederik Willem de Klerk vor dem Parlament in Kapstadt, dass sein Land ein geheimes Nuklearprogramm verfolgt und unter Verwendung des Urans aus der Anreicherungsanlage von Pelindaba sechs Atombomben gebaut habe. Vor diesem Hintergrund erlangt das sogenannte Vela-Ereignis Bedeutung.

Am 22. September 1979 registrierte der US-amerikanische Satellit Vela 10, welcher die Einhaltung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Welt- und unter Wasser überwachen sollte, einen mysteriösen Doppelblitz, wie er typischerweise bei nuklearen Explosionen im Luftraum entsteht. Dieser Blitz leuchtete über dem Indischen Ozean unweit der zu Südafrika gehörenden Prince-Edward-Inseln auf halber Strecke zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und der Antarktis auf. Deswegen wurde vermutet, dass das Vela-Ereignis ein geheimer Atomtest Südafrikas oder Israels gewesen sei, bei dem der jeweils andere Staat mitgewirkt habe.

Allerdings versuchte die damalige US-Regierung, diese Theorie nach Kräften zu diskreditieren, um die beiden Verbündeten der USA vor der Weltöffentlichkeit zu entlasten. W.K.

POTENTIAL

Alles nur reine Spekulation

Wie viele nukleare Raketen, Sprengköpfe und Waffensysteme Israels Arsenal umfasst, weiß niemand wirklich genau

Obwohl das israelische Kernwaffenprogramm geheim ist beziehungsweise offiziell geleugnet wird, gilt als weitestgehend sicher, dass der jüdische Staat über eine komplette nukleare Triade für Erst- und Zweitschläge verfügt, zu der Atomraketen, Atombomber und kernwaffentragende U-Boote gehören.

Unter den Raketen stechen die beiden selbst entwickelten Typen Jericho II und III hervor, deren Abschussrampen beispielsweise auf der Luftwaffenbasis Sdot Micha stehen. Bei der Jericho II (Luz YA-3) handelt es sich um eine Mittelstreckenrakete mit geschätzten 1500 Kilometern Reichweite. Dahingegen gehört die Jericho III (Luz YA-4) zu den Interkontinen-

talraketen, weil sie offenbar Distanzen von maximal 11.500 Kilometern zurücklegen und dabei auch bis zu sechs einzeln lenkbare Atomsprengköpfe tragen kann.

Das Arsenal der israelischen Atombomber wiederum besteht aus Maschinen der US-amerikanischen Export-Typen McDonnell Douglas F-15I Ra'am, Lockheed Martin F-16I Sufa und F-35I Adir, deren Reichweite teilweise bei 4450 Kilometern liegt. Es wird vermutet, dass die rund 30 nuklearen Bomben für diese Flugzeuge in unterirdischen Bunkern auf der Tel Nof Airbase 20 Kilometer südlich von Tel Aviv und auf dem Militärflughafen von Chazrim am Rande der Negev-Wüste gelagert werden.

Des Weiteren besitzt die israelische Marine sechs in Deutschland hergestellte U-Boote der Dolphin-Klasse, welche auf der Flottenbasis in Haifa stationiert sind. Die Torpedorohre dieser Boote eignen sich auch zum Abschuss des Marschflugkörpers Rafael AGM-142 Popeye Turbo, der einen Kernsprengkopf 1500 Kilometer weit transportieren kann.

Dabei ist unklar, wie viele Sprengköpfe für all die genannten Trägersysteme zur Verfügung stehen. Die Schätzungen differieren hier zwischen 80 und 400 und beruhen auf Annahmen über die Menge des jährlich produzierten waffenfähigen Urans und Plutoniums. Damit wäre das israelische Potential auf jeden Fall be-

„Wir haben eine nukleare Option geschaffen – aber nicht um ein Hiroshima zu bekommen ...“

Schimon Peres
ehemaliger israelischer Premier

drohlich genug, denn die Sprengkraft der Gefechtsköpfe dürfte sich im Bereich von 50 Kilotonnen bis einer Megatonne des konventionellen Sprengstoffs TNT bewegen – also etwa dem Vier- bis Achtzigfachen der Hiroshima-Bombe.

Außerdem gibt es unbestätigte Meldungen über weitere nukleare Waffensysteme. Dazu gehören Miniatursprengköpfe für Kofferbomben und Atomgranaten zur Verschießen durch Hautbitzen. Darüber hinaus könnte Israel Neutronenbomben besitzen, welche sehr viel schädliche Strahlung erzeugen. Gerüchten zufolge liegen auch mehrere nukleare Landminen auf den Golan-Höhen, um im Notfall Angriffe aus Syrien zurückzuschlagen. W.K.

1525 und wir

Vor 500 Jahren wurde der Deutschordensstaat in das Herzogtum Preußen umgewandelt. Über die Gründung einer späteren Großmacht aus einer Niederlage heraus – und die Frage, welche Relevanz dieser Umstand für die Gegenwart hat

VON RENÉ NEHRING

Unter den vielen Jahrestagen der preußischen Geschichte sind die Ereignisse des Jahres 1525 nur noch wenigen Landsleuten bewusst. Während etwa 2001 anlässlich des 300. Jahrestags der Gründung des Königreichs Preußen oder 2012 zum 300. Geburtstag Friedrichs des Großen oder im vergangenen Jahr zum 300. Geburtstag Immanuel Kants jeweils zahlreiche private und öffentliche Veranstaltungen stattfanden sowie unzählige Publikationen erschienen, scheint die vor 500 Jahren stattgefundene Umwandlung des Deutschordensstaates in ein weltliches Herzogtum für das öffentliche Deutschland kein Thema zu sein.

Dieser Umstand ist nicht nur unverständlich, sondern auch bedauerlich. Denn die Ereignisse des Jahres 1525 waren nicht nur für die Region, in der sie stattfanden – für die sich später der Name Ostpreußen herausbildete – sowie für die damalige Zeit bedeutsam, sondern sie hatten und haben Folgen, die unser gesellschaftliches Leben bis heute prägen.

Das Ende eines langen Streits

Am 8. April jenes Jahres schlossen der polnische König Sigismund I. und der Hochmeister des Deutschordensstaates, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, in Krakau einen Vertrag, mit dem sie den zuvor seit rund dreihundert Jahren bestehenden Konflikt zwischen beiden Parteien beilegte. Im Jahre 1226 hatte der Staufer-Kaiser Friedrich II. in der Goldenen Bulle von Rimini den Deutschen Orden mit dem Kampf gegen die östlich der unteren Weichsel beheimateten heidnischen Prußen beauftragt und dem Orden die absolute Landeshoheit über das zu eroberte Gebiet zugesichert. 1230 hatte der Hochmeister des Ordens, Hermann von Salza, mit dem polnischen Herzog Konrad von Masowien zudem den Vertrag von Kruschwitz geschlossen, der dem Orden ebenfalls die Herrschaft über alles Land übertrug, das dieser in preußischen Landen erobern würde. Nur ein Jahr später – 1231 – landeten die ersten Ordensritter bereits an der Weichsel, gründeten die Stadt Thorn und begannen ein einzigartiges Siedlungsprogramm, bei dem in den folgenden hundert Jahren rund 100 Städte und etwa 1500 Dörfer gegründet wurden.

Da der Vertrag von Kruschwitz – dessen Original als nicht überliefert gilt – in polnischer Sicht nicht als Schenkung, sondern als Übertragung eines Lehens verstanden wurde, kam es schon bald zu einem Zerwürfnis zwischen den Vertragspartnern, dessen Höhepunkt die Schlacht bei Tannenberg im Jahre 1410 zwischen dem Deutschen Orden sowie einer gemeinsamen Streitmacht des Königreichs Polen und des Großfürstentums Litauen war. Die Schlacht endete mit einer verheerenden Niederlage des Ordens und dem Ersten Thorner Frieden 1411.

Dieser läutete den langen Niedergang des Ordens ein, vermochte jedoch nicht, den Konflikt dauerhaft beizulegen. Gleiches gilt auch für den Zweiten Thorner Frieden von 1466, der das Gebiet des Ordensstaates in zwei Landesteile teilte – das fortan zur polnischen Krone gehörende Preußen königlichen Anteils und den Reststaat des Ordens.

Zu einem Hauptstreitpunkt in den Beziehungen zwischen dem Ordensstaat und dem Königreich Polen war die Frage der Huldigung – also des Treueids gegenüber dem polnischen König – geworden, die der Vertrag von Thorn den Hochmeistern des Ordens auferlegte. Fünf Hochmeister hatten diesen seit 1466 widerstrebend geleistet. Doch als der Orden 1498 mit Friedrich von Sachsen erstmals einen Reichsfürsten zum Hochmeister berief, verweigerte dieser die Huldigung mit der Begründung, dass er als Untertan des



Historischer Schritt: Herzog Albrecht empfängt in der Domkirche zu Königsberg zum ersten Mal das Abendmahl nach protestantischem Ritus. Aquarell von Ludwig Rosenfelder in der Hochmeisterkirche in Berlin-Wilmersdorf, um 1852

Kaisers keinem fremden König die Gefolgschaft schwören könne.

Diese Argumentation übernahm auch Albrecht von Brandenburg-Ansbach, als er 1511 zum Hochmeister des Ordensstaates berufen wurde. Anders als seine Vorgänger versuchte Albrecht, die Huldigung nicht nur zu verschleppen, sondern sie aktiv anzufechten. Im Reiterkrieg von 1519 bis 1521 versuchte er gar mit militärischen Mitteln, den Ordensstaat aus der Vormundschaft der polnischen Krone zu befreien. Doch als dieser Versuch scheiterte, blieb Albrecht nichts anderes übrig, als am 8. April 1525 im Vertrag von Krakau kleinbeizugeben und letztendlich doch den Huldigungseid gegenüber dem polnischen König Sigismund zu schwören.

Zugleich wurde der bislang geistliche Ordensstaat, der nicht zum Heiligen Römischen Reich gehörte, in das weltliche Herzogtum Preußen umgewandelt und der bisherige Hochmeister Albrecht zum Landesherrn ernannt, der neben dem Titel des Herzogs von Preußen auch den Status eines Senators von Polen erhielt.

Der erste protestantische Staat

Aus polnischer Sicht gehörte mit dem Vertrag und der Huldigung von Krakau das alte Siedlungsgebiet der Prußen rund 300 Jahre nach dem Vertrag von Kruschwitz endlich zu Polen. Die deutsche Lesart ist indes eine andere. Dies beginnt bereits damit, dass sowohl Kaiser Karl V. als auch Papst Honorius III. den Vertrag von Krakau und damit die Umwandlung des geistlichen Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum nicht anerkannten und der Kaiser gar die Reichsacht über Albrecht verhängen ließ, die freilich ohne Konsequenzen für diesen blieb.

Auch sonst war aus deutscher Sicht der Status Preußens so, dass das Herzogtum zwar den König von Polen als Lehnsherrn anerkannte, jedoch im Alltag weitgehend unabhängig blieb. Ein Beleg dafür, dass diese Lesart nicht falsch ist, ist der Umstand, dass Preußen auch nach der Huldigung eine eigenständige Verwaltungsstruktur hatte, mit den vier herzoglichen Oberräten – Landhofmeister, Oberburggraf, Obermarschall und Kanzler – an der Spitze.

Für eine weitgehende Eigenständigkeit Preußens spricht nicht zuletzt das zweite große Ereignis des Jahres 1525. Am 6. Juli erließ Herzog Albrecht, der Jahre zuvor Martin Luther begegnet war und sich für dessen revolutionäre theologische Ideen begeisterte, in Königsberg das Mandat der Reformation

und machte damit das Herzogtum Preußen zum ersten protestantischen Staat der Welt. Auch wenn gemeinhin Mitteldeutschland als Heimat Luthers zurecht als Ursprungsland der Reformation gilt, so ist es doch unbestreitbar, dass derjenige Ort, an dem aus den theoretischen Lehren des Reformators konkretes staatliches Handeln wurde, das Herzogtum Preußen war. Alle sonstigen Staaten, die heute als Wegbereiter der Reformation gelten – wie zum Beispiel Hessen unter Landgraf Philipp (1526) oder Braunschweig-Lüneburg unter Herzog Ernst dem Bekenner (1527) oder auch das Königreich Schweden (1527) – folgten alle erst nach Preußen.

Um so bedauerlicher ist es, dass weder die Evangelische Kirche in Deutschland noch die Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz dieses Ereignisses gedenken. Vermutlich sagt dieser Befund mehr über den Zustand des Protestantismus unserer Tage aus als über das Herzogtum Preußen vor 500 Jahren.

Lehren einer Staatsgründung

Über die Ereignisse des Jahres 1525 und deren Auswirkungen ist – zumindest in früheren Zeiten – einiges geschrieben und gedeutet worden. Zu den bedeutsamsten Folgen für die deutsche und europäische Geschichte gehört, dass der auf die baltische Urbevölkerung der Region zurückgehende Landschaftsbegriff „Preußen“ hier erstmals zum Namen eines Staates wurde.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die von Luther verkündete Erneuerung des christlichen Glaubens allein aus der heiligen Schrift heraus („sola scriptura“) im Herzogtum Preußen einen entscheidenden Impuls bekam. Dass die Begriffe „preußisch“ und „evangelisch“ oft als Einheit wahrgenommen wurden und werden, obwohl das spätere Königreich auch bedeutende katholische Landesteile hatte, liegt wesentlich an den Ereignissen des Jahres 1525.

Ein interessanter und nachdenklich stimmender Gedanke ist, dass jene Ereignisse, die heute als Schlüsselmoment preußischer Geschichte gelten, das Ergebnis einer Niederlage im Ringen mit dem polnisch-litauischen König waren. Oder drastischer gesagt: Am Anfang des preußischen Aufstiegs zur Großmacht stand eine Schmach und Demütigung. Dies erinnert zudem daran, dass die preußische Geschichte keineswegs nur in geraden Bahnen lief, sondern immer auch Umwege gehen musste. Andererseits zeigt dieses Beispiel jedoch auch, dass Preußen selbst

nach schweren Niederlagen immer wieder auferstanden ist.

Nicht zuletzt belegt der Umstand, dass das 1525 gegründete Herzogtum das erste Land der Reformation war, dass Preußen keineswegs – wie es heute oft dargestellt wird und 1947 von den Alliierten zur Begründung ihres Preußen-Verbots angeführt wurde – ein Hort autoritärer Reaktion war, sondern ganz im Gegenteil in den meisten Augenblicken seiner Geschichte an der Spitze der Entwicklungen der jeweiligen Zeit stand.

Als Beleg gerade für diese letzte These sei daran erinnert, dass ungefähr zur gleichen Zeit, in der Albrecht den ersten reformatorischen Staat der Welt schuf, in Frauenburg – und somit zwar nicht im Herzogtum Preußen, aber doch in alten preußischen Landen – der aus Thorn stammende Domherr und Astronom Nikolaus Kopernikus an seiner Arbeit „De revolutionibus orbium coelestium“ (zu Deutsch: „Über die Umlaufbahnen der Himmelsphären“) saß, mit der er den Nachweis lieferte, dass sich die Erde um die Sonne dreht. Nicht an einer der großen Universitäten des Altertums oder der Neuzeit, nicht in Athen oder Rom, Bologna oder Oxford wurde unser heutiges Bild von der Stellung der Welt im Universum begründet, sondern in einem kleinen Burgturm in einem kleinen Städtchen am Frischen Haff.

Ein Ausblick

Der preußische Staat, der im 18. Jahrhundert zum Königreich wurde und zur europäischen Großmacht aufstieg sowie im 19. Jahrhundert das zweite Kaiserreich begründete, ging bekanntermaßen in der deutschen Katastrophe des 20. Jahrhunderts unter. Dass mit der Vertreibung der Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und Ost-Brandenburger sowie den „Bodenreform“ genannten Enteignungen in Kurbrandenburg und der Altmark auch die in Jahrhunderten herausgebildete soziale Struktur des alten Preußen zerstört worden war, ließ dessen Wiederkehr lange undenkbar erscheinen.

Und doch sind seit dem Ende des Kalten Krieges zahllose Restaurations- und Wiederaufbauprojekte zu verzeichnen, von denen beispielhaft das Berliner Schloss als Humboldtforum, das Potsdamer Stadtschloss als Sitz des Brandenburger Landtages, die Franckeschen Stiftungen in Halle, der immer weitergehende Auf- und Ausbau der Marienburg, der Königsberger Dom, aber auch die Rettung der längst dem Verfall gewidmeten Innenstadt von Görlitz zu nennen sind. Das aktuell bedeutendste Projekt in dieser Hinsicht ist der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche.

Das Erstaunliche an diesen Projekten ist einerseits, dass sie zumeist von privaten Initiativen ausgegangen sind. Der zweite erstaunliche Fakt ist, dass die Wiederkehr Preußens längst nicht mehr nur auf die Bundesrepublik beschränkt ist, sondern gerade auch östlich von Oder und Neiße eine vielfältige Renaissance zu beobachten ist. Diese Renaissance zeigt sich nicht nur in Form historischer Sachbücher oder des Wiederaufbaus bedeutender Bauten der Geschichte, sondern hat längst zu einem jeweils eigenen regionalen Bewusstsein geführt.

Natürlich ist dies alles weit von den Verhältnissen entfernt, die einmal Preußen waren. Aber es ist doch erheblich mehr als noch vor wenigen Jahren. Und so sollte die Gründung des Herzogtums Preußen aus einer Niederlage heraus die Freunde Preußens nicht nur mit Demut auf die sonst so große Geschichte des Staates blicken lassen, sondern auch mit der Zuversicht, dass es für Preußen selbst nach großen Katastrophen immer wieder aufwärts ging.

In diesem Sinne könnte es sein, dass das Beste der preußischen Geschichte noch vor uns liegt. Wer weiß das schon?

Dass das 1525 gegründete Herzogtum das erste Land der Reformation war, belegt, dass Preußen keineswegs ein Hort autoritärer Reaktion war, sondern ganz im Gegenteil in den meisten Augenblicken seiner Geschichte an der Spitze der Entwicklungen der jeweiligen Zeit stand

● Der Beitrag ist ein stark gekürzter und bearbeiteter Auszug aus einer Rede des Autors anlässlich eines Festaktes zum 500. Jahrestag der Gründung des Herzogtums Preußen in Ansbach.

● MELDUNGEN

Rätselraten um Windradabbau

Potsdam – In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der AfD-Fraktion zum Rückbau von Windkraftanlagen hat Brandenburgs Landesregierung erklärt, dass nach ihren Erkenntnissen von 195 stillgelegten Windkraftanlagen im Bundesland in den letzten fünf Jahren bislang 86 Anlagen wirklich zurückgebaut wurden. Einschränkend erklärte die Landesregierung, dass ihr keine vollständigen Daten vorlägen, da keine landesweite statistische Erfassung zum Rückbau stattfindet. Mangels statistischer Erfassung konnte die Landesregierung auch keine genaueren Angaben zum Recycling von Materialien machen, die beim Rückbau anfallen. Anlass für die Anfrage der Abgeordneten waren unter anderem Presseberichte über die Entsorgung von ausgedienten Rotorblättern. Laut diesen sollen alte Rotorblätter ins Ausland geschafft worden sein, wo sie dann illegal vergraben wurden. **H.M.**

Mehrheit ist für die Beflaggung

Dresden/Magdeburg/Erfurt – Der Kreistag des Landkreises Bautzen hat einem Antrag zur dauerhaften Beflaggung von Schulen und Verwaltungsgebäuden mit Bundes- und Landesfahnen sowie sorbischer Fahnen zugestimmt. Den Antrag eingebracht hatte Landrat Udo Witschas (CDU). In einer Umfrage des Senders MDR sprach sich eine überwältigende Mehrheit der Befragten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dafür aus, dass vor öffentlichen Gebäuden durchgehend Deutschlandflaggen wehen sollen. Insgesamt bejahten 82 Prozent der Befragten diese Maßnahme. Der Zuspruch zog sich durch alle Altersgruppen. Lediglich 16 Prozent sprachen sich dagegen aus, die Nationalflagge an öffentlichen Gebäuden immer zu hissen. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) hatte im Juni entschieden, künftig vor Dienstgebäuden des Freistaates dauerhaft Schwarz-Rot-Gold, dazu die Landesflagge sowie die EU-Flagge wehen zu lassen. **H.M.**

Aus für Bremer Wasserstoff

Bremen – Der Oldenburger Energiekonzern EWE hat seine Pläne zum Bau einer Wasserstoff-Produktionsanlage in Bremen gestoppt. Die EWE-Anlage sollte am Kraftwerksstandort Bremen-Mittelsbüren entstehen und aus Wasser und Ökostrom sogenannten grünen Wasserstoff erzeugen. EWE begründet den Rückzieher mit aktuellen Marktbedingungen. Nur kurz bevor EWE den Stopp des Projekts öffentlich machte, hatte der Stahlkonzern ArcelorMittal bekanntgegeben, dass er seine Werke in Bremen und Eisenhüttenstadt nicht auf eine Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff umstellen wird. Ein Sprecher von ArcelorMittal sagte, selbst mit finanzieller Unterstützung sei die Wirtschaftlichkeit der Umstellung auf eine „grüne“ Stahlproduktion nicht ausreichend gegeben. Ein Vertrag mit der Bundesregierung über die Förderung von 1,3 Milliarden Euro hatte einen Baubeginn im Bremer Stahlwerk bis Juni 2025 vorgesehen. **H.M.**



Bundesministerin Karin Prien betonte, dass aus der Leidensgeschichte der Vertriebenen für heute Lehren gezogen werden müssen

TAG DER VERTRIEBENEN

„Lernen, zuzuhören“

Gedenkstunde für 15 Millionen Deutsche zur Vertreibung vor 80 Jahren

VON BODO BOST

Seit 2015 gedenkt die Bundesregierung am 20. Juni der Opfer von Flucht und Vertreibung weltweit sowie insbesondere der deutschen Vertriebenen. Millionen Deutsche mussten am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den Jahren danach ihre Heimat verlassen. Frauen und Mädchen stellten dabei etwa 80 Prozent der Vertriebenen, denn die Männer waren oft noch an den Fronten oder bereits in Gefangenschaft. An die Frauen wurde beim diesjährigen Gedenken besonders erinnert. Frauen erlebten bei der Flucht unvorstellbare Gewalt, trotzdem mussten sie doch auch in allergrößter Not weiter für ihre Familien sorgen und taten dies in größter Aufopferung. Dennoch wurden ihre Geschichten lange übersehen, ihre Traumata oft verschwiegen. Bundesfamilien- und Bildungsministerin Karin Prien (CDU) verband das Schicksal von Millionen vertriebener deutscher Frauen mit dem Schicksal heutiger Flüchtlinge.

Aus der Geschichte deutscher Vertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich aus Sicht von Prien etwas für die Gegenwart mit Millionen Flüchtlingen lernen. „Wir können auch aus der gewaltigen Lebensleistung der Vertriebenen erkennen, was helfen kann, solch furchtbares Leid und Unrecht zu überwinden“, sagte die Hamburger Unionspolitikerin. Was helfe, sei eine stärkende Gemeinschaft, etwa in Form von Verbänden. Beispielfhaft nannte die Bundesministerin den Frauenverband, der sich 1959 im Bund der Vertriebenen (BdV) mustergültig gegründet und etabliert habe.

Aus der Not heraus solidarisiert

Zum Abschluss der Veranstaltung sprach der Siebenbürger Sachse Bernd Fabritius, der Präsident des Bundes der Vertriebenen. Der BdV sei nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer Notwendigkeit heraus gegründet worden, weil die deutschen Landsleute, die aus ihrer östlichen Heimat vertrieben, leidgeprüft, mittellos und hoffnungslos waren, sich nach und nach

organisieren wollten. Versprengt und in die Fremde verstreut, suchten sie nach Strukturen, die vertraut waren und Halt boten in bitterster Not. Es waren die Schlesier, die Pommern und die Ostbrandenburger, die Danziger, die Ost- und

„Die Generationen müssen sich viel erzählen, sowie lernen zuzuhören“

Bernd Fabritius
Präsident des
Bundes der Vertriebenen

Westpreußen und die Deutschen aus dem Baltikum, die Sudeten- und die Karpatendeutschen, die Landsleute aus dem mittleren Donaauraum und den deutsch besie-

delten Gebieten der damaligen Sowjetunion. All diese geflüchteten und vertriebenen Menschen bildeten Landsmannschaften, die vielfach bis heute Bestand haben und unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen zusammenwirken.

Politische Menschenverschiebung

Auch Fabritius erinnerte besonders an die Frauen, ihre Kinder und deren Großeltern, die Opfer der massiven Vertreibungen mit all ihren unmenschlichen und willkürlichen Begleiterscheinungen wurden. Massenhafte Vergewaltigungen waren schon damals – aber auch heute wieder in der Ukraine – keinesfalls Einzelfälle oder Zufallsgeschehen, sondern gezielt gesetzte Muster des Grauens. „Daran wollen wir gerade auch in diesem runden Gedenkjahr besonders erinnern. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen war die größte, politisch veranlasste ‚Menschenverschiebung‘ der Geschichte. Man vergisst viel zu oft, dass es sich dabei um die Summe persönlich ertragener Einzelschicksale handelt.“

Weit über 2,5 Millionen von ihnen verloren ihr Leben oder blieben bis heute vermisst. „Das, was unseren Landsleuten im Osten gegen Ende und nach dem Krieg widerfahren ist, bleibt als Bruch ganzer Lebensbiografien bestehen. Noch immer suchen wir nach Wegen, die Traumata dieser Zeit zu verarbeiten; wissenschaftlich wie emotional, jeder für sich – oder gemeinsam, in der Öffentlichkeit. Sie wirken über Generationen hinweg“, sagte Fabritius mit bewegenden Worten.

Sprechen, verstehen, zuhören

Zu einer menschlichen Gesellschaft gehöre das Gedenken, es erinnere uns daran, dass unsere Freiheit, der Frieden und der Zusammenhalt nicht selbstverständlich sind. Angesichts des demographischen Wandels müssten die Älteren versuchen, die junge Generation mit viel Kreativität in das Gedenken einzubeziehen, damit dieses nicht bei den Älteren stehenbleibe. Die Generationen müssten sich viel erzählen, sowie lernen zuzuhören. Junge Menschen hätten vielleicht andere Wege, sich zu erinnern, oder ihr Gedenken zu ordnen. Sie schafften neue Ausdrucksformen und nutzen digitale Medien. Sie gestalteten Erinnerungsprojekte auf ihre Weise. Wichtig sei, dass die Inhalte weitergetragen werden, mahnte Fabritius mit großer Eindringlichkeit.

„Jeder Krieg, jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wann und mit welcher Begründung – waren und sind immer Verbrechen“, beendet Fabritius seine Rede, die bei den anwesenden Gästen ihre Wirkung keinesfalls verfehlte, was anschließende deutlich Gespräche dokumentierten.

DILEMMA

Bürgergeld: Kosten explodieren immer weiter

Eine arbeitsmoralische Wende ist nicht in Sicht, und die Reform für Ukraine-Flüchtlinge stockt ebenso

Die Kosten für das Bürgergeld steigen 2025 auf den Rekordwert von 52 Milliarden Euro. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Bürgergeldes sowie eine Neuregelung für Ukraine-Flüchtlinge dauern deutlich länger, als die schwarz-rote Koalition angenommen hat.

Grundsätzlich einig sind sich Unionsparteien und SPD darin, dass das Bürgergeld in seiner bisherigen Form abgeschafft wird. Stattdessen soll eine „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ kommen. Ziel ist eine Senkung der Ausgaben. Nach Angaben von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann ist mit einer Reform der Grundsicherung allerdings erst im Frühjahr 2026 zu rechnen.

Derweil steigt für den Bund die Belastung durch das Bürgergeld: Rechnen muss die Bundesregierung damit, dass die Aus-

gaben dieses Jahr auf einen Rekordwert ansteigen. Ein Entwurf von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) sieht statt bisher 47 Milliarden Euro nun 52 Milliarden vor. Im Einzelnen kalkuliert das Finanzministerium beim Bürgergeld-Regelsatz in diesem Jahr mit Kosten von 29,6 Milliarden Euro. Das sind 3,1 Milliarden Euro mehr als noch 2024. Für Miete und Heizkosten von Bürgergeldempfängern steigt der Anteil des Bundes von 11,1 auf 13 Milliarden Euro. Auch für Verwaltungsausgaben und Gelder für die Arbeitsvermittlung hat Klingbeils Ministerium 9,35 Milliarden Euro einkalkuliert.

Nicht in dieser Rechnung enthalten sind die Ausgaben, die den Kommunen durch das Bürgergeld entstehen. Teilweise müssen sie Kosten für Unterkunft und Heizung mittragen und auch die Kosten

für Bildung und sogenannte Teilhabe übernehmen. 2024 sind so Kosten von 15,4 Milliarden Euro entstanden.

Deutliche Kosteneinsparungen kann die Bundesregierung nur erreichen, wenn die Zahl der Leistungsempfänger sinkt. Nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts muss nämlich für Bedürftige ein Existenzminimum gesichert werden. Bei der Höhe des Bürgergeld-Regelsatzes und bei den Wohnkosten dürften Absenkungen kaum möglich sein. Linnemann bezifferte die Zahl der Bürgergeldempfänger, die arbeiten könnten, auf rund 200.000 Menschen. Zum Vergleich: 2024/2025 bezogen laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 5,42 Millionen Menschen Bürgergeld.

Geeignet hatten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag, dass Flüchtlinge aus

der Ukraine kein Bürgergeld mehr erhalten sollen, sondern Leistungen wie Asylbewerber. Stichtag sollte der 1. April sein. Dieses Datum ist verstrichen, doch eine Umsetzung des Vorhabens ist offen. Wie der Sender MDR berichtet, gibt es für das Gesetz bislang weder einen Entwurf noch einen Zeitplan und auch „noch keine Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen“. Hintergrund ist laut des Berichts ein erheblicher Abstimmungsbedarf zwischen Ministerien und Behörden von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei müssen nicht nur die Zuständigkeiten neu geregelt, sondern auch die Finanzierung umgestellt werden. Für das Bürgergeld ist über die Jobcenter überwiegend der Bund zuständig. Die Asylbewerberleistungen hingegen werden von den Kommunen organisiert. **Hagen Ritter**

KOALITIONSKLAUSUR

SPD setzt sich weitgehend durch

In Berlins Landesregierung ist die Union zwar der weitaus stärkere Partner – Doch davon merkt man wenig

VON HERMANN MÜLLER

Vor zwei Jahren ging die Hauptstadt-CDU mit mehr als 28 Prozent als klarer Sieger aus der Berlin-Wahl hervor. Die Sozialdemokraten lagen fast zehn Prozentpunkte dahinter, sie fuhren sogar ihr schlechtestes Wahlergebnis seit dem Mauerfall ein. Angesichts dieser klaren Entscheidung der Berliner Wähler wirkt es einigermaßen erstaunlich, mit welchem Selbstbewusstsein die SPD in der schwarz-roten Koalition auftritt.

Vor allem Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe gelingt es immer wieder, der Senatspolitik eine starke SPD-Handschrift aufzudrücken. Bereits im Dezember 2024 hatte beispielsweise der Senat die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber beschlossen. Eingeführt ist die Karte mittlerweile in 15 Bundesländern – nur nicht in Berlin. Die Sozialdemokratin Kiziltepe ist gegen eine strikte Begrenzung der Bargeldfunktion auf 50 Euro.

Regierungschef Kai Wegner (CDU) hat es bisher vermieden, per Richtlinienkompetenz die Einführung der Karte durchzusetzen. Auch öffentliche Kritik an Kiziltepe ist von Seiten der Christdemokraten fast nie zu hören. Hinter der Zurückhaltung sehen Beobachter die Angst in der Hauptstadt-CDU, die SPD könnte bei Kritik in die Arme von Grünen und Linkspartei getrieben werden.

Seit Wochen geht das Gerücht um, SPD-Fraktionschef Raed Saleh plane, die schwarz-rote Koalition platzen zu lassen, um sich dann von den Grünen und der Linkspartei zum Regierenden Bürgermeister wählen zu lassen. Auch bei dem jüngsten Klausurtreffen der Spitzenpolitiker von CDU und SPD ist es den Sozialdemokraten offenbar wieder gelungen, ihre Schwerpunkte als Senatspolitik durchzusetzen.

Als Erfolg verbuchen kann die Berliner CDU immerhin, dass bei der Klausurtagung eine Verschärfung des Polizeigesetzes vereinbart wurde. Zur Kriminalitätsbekämpfung soll die Polizei bei der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten und auch bei der Überwachung von Online-Kommunikation mehr Befugnisse erhalten. Den Beamten soll in der Hauptstadt künftig bei Gefahr für Leib und Leben zudem ein „finaler Rettungsschuss“



Harmonie scheint brüchig zu werden: Raed Saleh (l.) mit Kai Wegner

Bild: picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

erlaubt werden. Verabredet hat die Koalition zudem eine Ausweitung des Schutzes von Frauen gegen häusliche Gewalt. Um die Verschärfung des Polizeigesetzes hatten CDU und SPD schon längere Zeit gestritten. Mit der Einigung kann die Union nun zumindest bei der inneren Sicherheit einen Pluspunkt für sich verbuchen.

Lauter linke Projekte

Allerdings sieht die Bilanz der Sozialdemokraten deutlich besser aus: Verabredet wurde etwa eine Änderung des Berliner Neutralitätsgesetzes. Mit der Änderung sollen grundsätzlich kopftuchtragende Lehrerinnen in den Berliner Schuldienst eingestellt werden können. Lediglich wenn bei einer Einzelfallprüfung eine „Gefährdung des Schulfriedens“ festgestellt wird, soll eine Ausnahme gelten.

Durchgesetzt hat die SPD bei der Klausurtagung auch die Umsetzung von

zwei Vorhaben, die zwar bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, in der CDU aber stark umstritten sind. Berlin bekommt einen Landesmindestlohn, der über dem Mindestlohn liegen darf, der auf Bundesebene gilt. Das war ein Vorhaben, für das sich Arbeits- und Sozialsenatorin Kiziltepe schon länger stark gemacht hatte. Gleiches gilt für das Projekt „Ausbildungsplatzumlage“. Die Umlage soll fällig werden, wenn bis zum Jahresende von der Berliner Wirtschaft nicht 2000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen worden sind. Kommt die Umlage, müssen alle Arbeitgeber in eine „Ausbildungskasse“ zahlen. Durch diese sollen Firmen gefördert werden, die ausbilden.

Zudem hat die schwarz-rote Koalition auf der Klausur auch vereinbart, dass sie noch bis Jahresende einen Entwurf für ein Vergesellschaftungsrahmengesetz vorlegt. Das Gesetz soll eine Reaktion auf den erfolgreichen Volksentscheid von 2021

zur Enteignung großer Wohnungskonzerne sein. Das geplante Gesetz soll ganz allgemein Grundlagen für Vergesellschaftungen, also Verstaatlichung in den Bereichen Wasser, Energie und Wohnen schaffen. Die CDU lehnt die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen allerdings ab. Laut CDU-Fraktionschef Dirk Stettner geht es bei dem Gesetz darum, „einen gesetzlichen, sicheren Rahmen dafür zu schaffen, dass ein starker Staat prüfen kann, ob wir als letztes Mittel eingreifen müssen.“

Scharfe Kritik an den Beschlüssen zu Landesmindestlohn, Ausbildungsplatzumlage und Vergesellschaftungsrahmengesetz kommt von der Berliner Wirtschaft. IHK-Chef Sebastian Stietzel warnt: „Die Berliner Wirtschaft ist seit mittlerweile drei Jahren im Konjunkturtief. Sämtliche weitere Belastungen sind Gift angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage.“

EINWANDERUNG

Die Asylflut nimmt kein Ende

Neue Unterkünfte, mehr Geld: Berlin will Schuldenbremse für „Flüchtlinge“ reißen, AfD prüft Klage

Berlin erwartet 2026 weitere 1000 bis 1100 Asylbewerber. Problem: Der Senat scheiterte in Tempelhof, Pankow, Charlottenburg und Lichtenberg mit Versuchen, dort Asylantenlager zu errichten. Nun sollen die erwarteten Ankömmlinge am Rande des Tempelhofer Feldes untergebracht werden. Bei dieser Gelegenheit musste die Sozial- und Integrationsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) zugeben, dass zusätzlich auch auf dem früheren Flughafengelände in Berlin-Tegel auf einem Areal der Bundeswehr für weitere 2000 bis 3000 Asylsucher dauerhafte Unterkünfte entstehen sollen.

Der Senat plant, auf dem früheren Flughafen Tempelhof neun dreigeschossige Wohncontainerblöcke aufzustellen. Schon im kommenden Herbst soll dort überdies eine neue Willkommenschule für 150 Kinder öffnen. Auf dem Flughafen

Tempelhof kampieren bereits jetzt rund 2000 Asylsucher in Wohncontainern und in den alten Hangars. In Berlin sind laut Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten zurzeit 36.231 Plätze in Asylantenunterkünften belegt.

Trotz der geplanten neuen Wohnanlage in Tempelhof muss Berlin noch einfachere Notunterkünfte aufrechterhalten – rund 8000 Plätze einschließlich der Unterbringung in angemieteten Hotelzimmern. Die Linkspartei-Abgeordnete Elif Eral fordert, dass Berlin nun zusätzlich Palästinenser aus dem Gazastreifen und dem Libanon aufnimmt. Indes leben in Berlin bereits jetzt mehr Palästinenser als in jeder anderen europäischen Stadt, nämlich rund 45.000. Um die neue Asylsucherflut finanzieren zu können, bereitet Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) eine Entscheidung über Notlagen-

Kredite zur Finanzierung der Kosten für Flüchtlinge vor. Das dafür nötige Rechtsgutachten liegt vor, bestätigte eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen. Es dient dazu, genau zu begründen, wozu das zusätzliche Geld benötigt wird.

Ausweg: „Notlagen-Kredite“

Die Sprecherin erklärte auf Anfrage, der Senat werde eine „Formulierungshilfe“ für das Abgeordnetenhaus erstellen. Die Entscheidung über das Ausrufen der Notlage liege dann beim Parlament. Auf dieser Grundlage könnte das Abgeordnetenhaus eine Ausnahme von der Schuldenbremse ermöglichen. Aus informierten Kreisen heißt es, der Mehrbedarf betrage 900 Millionen Euro allein im Jahr 2026 für die Unterbringung von Asylsuchern. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat ins Gespräch gebracht, die

zusätzliche Verschuldung als Notlagenkredite zu verbuchen. Dann wären sie von der Schuldenbremse nicht betroffen. Noch im November 2023 hatte Wegner auf der Plattform X im Rahmen der Debatte um die Reform der Schuldenbremse gefordert: „Es darf Kredite ausschließlich für Investitionen geben – Kredite für konsumtive Ausgaben sind tabu.“ Die AfD-Fraktion hat nun angekündigt, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um gegen die Zusatzausgaben zu klagen, da es sich bei den Asylkosten nicht um eine unvorhersehbare Notlage handele.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und sein Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) hatten eine grundlegende Änderung in der Asylpolitik versprochen, aber Wegner selbst scheint den Versprechungen der Bundesregierung nicht zu vertrauen. Frank Bücker

KOLUMNE

Queere Sicherheit?

VON VERA LENGSELD

Berlin macht sichtbare Fortschritte bei der Islamisierung. Jetzt soll es auch im Britzer Garten Asylunterkünfte geben, weil die Hauptstadt angeblich Platz hat für immer neue Einwanderer aus Ländern, in denen Verhüllungszwang für Frauen sowie offener Judentum herrschen und in denen Homosexuelle an Baukränen aufgekümpft werden. Die bunten Unterstützerinnen der täglichen Palästinenser-Demos haben das noch nicht mitgekriegt. Da tanzen aufreizend westlich gekleidete Frauen und quietschbunte Queere vor Männern mit Hamas-Symbolen. Man fragt sich unwillkürlich, was geschehen würde, wenn sie diese Show in Gaza abzögen. Aber in Berlin hält sich die Hamas noch zurück, obwohl sie schon sichtbar vor dem Bundestag demonstriert hat.

Man kennt das von den Bolschewiki. Die haben gern das Geld ihrer adeligen Unterstützer entgegengenommen, die nach der Machtübernahme vor den Erschießungspeletons landeten. Dass Juden in Berlin nicht sicher sind, daran hat sich die Politik leider längst gewöhnt. Außer Schaufensterreden, dass Antisemitismus nicht geduldet wird, gibt es nichts. Aber dass Queere in Berlin außerhalb von Palästinenserdemonstrationen nicht mehr sicher sind, das hat die Politik bewegt.

Seit März 2024 wurde eine „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ gemeinsam mit LSBTIQ+-Communities erarbeitet. Jetzt soll am 2. Juli eine Beteiligungskonferenz im „bUm – Raum für solidarisches Miteinander“ in Kreuzberg stattfinden. Da soll die Strategie vorgestellt werden – die „Melde- und Informationsstelle Report! Berlin (CLAIM)“ hat eine „alarmierende“ Bilanz für 2024 vorgestellt. Demnach wurden 644 antimuslimische Vorfälle in Berlin dokumentiert. Es wäre interessant zu wissen, was da dokumentiert ist und wie viele Messerangriffe es gegeben hat. Erwartet werden unter anderem Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe, und Alfonso Pantisano, Ansprechperson für „Queeres Berlin“.

MELDUNG

Schlossfassade ist komplett

Berlin – Am Humboldt-Forum sind am 24. Juni die letzten Balustradenfiguren an der rekonstruierten Schlossfassade installiert worden. Wie die Stiftung Humboldt Forum mitteilte, sind mit dieser Maßnahme der Bau des Forums und die Rekonstruktion der historischen Schlossfassade abgeschlossen. Bereits seit Mai waren insgesamt 19 tonnenschwere Sandstein-Skulpturen per Kran auf die Balustrade des Gebäudes gehievt worden. Die Herstellung der jeweils 3,14 Meter hohen Skulpturen im Barockstil hatte insgesamt 3,4 Millionen Euro gekostet. Die Stiftung Humboldt Forum begibt den Abschluss der Fassadenrekonstruktion am 28. Juni mit einem besonderen Publikumsfest mit Sonderveranstaltungen und Gesprächsrunden, in denen es unter anderem um zukünftige Herausforderungen beim Erhalt des Baus ging. Ein wichtiges Thema waren auch die geplanten städtebaulichen Maßnahmen im Umfeld des Forums. H.M.

● MELDUNGEN

Demokraten für Linksaußen

New York – Er lag Monate lang abgeschlagen hinter Andrew Cuomo, Ex-Gouverneur von New York und Favorit auf den Posten des Bürgermeisters der Metropole. Jetzt sind die Vorwahlen der Demokraten gelaufen und Zohran Mamdani hat gewonnen. In Uganda geboren, Moslem, Ex-Rapper und soweit linksaußen, dass die deutsche Linke Heidi Reichinnek gegen ihn harmlos in der politischen Mitte einzuordnen wäre. Mamdani will vieles, das meiste kostenlos – und bezahlen sollen das Reiche und Mehrverdiener. Seine Wähler: Junge Leute, die dem vollmundigen Gratisprogramm zjubeln, wenn von einer linken Revolution in der Hauptstadt des Kapitalismus geschwärmt wird. „Wir holen uns ein New York zurück, das wir uns leisten können!“, so Mamdani. Man darf gespannt sein, wie US-Präsident Trump und die ICE auf den „afrikanischen Linksaußen“ reagieren. *J.E.*

US-Panzer sind leichtes Ziel

Kiew – Mittlerweile sind 26 der 31 von den USA an die Ukraine gelieferten Panzer vom Typ M1A1 Abrams unbrauchbar – zehn davon gelten als zerstört und der Rest als beschädigt oder aufgegeben. Die Ursachen für den ruhmlosen Untergang des angeblich überlegenen Kriegsgerätes sind vielfältig. An erster Stelle steht dabei das hohe Gewicht des Panzers, gefolgt von seiner extremen Wartungsbedürftigkeit. Die Panzer bleiben schlicht im Matsch ukrainischer Böden stecken. Außerdem war der M1 für schnelle Gefechte mit Luftunterstützung vorgesehen, während in der Ukraine der Stellungskrieg unter ständiger Bedrohung aus der Luft durch Drohnen dominiert. Dennoch setzen die US-Streitkräfte weiter auf den M1 – allerdings in neuer Variante. Diese soll unter anderem fortschrittliche aktive Schutzsysteme sowie einen Autolader erhalten. Durch den kann ein Besatzungsmitglied eingespart und der Turm flacher gehalten werden. *W.K.*

Slowakei-Veto gegen Sanktion

Pressburg – Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico hat mit einem Veto gegen das geplante 18. Sanktionspaket der EU gegen Russland gedroht. Dieses zielt auf einen Ausstieg aus allen Gaslieferverträgen mit Russland ab 2028. Fico erklärte, ein Aus für russische Gaslieferungen würde der Slowakei mehr schaden als Russland. Fico wies dabei auf rechtliche Probleme hin. Demnach hat die Slowakei einen bis 2034 gültigen Liefervertrag mit dem russischen Gaskonzern Gazprom, den sie nach dem Willen der EU-Kommission unter Berufung auf „höhere Gewalt“ kündigen soll. Robert Fico warnte, die Begründung würde vor einem internationalen Schiedsgericht nicht standhalten, die Slowakei würde dann auf Milliarden-Strafzahlungen sitzen bleiben, wenn ihr die EU nicht deren Übernahme garantiere. Laut eines Berichts der „Berliner Zeitung“ könnte der Slowakei drohen, dass sie an Gazprom eine Entschädigung in Höhe von 16 Milliarden Euro leisten müsste. *H.M.*



Die Flagge der Ukraine als künftiges Mitglied weht mit der EU-Flagge – davon sind nicht alle begeistert

Bild: imago/Zoonar

EUROPAPOLITIK

Polnisches Institut warnt vor EU-Beitritt der Ukraine

Bedenken wegen Korruption und Sorge vor einem für die Republik Polen eher unfairen Wirtschaftswettbewerb sind die Hauptgründe

VON HAGEN RITTER

Im Februar 2022 unterzeichnete Präsident Wolodymyr Selenskyj für die Ukraine einen Beitrittsantrag zur EU. Bereits im Juni 2024 haben Kiew und Brüssel offizielle Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Dass es in diesem rasanten Tempo weitergeht, ist jedoch keineswegs sicher.

Im Konflikt mit Russland ist Polen einer der wichtigsten Verbündeten der Ukraine. Zur Aufnahme des Nachbarlandes in die EU gibt es aber starken Gegenwind. Im vergangenen Jahr richteten sich die massiven Proteste polnischer Bauern nicht nur gegen die EU-Agrarpolitik allgemein, sondern ganz besonders auch gegen zollfreie Agrarimporte aus der Ukraine. Auch in der Gesamtbevölkerung Polens ist Skepsis weit verbreitet. Laut

einer aktuellen Umfrage des Instituts IBRIS sind deutlich mehr Polen gegen einen EU-Beitritt der Ukraine als für eine Aufnahme des Nachbarlandes. Konkret lehnten bei der Umfrage 42 Prozent der befragten Polen einen EU-Beitritt der Ukraine ab. Lediglich 35 Prozent befürworteten einen Beitritt. Gespeist wird die Ablehnung unter anderem aus Bedenken zur Korruption in der Ukraine und auch durch die Sorge vor einem unfairen Wirtschaftswettbewerb.

Aufschwung für die Ukraine

Eine neue Analyse des polnischen Wirtschaftsinstituts PEI kann die Skepsis vieler Polen bestärken. Die im Juni veröffentlichte Studie des Polish Economic Institute hat sich mit den wirtschaftlichen Folgen einer EU-Integration der Ukraine für die Nachbarländer beschäftigt. Kern-

aussage des Berichts ist, dass die Ukraine durch einen EU-Beitritt einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erleben könnte, während die Vorteile für die direkt benachbarten EU-Länder nur gering ausfallen oder sogar eher negative wirtschaftliche Effekte zu erwarten sind.

Marktanteile brechen weg

Die Ukraine selbst kann sich nach Ansicht der Studienautoren berechnete Hoffnungen machen, durch die Aufnahme in die EU binnen weniger Jahre zu einer regionalen Wirtschaftsmacht aufzusteigen. Denn der Zugang der Ukraine zum EU-Markt, kombiniert mit niedrigeren Arbeitskosten, würde laut dem Polish Economic Institute den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse kräftig ankurbeln. Polen müsste allerdings im Gegenzug mit wegbrechenden Marktanteilen

rechnen. Für die Ukraine bieten die niedrigen Arbeitskosten zusammen mit dem Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht nur im Agrarsektor die Chance für ein starkes Wirtschaftswachstum. Florieren könnten auch Sektoren wie die Textilindustrie und das verarbeitende Gewerbe, aber auch das Baugewerbe und der Handel. Im Gegenzug würde der Druck auf die Produktionskapazitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern spürbar ansteigen.

Der Bericht prognostiziert für den Fall einer schnellen Integration einen potentiellen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in der Ukraine um 26 Prozent. Selbst in einem langsameren Beitrittsszenario profitiert die Ukraine laut der Untersuchung durch ein robustes Wachstum im Außenhandel und bei den Investitionen. Nach den Berechnungen des Warschauer Forschungsinstituts würde Polens Bruttoinlandsprodukt selbst unter einem optimistischen „Schnellkonvergenz“-Szenario dagegen nur um 0,17 Prozent steigen. Auch Litauen und Ungarn können nach Ansicht der Studienautoren nur mit Mini-zuwächsen rechnen.

Bis zu 19 Milliarden Euro

Schon zuvor hatten Denkfabriken und Forschungsinstitute immer wieder darauf hingewiesen, dass sich Polen überdies darauf einstellen muss, künftig viel weniger EU-Geld aus Brüssel überwiesen zu bekommen. Derzeit ist Polen noch immer der größte Nettoempfänger von EU-Mitteln. Nach einem EU-Beitritt würde die Ukraine diese Rolle übernehmen. Nach Berechnungen des Centre for European Policy Studies (CEPS) würde die Ukraine netto 18 bis 19 Milliarden Euro pro Jahr aus dem EU-Haushalt erhalten, wenn sie schon heute EU-Mitglied wäre. Die Folgen für die Finanzstruktur der EU wären allein schon mit der Aufnahme der Ukraine schwerwiegend. Zeitgleich mit der Ukraine hat aber auch die Republik Moldau im Juni 2023 den Status eines EU-Kandidaten erhalten. Zudem haben mehrere Staaten auf dem Westbalkan bereits einen Kandidatenstatus.

Sinn der EU-Erweiterung

Innerhalb der EU läuft schon längere Zeit eine intensive Diskussion, was die Aufnahme der Ukraine und möglicherweise der Westbalkanstaaten für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft bedeuten wird. Viele Beobachter gehen davon aus, dass in einer EU mit bis zu 35 Mitgliedern die gemeinsame Agrarpolitik vollständig überarbeitet werden müsste. Auch der drohende Gebrauch von destruktiven Vetos würde sich mit mehr Mitgliedstaaten vermutlich verstärken und die Entscheidungsfindung in der EU schwieriger machen.

FAST UNBEMERKT

Warum Jiddisch droht auszusterben

Vor 100 Jahren wurde diese Sprache noch von rund zwölf Millionen Menschen gesprochen

Ein Drittel der einst neun Millionen europäischen Juden überlebte den Holocaust, vor allem im Inneren der Sowjetunion. Der dort weit verbreitete Antisemitismus führte jedoch zur Auswanderung der jüdischen Überlebenden, hauptsächlich nach Israel und Nordamerika, zuletzt auch nach Deutschland. Die Zahl der europäischen Juden sank auf zwei Millionen im Jahr 1991 und auf 1,4 Millionen 20 Jahre später. In Europa lebt heute nicht einmal mehr ein Zehntel der weltweiten Juden. Und der aktuelle Antisemitismus heizt die jüdische Auswanderung weiter an.

Ein Versuch, nach dem Holocaust in der Sowjetunion „Jiddischland“ wiederzubeleben, scheiterte bereits 1949, als Stalin jüdische Ärzte für seine Krankheit verantwortlich machte. Auf der Suche nach einer Chance, sich im Sowjetblock ein

normales Leben aufzubauen, mussten die verbliebenen Juden ihre Identität verbergen und sich an die Sprachen und Kulturen der Republiken, in denen sie lebten, anpassen. Mit anderen Worten, sie mussten die hebräische Schrift zum Lesen und Schreiben von Jiddisch, Ladino oder Hebräisch aufgeben, und in vielen Fällen auch die Sprachen selbst. Nur in den USA blieb Jiddisch am Leben. Im Jahr 1978 erhielt der polnisch-US-amerikanische Schriftsteller Isaac Bashevis Singer den Nobelpreis für Literatur, als bislang einziger jiddischer Schriftsteller.

Zusammenhängende jiddischsprachige Gemeinschaften sind fast ganz verschwunden, selbst in der jüdischen russischen Republik in Birobidschan. In Europa gibt es keine einzige Bibliothek mit jiddischen Büchern mehr. Der Holocaust

und die antisemitischen Kampagnen der Nachkriegszeit zerstörten Jiddisch als Sprache des täglichen Lebens in Europa. Die Auswanderung aus dem Sowjetblock nach Westeuropa und die chassidische Rückbesinnung auf ihre Wurzeln führten jedoch zur Entstehung strengreligiöser jiddischsprachiger Religionsgemeinschaften in Antwerpen, London, Amsterdam und Paris. Ihre Gesamtbevölkerung übersteigt jedoch keine 10000 Personen.

In Europa hat das Verschwinden einer ganzen Sprache und der damit verbundenen Kultur nicht einmal Bedauern ausgelöst. Man ist ebenso auch nicht überrascht, dass Jiddisch aus dem täglichen Leben des Kontinents verschwunden ist. Die Tatsache, dass die Zahl der Benutzer der hebräischen Schrift in Europa von zehn Millionen auf 10.000 gesunken ist,

wurde weder diskutiert noch berücksichtigt. Die Zahl der Jiddischsprachigen ist auf ein Tausendstel (0,1 Prozent) der einstigen Zahl gefallen.

Es ist vergleichbar damit, als ob die Europäer es nicht bemerkten, wenn die gesamte niederländische Sprachgemeinschaft ausgelöscht würde und alle Bibliotheken, Buchhandlungen und Verlage, die auf Bücher in dieser Sprache spezialisiert sind, verschwänden. Wahrscheinlich würden Millionen Europäer auf die Straßen gehen, um gegen eine solche Tragödie zu protestieren. Bei der Zerstörung des Jiddischen wird jedoch noch nicht einmal hingesehen, geschweige denn darauf hingewiesen. Ein klares Zeichen, dass der alte Kontinent wieder von einem hartnäckigen, stillschweigenden Antisemitismus geplagt wird. *Bodo Bost*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gold gilt mehr denn je als sicherer Hafen. Geopolitische Spannungen und geldpolitische Unsicherheiten haben die Nachfrage seit der globalen Finanzkrise von 2007/08 kontinuierlich angeheizt, sodass der Preis immer neue Rekordmarken knackte. In jüngster Zeit ist die Verunsicherung besonders groß, weswegen nun auch etliche Zentralbanken rund um die Welt ihre Goldbestände aufstocken, um eine breitere Streuung ihrer Währungsreserven zu erreichen. So beliefen sich die Goldkäufe der Notenbanken 2024 auf mehr als 1000 Tonnen, was dem Doppelten des durchschnittlichen Kaufvolumens der vergangenen zehn Jahre entsprach. Vor diesem Hintergrund warnt die Europäische Zentralbank (EZB) nun in ihrer Risikoanalyse im Rahmen des aktuellen „Finanzstabilitätsberichtes“ vor Turbulenzen am Goldmarkt, die gravierende Auswirkungen auf das globale Finanzsystem haben könnten.

Ins Visier nimmt die EZB dabei die zunehmende Nachfrage nach Gold-Terminkontrakten, welche einem einfachen Prinzip folgen: Der Verkäufer verpflichtet sich beispielsweise, zu einem bestimmten Termin eine feste Menge Gold zu einem vorher vereinbarten Preis zu liefern. Ist der Marktpreis am Stichtag höher als der zuvor vereinbarte, hat der Käufer die Differenz als Gewinn. Normalerweise lässt er sich das Gold aber nicht ausliefern, sondern nur die Differenz in Geld auszahlen. Der Käufer kann aber auch auf der Übergabe des Edelmetalls bestehen.

Mehr Derivate als Gold im Markt

2024 betrug das Umsatzvolumen beim globalen Handel mit Gold sagenhafte 233 Milliarden US-Dollar pro Börsentag. Das war nur möglich, weil es sich beim Großteil des gehandelten Goldes nicht um physisches Gold, sondern lediglich um „Papiergold“ in Form von Finanzinstrumenten wie Optionen oder Gold Swaps und etliche andere handelte.

Allerdings ist der Nennwert dieses Ersatzes für Münzen und Barren weit höher als der des handelbaren Goldes: Allein im Euro-Raum sind nach Angaben der EZB schon derart viele Gold-Derivate im Umlauf, dass ihre physische Einlösung eine Goldmenge erfordern würde, die dem Dreifachen der weltweiten Jahresproduktion entspricht. Sollten die Marktakteure in Panik geraten und im großen Stil versuchen, ihr Papiergold durch reales Edelmetall zu ersetzen, solange das noch funktioniert, könnte dies massive Liefer-schwierigkeiten auslösen.

Für besorgniserregend hält die EZB auch das Agieren der BRICS-Staaten Bra-



Der Hype um physisches Gold könnte in letzter Konsequenz zu Störungen im globalen Finanzmarkt führen

Bild: imago/Zoonar

FINANZEN

EZB warnt vor Engpass im Goldmarkt

Bislang war die physische Unterdeckung beim Handel von Gold-Derivaten kein Problem. Ein plötzlicher Sinneswandel bei den Käufern könnte das ändern

silien, Russland, Indien, China und Südafrika, welche nach Alternativen für ihre Dollar- und Euro-Reserven suchen und deshalb erhebliche Goldbestände aufbauen. Sollten die Zentralbanken der BRICS-Staaten das erworbene Gold tatsächlich komplett in ihren eigenen Tresoren lagern wollen und auf physischer Lieferung bestehen, dann könnte das zu heftigen Preissprüngen und massiven Engpässen führen. Dies wiederum könnte die Existenz der Vertragspartner der BRICS-Zentralbanken in Europa und den USA gefährden, wenn diese das Gold nicht in ausreichender Menge vorrätig haben und teuer zukaufen müssen, um ihre Lieferverpflichtungen zu erfüllen.

Unerwähnt lässt die EZB, dass der so erzeugte Schock wahrscheinlich geeignet wäre, das gesamte Finanzsystem mit sei-

nen Zins-, Aktien- und Rohstoffmärkten zu erschüttern, weil dieses immer anfällig für Vertrauensverluste ist. So müssen die Euro-Banken tagtäglich für Verbindlichkeiten in Höhe von rund neun Billionen Euro einstehen, obwohl sie nur über Zentralbankguthaben von 2,8 Billionen verfügen – von größeren Bargeldbeständen ganz zu schweigen.

Wenig entgegengesetzt

Ansonsten beklagt die EZB kurioserweise auch noch die mangelnde Transparenz auf dem Goldmarkt: Ein großer Teil der Geschäfte mit Gold-Derivaten finde außerbörslich statt und unterliege damit keiner zentralen Aufsicht. Dabei weist die EZB in ihren Jahresbilanzen die eigenen Goldbestände grundsätzlich auch nur als „Gold und Goldforderungen“ aus, weswe-

gen unklar bleibt, wie viel physisches Gold die Bank wirklich besitzt.

Sollte sich ein Beben am Goldmarkt mit Folgen für den Rest des Finanzsystems ankündigen, bliebe den Aufsichtsbehörden als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Katastrophe die Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für Banken mit hohem Derivate-Volumen sowie der Erlass von Handelsbeschränkungen – so lautet zumindest die Einschätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, welche als „Bank der Zentralbanken“ gilt. Derlei bräuchte allerdings Zeit zum Wirken, welche in einer eskalierenden Marktsituation kaum vorhanden sein dürfte. Der derzeitige Goldmarkt ist also in höchstem Maße störanfällig, was die Besitzer von real existierendem Gold freilich nicht zu bekümmern braucht.

LEBENSMITTELHANDEL

Verbraucher in der Falle

Albert-Schweitzer-Stiftung stellt EDEKA-Konzern an den Qualitäts- und Massentierhaltungspranger

Die sich für das Tierwohl einsetzende Albert-Schweitzer-Stiftung hat den Lebensmittelkonzern EDEKA beschuldigt, Fleisch von Qualzuchthühnern in den Verkauf zu bringen. Die Stiftung wirft dem Unternehmen aber nicht nur vor, zu wenig bis gar nichts für hohe Tierschutzstandards getan zu haben, sondern vor allem die Verbraucher zu täuschen und diese mit den betroffenen Produkten gesundheitlich in Gefahr zu bringen.

Laut einer Untersuchung der Stiftung wurden Packungen frischer Hühnerbrustfilets der EDEKA-Eigenmarke „Gut & Günstig“ aus Haltungsform 2 geprüft. Dabei wurde herausgefunden, dass 94,5 Prozent der untersuchten Produkte von Muskelverfettung (bekannt als „White Striping“) betroffen waren. Dies ist klar an weißen Fettstreifen zu erkennen, die par-

allel zu den Muskelfasern verlaufen. Wie die Stiftung bekannt gab, wurden mehr als 500 Fleischproben aus 67 Edeka-Filialen in 23 deutschen Städten überprüft.

Die Preußische Allgemeine Zeitung hat den Lebensmittelhändler mit den Vorwürfen konfrontiert. „Die von der Albert-Schweitzer-Stiftung erhobenen pauschalen Vorwürfe gegen EDEKA weisen wir deutlich zurück!“, erklärt Gernot Kasel aus der EDEKA-Zentrale, Abteilungsleiter Mitarbeiter- und Medienkommunikation gegenüber der PAZ. „Die Behauptung, es handele sich bei unseren Produkten um Fleisch aus ‚Qualzucht‘ oder von ‚kranken‘ Tieren, ist falsch. Es handelt sich um Fleisch von Tieren der Haltungsform 2. Bei allen Lebensmittelhändlern sind Produkte aus der Haltungsform 2 weit verbreitet. Die Kriterien der Haltungsform 2

liegen klar über den gesetzlichen Tierwohlvorgaben, und das Fleisch ist qualitativ nicht zu beanstanden ... Wir haben eine wissenschaftlich basierte Bewertung des Reports der Albert Schweitzer Stiftung veranlasst. Ergebnis: Das so genannte ‚White Striping‘ lässt keinen direkten Rückschluss auf den Gesundheitszustand oder die Haltungsbedingungen der Tiere zu. Vielmehr handelt es sich um ein Phänomen, für das es unterschiedliche Gründe wie die genetische Linie, die Fütterung oder die Bewegungsaktivität gibt. ‚White Striping‘ kann in allen Haltungsformen auftreten!“, so der EDEKA-Sprecher in seiner Stellungnahme.

Nachfragen der PAZ bei mehreren Veterinären ergaben allerdings ein einhelliges Resümee: Die weißen Streifen im Hühnerbrustfleisch sind Fetteinlagerun-

gen, die bei einer gezielt schnellen Mast und Aufzucht entstehen können. Das Fett füllt dann quasi die entstandenen Lücken auf, wo sich das Muskelfleisch bei der schnellen Mast nicht entsprechend schnell bilden und wachsen konnte. Zudem verringern sich dabei andere wertvolle Nährwerte, allen voran der Proteingehalt des Fleisches. Bleibt die Frage, ob dies für Verbraucher ungesund ist? Wie diverse Humanmediziner gegenüber der PAZ bestätigten, ist der Verzehr von mit „White Striping“ betroffenem Hühnerfleisch nicht direkt gesundheitsschädlich. Indirekt aber besteht die Gefahr, dass ein Kunde, der bewusst ein mageres und somit fettarmes Stück Fleisch kaufen und sich zubereiten will, das Gegenteil auf dem Teller hat – statt viel nun wenig Proteine, aber dafür umso mehr Fett. J.E.

MELDUNGEN

Die Deutschen zahlen zuviel

Berlin – Deutsche Verbraucher zahlen derzeit mit 38 Cent pro Kilowattstunde den fünfthöchsten Strompreis der Welt. Das ergab eine Untersuchung des Vergleichsportals Verivox in Kooperation mit Global Petrol Prices. Am teuersten ist Strom momentan im britischen Überseegebiet Bermuda mit umgerechnet 42 Eurocent pro Kilowattstunde. Auf den Plätzen Zwei bis Vier landen dann die EU-Staaten Dänemark, Irland und Belgien. 2021 rangierte Deutschland beim Strompreis noch an erster Stelle – wobei dieser damals lediglich 31,8 Cent betrug. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft wurden die Verbraucher in der Bundesrepublik 2021 allerdings weniger stark belastet als die privaten Stromkunden in 14 anderen Staaten. Heute steht Deutschland in dieser Hinsicht gleichfalls nur auf Platz 22. Den weltweiten Anstieg des Strompreises seit 2021 geben Verivox und Global Petrol Prices mit 29 Prozent an. W.K.

EU schließt China aus

Brüssel – Die EU-Kommission hat im Juni ihre Entscheidung bekannt gegeben, chinesische Unternehmen von Aufträgen der EU für medizinische Geräte im Wert von über fünf Millionen Euro auszuschließen. In einer neunmonatigen Untersuchung hatte die Kommission festgestellt, dass in China 87 Prozent der öffentlichen Beschaffungsverfahren für medizinische Geräte diskriminierenden Praktiken unterlagen. Dadurch sind europäische Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen benachteiligt worden. Bereits im Januar hatte die Kommission erklärt, dass China „ein mehrschichtiges, umfassendes System allgemein geltender Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte eingeführt“ habe, das zu einer systematischen Diskriminierung importierter Medizinprodukte führe. Die EU-Kommission erklärt sich weiterhin zum Dialog mit Peking bereit, um den diskriminierenden Praktiken ein Ende zu setzen. H.M.

Afrika sagt Dollar adieu

Pretoria – In den afrikanischen Staaten laufen Vorbereitungen für die Einführung eines eigenen Zahlungssystems in lokalen Währungen auf Basis des Pan-African Payments and Settlement Systems (PAPSS). Derzeit wickeln die Länder Afrikas ihre finanziellen Transaktionen noch in US-Dollar ab. Dadurch fallen aber erhebliche Kosten an. Beispielsweise entstehen beim Handel zwischen zwei Geschäftspartnern in Nigeria und Südafrika durch den Umtausch von Naira in Dollar und dann weiter von Dollar in Rand Gebühren und Wechselkursverluste in Höhe von bis zu 30 Prozent des Transaktionswertes. Mit einem afrikanischen Zahlungssystem, das den US-Dollar komplett umgeht, ließen sich diese Kosten auf ein Prozent senken. Darüber hinaus haben viele afrikanische Volkswirtschaften auch Probleme, überhaupt genügend Dollar bereitzustellen. Oft gelingt dies nur durch Ressourcenexporte oder die Aufnahme ruinöser Kredite. W.K.

KOMMENTAR

Denunzieren statt diskutieren

HERMANN MÜLLER

Man kann nur ahnen, was sich hinter den Kulissen der märkischen SPD abgespielt hat, bis Katrin Lange vor wenigen Wochen ihren Rücktritt als Innenministerin des Landes Brandenburg bekannt gab. Nach heftiger Kritik um die Entlassung des Landes-Verfassungsschutzchefs hatte die 53-jährige Mitte Mai ihren Rücktritt als Ministerin erklärt und angekündigt, nicht mehr für das Amt der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden zu kandidieren. Dass zuvor Rücktrittsforderungen von den Grünen und der Linkspartei gekommen waren, ist politische Normalität. Allerdings war die SPD-Vizechefin auch von den Potsdamer Jusos offen aufgefordert worden, als Innenministerin zurückzutreten.

Noch Anfang Mai hätten die meisten Beobachter der brandenburgischen Politik auf die Frage, wer Nachfolger von Ministerpräsident Dietmar Woidke wird, vermutlich meist einen Namen genannt: Katrin Lange. Die gebürtige Brandenburgerin stand für eine Sozialdemokratie, die unideologisch und lösungsorientiert daherkommt. Trotz SPD-Parteibuch hatte sich Katrin Lange etwa hinter den Kurs des neuen CSU-Bundesinnenministers Alexander Dobrindt gegen die unkontrollierte Zuwanderung gestellt: „Ich begrüße alle geeigneten und rechtssicheren Maßnahmen zur Eindämmung, Verhinderung und Zurückweisung von irregulärer Migration“, so Lange. Dass sie zudem auch noch erklärte, sie halte nichts von einem AfD-Verbotsverfahren, sie wolle die Partei mit politischen Mitteln bekämpfen, trug ihr offenbar eine erbitterte Feindschaft von Teilen der SPD ein.

Schon nach ihrem Rücktritt als Innenministerin übte Lange scharfe Kritik an den Zuständen, die 35 Jahre nach der Wiederbegründung der brandenburgischen SPD herrschen (die PAZ berichtete in Folge 21/2025).

Sollten die Kritiker Langes vom linken Flügel der Brandenburg-SPD und den Jusos gehofft haben, damit sei das Kapitel Lange abgehakt, dann haben sie sich getäuscht. Anlässlich des SPD-Landesparteitages legte die ehemalige Innenministerin mit ihrer Kritik an ihrer eigenen Partei vor Kurzem noch einmal

nach. In einem offenen Brief an die Parteitage delegierten erklärte die langjährige politische Wegbegleiterin von Woidke: „Dass ich beim Streit um die Hochstufung der AfD keine gute Figur gemacht habe, weiß ich selber. Ich habe dabei auch selbst Fehler begangen. Aber was ich im Zuge dessen innerparteilich erlebt habe, das geht über das Maß des Erträglichen hinaus, das ich bereit war zu akzeptieren. Deshalb war mein Rücktritt als Innenministerin unausweichlich; und deswegen kandidiere ich nicht mehr als Eure stellvertretende Landesvorsitzende.“

Mit Koalitionsvertrag überein

Lange, die zwölf Jahre Mitglied im Vorstand der Brandenburg-SPD gewesen ist, weiter: „Mir ist aus der eigenen Partei vorgeworfen worden, ‚rechtsextreme Diskurse‘ zu bedienen. Mir ist von Parteifreunden die ‚sozialdemokratische DNA‘ bestritten worden. Es ist in Partei und Fraktion hinter meinem Rücken gegen mich intrigiert worden. Anderen passten meine ‚inhaltlichen Positionierungen‘ zu bestimmten Themen nicht.“

Lange erinnerte die SPD-Parteitage delegierten in ihrem offenen Brief daran, dass ihre Politik als Innenministerin „eins zu eins“ dem Koalitionsvertrag entsprach, der gemeinsam und einstimmig beschlossen worden ist. Verbunden war die Kritik an den innerparteilichen Umgangsformen mit einer Warnung an die SPD, die in Brandenburg mittlerweile ununterbrochen seit 35 Jahren immer den Regierungschef gestellt hat. „Ich befürchte, wenn dieser Umgang miteinander Schule macht, dann geht die SPD Brandenburg schweren Zeiten entgegen.“ Besorgt sprach die 1995 in die SPD eingetretene Lange auch eine „bedenkliche Verengung der Meinungskorridore“ in der Partei an. Schon länger würden Diskussionen durch Denunziationen ersetzt. Lange nennt dabei als Stichworte „Corona, Ukraine, Umgang mit der AfD oder auch Energiewende“.

Lange, die weiterhin ihr Mandat als Landtagsabgeordnete wahrnehmen will, warnte ihre Partei: „Wenn wir diese Debatten nicht mehr mit Anstand führen, dann heißt das nicht, dass sie nicht mehr stattfinden. Sie finden statt im Land – aber nicht mehr bei uns.“

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Letztes Aufgebot einer einst großen Partei: Lars Klingbeil und Bärbel Bas

Bild: imago/political-moments/

ZWISCHENRUF

Auf zum letzten Gefecht

REINHARD MOHR

Oh je, SPD! Wo soll man anfangen angesichts des ganzen Elends? Bei Ferdinand Lassalle und August Bebel? Philip Scheidemann und Friedrich Ebert? Bei Kurt Schumacher und Willy Brandt? Oder soll man lieber gleich mit Lars Klingbeil und Bärbel Bas beginnen, dem letzten Aufgebot der Sozialdemokraten, das nun die älteste Partei Deutschlands führt?

Auf dem vergangenen Parteitag, dem ersten nach der katastrophalen Wahlniederlage vom Februar, bei der die SPD gerade noch 16,4 Prozent erreicht hatte, zeigte sich wie unterm Brennglas die andauernde Stagnation, Erstarrung und Verknöcherung jener selbst ernannten „Fortschrittskraft“, mit der einst „die neue Zeit“ heraufziehen sollte, das Morgenrot einer freien und gerechten Gesellschaft. In beinahe sämtlichen Pressekommentaren – von „Welt“ bis „Süddeutsche“ – wurde die lähmend selbstgerechte Atmosphäre kritisiert, in der sich weder ehrliche Selbstkritik noch eine neue Aufbruchsstimmung entwickeln konnten. Prototypisch für diese verheerende Bewertung in den Medien war die Überschrift in der FAZ: „Vorwärts nimmer, rückwärts immer!“

Das Frappierende an dieser Schrumpfung der SPD im Jahre 2025: Sie sehnt sich nach den goldenen Zeiten zurück, als Kanzlerkandidat Willy Brandt noch weit über 40 Prozent der Wählerstimmen holte – sie weigert sich aber zu erkennen, unter welcher ganz anderen Voraussetzungen das geschah. Damals waren die Sozialdemokraten noch die Partei des sozialen Aufstiegs und eines Wirtschaftswachstums, das den nachfolgenden Generationen eine bessere Zukunft versprach. Bildung und „Kultur für alle“ (Hilmar Hoffmann) standen ganz oben auf der Agenda. Facharbeiter, Angestellte und Auszubildende waren im Fokus der Reformen, und zur Bundestagswahl 1972 warb die SPD mit der Parole „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land!“

Fortschritt war gestern

Heute würden die meisten Sozialdemokraten dieses Motto umstandslos als „rechtsextremistisch“ und „AfD-Propaganda“ bezeichnen und zur Anzeige bei der nächsten Antifa-Meldestelle bringen. Längst ist die ehemalige Arbeiterpartei zum Sammelbecken von Funktionären geworden, die unter dem Signum der allgegenwärtigen Regenbogenflagge dem wo-

ken, linksgrünen Zeitgeist hinterherlaufen, vom Gendern bis zur Inklusion, von der Entdeckung immer neuer Minderheiten bis zur a-priori-Moralisierung aller politischen Probleme, vor allem bei der Migrationspolitik. Keine Spur mehr vom vernunftgeleiteten hanseatischen Pragmatismus Helmut Schmidt'scher Prägung, umso mehr gefühlsmäßige Parteinahme für „sozial Schwache“, denen man erst gar nicht mehr eine Perspektive aufzeigt, aus ihrer Lage selbst herauszufinden.

Das Allheilmittel, das stets zur Hand ist, besteht darin, immer mehr Geld zu verteilen, gerne auch mit neuen Schulden. Paradigmatisch jenes „Bürgergeld“, dessen Name schon in die Irre führt, während es inzwischen 50 Milliarden Euro im Jahr verschlingt, Tendenz steigend. Was in der woken Szene so gerne wie angeberisch anglizistisch „Empowerment“ genannt wird, ist hier ein Totalausfall: Die „Selbstermächtigung“, um das eigene Leben frei und autonom durch eigene Arbeit zu gestalten, ist nicht mehr Teil der sozialdemokratischen Programmatik.

So ist die SPD zu einer Unterabteilung von Paritätischem Wohlfahrtsverband,

„Mischung aus provinzieller Kleingeistigkeit und ideologischer Großmannssucht“

Caritas und Rotem Kreuz geworden, eine riesige Betreuungsorganisation, die keine attraktive Zukunftsidee mehr hat, keine intellektuelle Kreativität und auch keine Rhetorik, die irgendjemanden mitreißen könnte. Bei allem Respekt für ihre persönliche Aufstiegs Geschichte: Weder Klingbeil noch Bas verfügen über die nötige geistige Statur, um die „Gesellschaft der Singularitäten“, wie der Soziologe Andreas Reckwitz unsere sozial zerklüftete Gegenwart beschreibt, angemessen anzusprechen, gar zu begeistern. Die Phrase von der „Vielfalt“ ist da nur hilfloses Wortgeklingel aus der Botanisiertrommel des linken Zeitgeists.

Kein Wunder, dass bei der spektakulär verlorenen Bundestagswahl nur noch zwölf Prozent der Arbeiter SPD gewählt haben und 13 Prozent der Arbeitslosen. Die gleiche Wahlanalyse von Infratest-

Dimap weist für die AfD derweil einen Wähleranteil von 38 Prozent unter Arbeitern und 34 Prozent unter Arbeitslosen aus. Doch was ist die Reaktion der SPD auf diese Zahlen, die eigentlich Anlass wären, einmal tief in sich zu gehen und über die Fehler der Partei nachzudenken? Sie strebt mit Macht einen Antrag auf Verbot der AfD beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an, und das bei einer sehr unsicheren Ausgangslage, was die Erfolgsaussichten betrifft. Ganz abgesehen davon: Wie klug ist es, einen deutlich stärkeren Konkurrenten mit juristischen Mitteln „aus dem Bundestag kriegen“ zu wollen statt ihn mit eigenen überzeugenden Argumenten in die Schranken zu weisen?

Lieber die Realität verbieten

Es ist diese Mischung aus provinzieller Kleingeistigkeit und ideologischer Großmannssucht, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands heute kennzeichnet. „Realitätsverweigerung“ hat das ihr beliebteste Politiker, Verteidigungsminister Boris Pistorius, genannt – ob bei der peinlichen Debatte über eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht oder bei der Positionierung gegenüber Putins aggressivem Russland. Pazifistisch gesonnene Genossen wie Ralf Stegner und Rolf Mützenich träumen sich zurück in die 70er Jahre, als Dialog, Diplomatie und Entspannungspolitik noch unter ganz anderen Bedingungen eine realistische Chance hatten.

Diese Blindheit, die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, und der Drang, lieber die Realität zu verbieten als sie zu verändern, macht die SPD zur traurigen Resterampe ihrer eigenen, durchaus ruhmreichen Vergangenheit. Ob diese Selbstverzweigung irgendwann einem Neuanfang mit neuen Leuten weicht? Niemand weiß das.

In der schwarz-roten Regierungskoalition könnte es jetzt jedenfalls erst einmal ungemütlich werden. Die mit 95 Prozent gewählte neue Parteivorsitzende Bas vom linken Flügel hat Oberwasser, während der mit 64,9 Prozent abgestrafte Vizekanzler Klingbeil versuchen muss, die sozialdemokratische Seele zu streicheln. Für die Pläne, das Bürgergeld zu reformieren und in der Migrationspolitik härtere Bandagen anzulegen, verheißt das nichts Gutes. Bundeskanzler Merz kann nicht so, wie er will, weil die SPD sonst möglicherweise komplett aus dem Ruder läuft und auf die Oppositionsbänke flieht. Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Es bleibt also spannend.

Die Schatzinsel Preußens

200 Jahre Museumsinsel Berlin – Grund genug für 60 Monate totaler Feierlaune

VON VEIT-MARIO THIEDE

Eine halbe Dekade lang zelebriert die Stiftung Preußischer Kulturbesitz das Jubiläum „200 Jahre Museumsinsel Berlin“. Wie kann das sein? Nun, am 9. Juli 1825 erfolgte die Grundsteinlegung für das Alte Museum. Dessen Eröffnung fand 1830 statt. Aber es gibt noch weitere Gründe, die zum UNESCO-Welterbe erkorene Museumsinsel zu feiern: 2029 wird das Kaiser-Friedrich-Museum, das heute Bode-Museum heißt, 125 Jahre alt. Im Jahr darauf wird das wegen seiner antiken Großarchitekturen wie dem Ishtar-Tor berühmte Pergamonmuseum 100 Jahre alt. Es ist momentan zwecks Generalsanierung und des Baus des vierten Flügels geschlossen. Die Teilwiedereröffnung ist für 2027 vorgesehen, zehn Jahre später soll alles fertig sein.

Genau 200 Jahre nach der Grundsteinlegung des Alten Museums wird dort die Sonderausstellung „Grundstein Antike. Berlins erstes Museum“ gezeigt. Das Alte Museum war darüber hinaus das erste öffentliche Museum Preußens. Das von Karl Friedrich Schinkel entworfene Haus gilt als Meisterwerk der klassizistischen Baukunst. Die majestätische Eingangsfront beeindruckt mit 18 monumentalen Säulen, über denen auf dem Gebälk 18 steinerne Adler sitzen. Architektonischer Höhepunkt ist die nach dem Vorbild des Pantheons von Rom erbaute, über zwei Etagen aufsteigende Rotunde, in deren Nischen antike römische Götterstatuen stehen. Im Hauptgeschoss wird griechische und hellenistische Kunst gezeigt. Höhepunkte sind die Porträtköpfe von Cäsar und Kleopatra sowie eine Lieblingsbronzefigur von Friedrich dem Großen: der „Betende Knabe“ (um 300 v. Chr.).

Im Geschoss darüber ist die Kunst der Etrusker und der römischen Kaiserzeit zu sehen. Zur Dauerschau tritt hier die Sonderausstellung „Grundstein Antike“. Sie gibt Einblicke in die Anfänge des Hauses. Es ist das erste als reines Kunstmuseum konzipierte Bauwerk. Viele Architekten nahmen es sich zum Vorbild



Die sanierte Alte Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel (r.) und die imposante Halle des Alten Museums (l.)



für ihre Museumsbauten. Zu sehen sind Entwurfszeichnungen Schinkels. Der Bauherr König Friedrich Wilhelms III. erwartete äußerste Sparsamkeit. Schinkel entwickelte daher innovative, aber dabei ebenso kostengünstige Lösungen. Ausgestellt sind zudem historische Bilder und Fotografien des Alten Museums sowie Antiken, die bereits bei der Eröffnung 1830 ausgestellt waren.

Mäzen als Vater der Nofretete

Im Zweiten Weltkrieg erlitt die Museumsinsel die Zerstörung von 70 Prozent ihrer Bausubstanz. Zwar ließ das DDR-Regime das Alte Museum wiederherrichten, doch die dringend nötige Generalsanierung des Hauses steht noch immer aus. Die haben die Alte Nationalgalerie, das Neue Museum und das Bode-Museum nach der deutschen Vereinigung bereits hinter sich ge-

bracht. Künftig sollen bis auf die Alte Nationalgalerie diese drei Museen und das Pergamonmuseum durch die „Archäologische Promenade“ miteinander verbunden werden. Sie beginnt in dem von David Chipperfield Architects erbauten neuen Empfangsgebäude, das James-Simon-Galerie heißt.

James Simon war ein bedeutender Mäzen der Museumsinsel. Ihm verdankt sie beispielsweise eines der beliebtesten Werke: die Büste der ägyptischen Königin Nofretete (um 1340 v. Chr.). Sie steht mutterseelenallein im Nordkuppelsaal. Das Neue Museum war nach seiner Zerstörung über 60 Jahre Kriegsrueine, was man nicht nur Nofretetes Nordkuppelsaal noch immer ansieht. Das ist Absicht. David Chipperfield hat das außen mit wenig Bauschmuck, innen aber äußerst aufwendig ausgeschmückte Haus dem Prinzip

der „ergänzenden Wiederherstellung“ unterzogen. Beschädigte Innenausstattung wie etwa Wandmalerei bleibt in diesem Zustand. Neue Bauelemente wie die monumentale Treppenanlage sind als solche erkennbar. Das Haus präsentiert neben den Funden aus dem alten Ägypten Schliemanns trojanische Ausgrabungen mit Ausnahme derer, die sich als „kriegsbedingt verlagertes Kulturgut“ in Russland befinden, sowie die Vor- und Frühgeschichtlichen Sammlungen. Deren Hauptattraktion ist ein seltenes Zeugnis bronzzeitlicher Religionsausübung: der aus einem einzigen Stück Gold nahtlos und hoch hinaus getriebene Berliner Goldhut (9.-8. Jh. v. Chr.).

Architektonischer Kunsttempel

Sowohl die Baupläne für das Neue Museum als auch die für die Alte Nationalgale-

rie stammen von August Stüler. Letztere ist mit der ihr vorgelagerten zweiläufigen Treppenanlage das auffälligste Bauwerk der Museumsinsel. Es sieht aus wie ein weihvoller Tempel der Kunst, auf dessen Giebelspitze drei weibliche Figuren wachen. Sind sie die Grazien? Die Alte Nationalgalerie betritt man nicht etwa über die aufwendige Treppenanlage, sondern schlicht ebenerdig.

Als Begrüßungskomitee erwarten den Besucher Johann Gottfried Schadows Marmorprinzessinnen Luise und Friederike von Preußen (1795–1797). Ausgestellt sind Skulpturen und Gemälde des 19. Jahrhunderts, vor allem aus Deutschland, aber auch aus Frankreich. Die vielseitige Malerei Adolf Menzels ist mit dem vom Flötenkonzert Friedrichs des Großen (1850–1852) bis zur Darstellung des rechten Fußes des Künstlers (1876) reichenden Sortiment breit vertreten. Saal an Saal dominieren die Landschaftsgemälde des Romantikers Caspar David Friedrich und des Architekten Karl Friedrich Schinkel das dritte Obergeschoss.

Preußens Gemälde-Gloria

Über dem Eingang zur Alten Nationalgalerie ist das imposante Reiterstandbild König Friedrich Wilhelms IV. installiert. In der Vorhalle des auf dreieckigem Baugrund errichteten Bode-Museums befindet sich ein Gegenstück, nämlich die Kopie des von Andreas Schlüter entworfenen, bis 1700 vollendeten Reiterstandbildes des Großen Kurfürsten. Das ursprünglich von Kaiser Wilhelm II. nach seinem Vater benannte Museum trägt seit 1956 den Namen Wilhelm Bodes (1845–1929), der Generaldirektor der Königlichen Museen Berlins war. Insbesondere die Sammlungen dieses Museums gehen auf ihn zurück. Höhepunkt des mit byzantinischer Kunst sowie mit Altären, Gemälden, Skulpturen, Reliefs, Kirchenbänken und Möbeln der Spätgotik, der Renaissance und des Barock ausgestatteten Hauses ist die im Stil der italienischen Renaissance inszenierte Basilika, deren Seitenkapellen mit erlesenen christlichen Kunstwerken ausgestattet sind.

AUSSTELLUNG

Die Bronzen aus dem Schlamm

Jahrhundertelange Heilung im Thermalbad – Die Bronzen von San Casciano in der James-Simon-Galerie auf der Museumsinsel

Für das Jubiläum der Berliner Museumsinsel hält man sich mit Superlativen nicht zurück. Als „archäologischen Jahrhundertfund“ bezeichnet man werbewirksam die Bronzen, die vom 5. Juli bis 12. Oktober als Sonderausstellung der Antikensammlung in der James-Simon-Galerie, dem 2018 fertiggestellten Besucherzentrum der Museumsinsel, ausgestellt werden. Die 15 außergewöhnlich gut erhaltenen Bronzestatuen und -köpfe hat man zwischen 2022 und 2024 bei Grabungen in San Casciano dei Bagni in der Toskana in einem antiken Thermalheiligtum gefunden wurden. In der Berliner Ausstellung werden sie nun zum ersten und voraussichtlich einzigen Mal außerhalb Italiens gezeigt.

Der Fund gilt als archäologischer Glücksfall, denn antike Bronzefiguren – zumal in derart großer Menge – sind extrem selten. Einzigartig ist auch die Fundsituation: Immer wieder neue Bronzen

zogen die Ausgräber aus dem Schlamm heraus. Neben den größeren Statuen fand man außerdem Dutzende Kleinbronzen und Hunderte von Münzen, die ebenfalls in Berlin zu sehen sein werden. Hauptleihgeber ist die Soprintendenza Archeologia, Belle Arti e Paesaggio per le Province di Siena, Grosseto e Arezzo.

Die aus dem Zeitraum vom 2. Jahrhundert vor bis zum 1. Jahrhundert nach Christus stammenden Objekte wurden in einem Wasserbecken neben einer immer noch aktiven Thermalquelle mit 40 Grad heißem Wasser gefunden. Sie ist eine von über 40 Quellen des Ortes, die viele Touristen zur Linderung rheumatischer Leiden anlockt, und die auch bereits in der Antike genutzt wurden.

Das antike Becken erwies sich als Zentrum eines etruskisch-römischen Heiligtums. Hier suchten Kranke Heilung und besorgte Eltern göttlichen Schutz für ihre Kinder. Die Statuen, aber auch viele klei-



Suchte Heilung im Thermalbad: Bronzestatuetten eines Mannes mit verküppelter Wirbelsäule, 3. Jahrhundert v. Chr.

nere Objekten waren Weihgaben der Besucher an die hier verehrten Mächte.

Man kann hier erstmals studieren, wie ein Heiligtum am Übergang von der etruskischen zur römischen Kultur funktionierte: Wer waren die Gottheiten? Wie trat die lokale Bevölkerung mit ihnen in Kontakt? Welche Bevölkerungsschichten besuchten das Heiligtum? Was waren ihre Anliegen? Wie lange war die etruskische Sprache in Italien noch in Gebrauch? Denn etruskische und römische Inschriften auf den Weihgeschenken geben Auskunft über die Stifter, die Gottheiten und den Anlass. Wie unterschied sich dies von Weihpraktiken in anderen Heiligtümern?

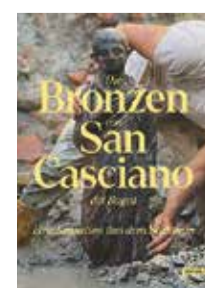
Zudem lässt sich zeigen, dass viele der Anliegen universal menschlich sind und die Weihpraxis eine lang andauernde Tradition besitzt. Auch heute noch werden in katholischen und orthodoxen Kirchen ähnliche Objekte gestiftet. Eigene herausragende Objekte aus der Antikensamm-

lung sowie neuzeitliche Weihungen aus dem Museum für Europäische Kulturen in Dahlem ergänzen die italienischen Leihgaben.

Erstmals werden auch Neufunde aus der Grabung des Herbstes 2024 zu sehen sein, darunter ein einzigartiger halber nackter männlicher Bronzeturso, eine in Bronze nachgebildete Luftröhre, die Statue eines Kindes mit einem beweglichen Ball in der Hand sowie eine knapp einen Meter lange Bronzeschlange. tws/SPK

Begleitpublikation zur Ausstellung:

Massimo Osanna, Jacopo Tabolli (Hg.), **Die Bronzen von San Casciano dei Bagni. Eine Sensation aus dem Schlamm**, Verlag Schnell & Steiner, Regensburg 2025, 128 Seiten, 24 Euro



Eine Flucht in 140 Bildern

Vor 80 Jahren nahmen die beiden Fotografen Hanns Tschira und Martha Maria Schmackeit an einem Flüchtlingsstreck teil. Das Ergebnis zeigt das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in einer Sonderausstellung

VON RALF LOOCK

Auf diesen Abend hatte sich der 81-jährige Hans-Joachim Krebs aus Dresden lange gefreut. Er war eigens mit seiner Tochter Kathrin Mieth nach Berlin gereist, um im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung an der Eröffnung der großen Sonderausstellung „Der Treck – Fotografien einer Flucht 1945“ teilzunehmen. Unter den rund 200 Besuchern dieser Vernissage ist er der einzige, der bei diesem Marsch im Januar und Februar 1945 dabei war. Sicher hat er, der als Einjähriger mit auf diese Reise genommen wurde, keine originären eigenen Erinnerungen – aber seine Mutter hat ihm oft von dem Treck berichtet und ihm gelegentlich auch Fotos gezeigt. Sie war es auch, die ihre Erinnerungen niedergeschrieben hat. Ihren Text hat Krebs oft und aufmerksam gelesen. Insofern seien ihm die Handlungen und Akteure des Trecks von 1945 wohlvertraut, erläuterte er in Berlin.

Der Treck, der am 21. Januar bei minus 15 Grad Celsius im niederschlesischen Dörfchen Lübchen startete, hatte eine Besonderheit: Mit dabei waren die Fotografen Hanns Tschira und Martha Maria Schmackeit, die den Flüchtlingsstreck dokumentierten. Innerhalb von einem Monat machten die beiden Profis etwa 140 Aufnahmen, wobei die Mehrzahl von Tschira stammt. Dieser einzigartige Bildbestand wird im Dokumentationszentrum erstmals vollständig ausgestellt.

In Niederschlesien ging es kos

Das Fotografieren von Soldaten, Marschkolonnen und auch zivilen Trecks war



Die Teilnehmer der Vernissage-Podiumsdiskussion: Barbara Kurowska, Nils Köhler, Lucia Brauburger, Thomas Meyer und Kerstin von Lingen (v.l.)

Bild: Ralf Loock

für Bilder, die das Miteinander und die Kameradschaft dokumentieren.

Tschira, geboren 1899 in Elsaß-Lothringen, gestorben 1957 in Baden-Baden, hat in seinem Leben in verschiedenen Orten und Funktionen als Fotograf gearbeitet; im Zweiten Weltkrieg wirkte er in Berlin und belieferte Zeitungen und Magazine im In- und Ausland mit seinen Motiven. 1943 wurden die Privat- sowie die Geschäftsräume ausgebombt, mit seiner Familie – Frau und drei Kinder – sowie seiner Fotoagentur wechselt er ins niederschlesische Lübchen. Dort liefen für ihn die Geschäfte ordentlich, seine Fotoagen-

350 Menschen machten sich auf den Weg. Mit dabei waren zwölf Pferdefuhrwerke. Dies war eigentlich eine erstaunlich geringe Zahl, aber Lübchen war anderes als die meisten Ortschaften in der Region eben kein Bauerndorf, Fußgänger, Fahrräder, und vor allem sehr viele Kinderwagen und Kinderkarren prägten das Bild des Trecks aus dem Ort.

Die Fotoserie von Tschira und Schmackeit ist einzigartig in ihrer Dichte und Qualität. Kein Flüchtlingsstreck im Jahr 1945 ist so umfassend dokumentiert wie der aus Lübchen in Niederschlesien. Tschira und Schmackeit sind dabei keine Außenstehenden, sie sind beide mit ihren Familien Teil des Geschehens, sie sind ein Teil des Trecks. Zugleich war vor allem Tschira auch fotografischer Akteur, der bewusst und professionell dokumentierte. So entstanden in diesem einen Monat – so lange dauerte die Flucht – die 140 Aufnahmen, welche die Ausstellung jetzt zeigt. Tschira wurde dabei zusammen mit dem Bürgermeister mit der Führung des Trecks betraut.

Letzterer hatte dem weltgewandten Fotografen viel zu verdanken. Er führte die Dorfgemeinschaft letztlich aus der Gefahr. Es waren schlimme und entbehrungsreiche Wochen, aber zum Glück machten die Menschen aus Lübchen keine eigenen Gewalterfahrungen. Das erging vielen Trecks leider anders. Der Zug wuchs unterwegs durch weitere Menschen aus anderen Ortschaften weiter an. Zeitweise zählte er rund 500 Flüchtlinge.

Einzigartig in Dichte und Qualität

Der Fotograf Tschira setzte sich an die Spitze ihres Zuges. Ihm ist zu verdanken, dass fast alle der Dörfler überlebten. Inmitten der Not gelang es ihm, den Treck einige Male zu einer dampfenden Gulaschkanone zu lenken. Für eine Hochschwangere organisierte er ein Krankenhausbett. „Solange er bei uns war, ging alles gut“, sagte eine Zeitzeugin. „Wir blickten zu ihm auf.“

Tschira mied am 13. Februar das von Flüchtlingen verstopfte Dresden. Seine Leute nahmen in einem Dorf westlich Quartier. Von dort verfolgten sie die Operation Donnerschlag, bei der Zehntausende Menschen in der sächsischen Hauptstadt im Bombenhagel verglühten. „Wir haben das Leuchten gesehen, für ein Kind war das wie ein Naturereignis“, erinnerte sich ein Zeitzeuge.

lich hat Lucia Brauburger in ihrem 2004 erschienen Buch „Abschied von Lübchen. Bilder einer Flucht aus Schlesien“ diese Ereignisse nachgezeichnet. Sie nahm nun in der Vernissage an einer Podiumsdiskussion zusammen mit den beiden Ausstellungskuratoren Barbara Kurowska und Nils Köhler sowie dem Fotografen Thomas Meyer teil. Moderiert wurde diese Gesprächsrunde von der Wiener Universitätsprofessorin Kerstin von Lingen. In dieser Podiumsdiskussion schilderten Kurowska und Moderatorin von Lingen, wie die polnischen Siedler durch die Sowjets zur Umsiedlung gezwungen worden seien – die Neuankömmlinge in Schlesien seien selber Vertriebene aus dem Lemberger Land gewesen, die im Zuge der sogenannten Westverschiebung Polens ihre Heimat hätten verlassen müssen.

Bei Chemnitz endete der Treck

Doch dabei offenbarten Kurowska und von Lingen erhebliche Wissenslücken – die polnischen Propaganda-Begriffe „wiedergewonnene Gebiete“ und „Repatrianten“ wurden von ihnen nicht erwähnt. Dabei war es ja durchaus das Lebensgefühl der Polen, nun als „Repatrianten“ in ihre „wiedergewonnenen Gebiete“ „heimzukehren“. Es ist eben nicht so, dass alle Neuankömmlinge von sowjetischen Rotgardisten in die Viehwaggons zum Abtransport begleitet worden wären, vielmehr ist richtig, dass viele der neuen Siedler freiwillig nach Danzig, Pommern und Schlesien kamen. Es war durchaus das Lebensgefühl der Polen, dass sie nun die deutschen Zivilisten vertreiben und massakrieren wollten, dass die Polen die Häuser, Dörfer und Städte der Deutschen übernehmen wollten.

Im sächsischen Nossen gelang Tschira das kaum Mögliche: Er organisierte zwei Waggons und eine Dampflok. Der Zug ratterte in Richtung Neuoesnitz, westlich von Chemnitz. Einmal wurde er von Tieffliegern attackiert, doch alle überlebten. Nach der Ankunft in Neuoesnitz – dieser Ort war ihnen als neue Heimat zugewiesen worden – kamen die Lübchener im Dorf unter. Tschira zog weiter ins Badische. „Als er weg war, ging es drunter und drüber“, erinnerte sich eine Zeitzeugin. Die Lübchener spürten, dass sie Fremde waren, gerettet zwar, aber nicht willkommen.

Wie Gundula Bavendamm, Direktorin des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, bei der Vernissage berichtete, habe man monatelang an der Sonderausstellung „Der Treck“ gearbeitet. Schon vor einiger Zeit hatte das Zentrum mit Blick auf den 80. Jahrestag von Kriegsende, Flucht und Vertreibung einen Aufruf gestartet, gesucht wurden beeindruckende Fluchtgeschichten. Man hatte daraufhin rund 800 Einsendungen erhalten, unter diesen entschied man sich für die Story aus Lübchen. Es musste ein Thema sein, das bislang kaum öffentlich präsent war und das man binnen weniger Monate Bearbeitungszeit zu einer Ausstellung formen konnte.

Seine Anerkennung für die Sonderausstellung sprach Christoph de Vries (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, aus. In seinem Grußwort würdigte er besonders die Versöhnungsarbeit der Landsmannschaften. Er selber habe am 31. Mai aus Anlass des 80. Jahrestag an dem Brünner Gedenkmarsch, mit dem an die Opfer des Brünner Todesmarsches am 31. Mai 1945 erinnert wurde, teilgenommen. „Der Versöhnungsmarsch von Brunn endet mit dem Anzünden von Kerzen zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches vom 31. Mai 1945“, erklärte de Vries. Er dankte allen beteiligten Landsmannschaften sowie den Politikern aus Tschechien und Deutschland für das würdige, gemeinsame Gedenken.

Nun ist die Flucht aus Lübchen dem schlesischen Heimatfreund nicht völlig unbekannt. So lebte die Erinnerung weiter. Ferner erschienen unregelmäßig einzelne Fotografien aus der großen Treck-Sammlung von Tschira in verschiedenen Zeitungen und Magazinen. Und schließ-



Die Fotografin: Martha Maria Schmackeit auf dem Treck aus Lübchen im Januar 1945 mit umgehängter Leica-Kamera

Doch davon war bei Kurowska und von Lingen nichts zu hören.

Für Hans-Joachim Krebs hat sich die Fahrt nach Berlin gelohnt. Nach der offiziellen Eröffnung schaute er sich mit seiner Tochter die Bilder an. Dabei wird er sicher auch liebevoll an seine Mutter gedacht haben, die diese rund 350 Kilometer lange Strecke in den vier Wochen Anfang 1945 gelaufen ist.

● Die Sonderausstellung „Der Treck – Fotografien einer Flucht 1945“ ist noch bis zum 18. Januar 2026 zu sehen. Nähere Informationen erteilt das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Telefon (030) 2062998-0, Fax (030) 2062998-99, E-Mail: info@f-v-v.de



Der Fotograf: Hanns Tschira fotografiert am 21. Januar 1945 Dorfbewohner in Lübchen, während sie sich zum Aufbruch des Trecks versammeln

eigentlich verboten. Doch da Tschira und Schmackeit als hauptberufliche Fotografen arbeiteten, besaßen sie eine entsprechende Genehmigung.

Wie konnte diese Fotostrecke überhaupt entstehen? Was zeigen die Bilder über die Flucht 1945, und was lassen sie aus? Durch die Recherchen des Kuratorenteams ist klar: Die Fotos können nicht als rein private Aufnahmen betrachtet werden. Tschira hat seine Bilder oft konzentriert und aufwendig komponiert – sie sollen Zuversicht, Wille, Hingabe ausdrücken. Keine Toten, keine Verletzten, keine schwierigen, traurigen Szenen. Da-

tur zählte mitunter 20 Beschäftigte – Angestellte und Zwangsarbeiter.

Mitte Januar 1945 war die sowjetische Front nur noch 50 Kilometer von Lübchen entfernt. In den Häusern packten die Familien ihre Koffer für die Flucht. Einen Zug noch zu erreichen war aussichtslos, also blieb nur der beschwerliche Fußmarsch nach Westen. Am Vormittag des 21. Januars war Abmarsch – was alle noch nicht wissen konnten: Es war ein Abschied auf ewig. Es sollte kein Zurück nach Lübchen geben.

Fast alle Einwohner aus Lübchen einschließlich 120 Kindern flohen. Rund

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Am 11. Juli 1700 legte Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg mit der Gründung der Kurfürstlich Brandenburgischen Societät der Wissenschaften den Grundstein für eine der ältesten Wissenschaftsakademien Europas. 325 Jahre später ist die heutige Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) nicht nur ein Hort des Wissens, sondern ein Spiegel der deutschen Geistesgeschichte mit all ihren Glanzlichtern, aber auch Schattenseiten. Die Akademiegeschichte spiegelt sowohl deutsche als auch europäische Geschichte: von Aufklärung und Aufstieg, von Missbrauch und Neuanfang. Sie ist ein Mahnmal für die Gefährdung wissenschaftlicher Freiheit, aber auch ein Symbol für die Resilienz der Vernunft.

Die Akademiegründung war kein isoliertes Ereignis, sondern Ausdruck einer europäischen Entwicklung. Die Fürsten hatten die Wissenschaft als Motor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung erkannt. Kurfürst Friedrich III., der sich 1701 in seinem souveränen Herzogtum Preußen selbst zum König krönte, war geradezu beseelt von dem Gedanken, Brandenburg-Preußen in die Riege der modernen Staaten zu führen. Wissenschaft war dabei ein Instrument politischer Repräsentation und zugleich Mittel zur Staatsentwicklung.

Mit Gottfried Wilhelm Leibniz fand Friedrich einen kongenialen Berater. Der Universalgelehrte formulierte eine ebenso pragmatische wie idealistische Vision: „Theoria cum praxi“ – Wissenschaft mit praktischem Nutzen solle das Fundament der Akademie sein. In einem Schreiben an Friedrich erklärte er: „Eine Societät der Wissenschaften, wohl eingerichtet, wird nicht allein die Ehre des Landes vermehren, sondern auch Nutzen und Ansehen in allerley Ständen bringen.“ Die neue Sozietät sollte kein elitärer Zirkel sein, sondern ein Laboratorium für Fortschritt. Naturwissenschaften, Philosophie, Technik, Medizin und Geschichtswissenschaften sollten im Dienst des Staates, aber auch der Allgemeinheit stehen. Die Akademie war von Beginn an interdisziplinär, international und zweigeteilt in eine Klasse für mathematisch-naturwissenschaftliche und eine für geisteswissenschaftliche Forschung.

Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich die Akademie zu einer angesehenen Institution. Forscher wie Leonhard Euler oder Joseph-Louis Lagrange prägten das mathematisch-naturwissenschaftliche Profil. Die Aufklärung fand in Berlin einen institutionellen Resonanzraum. Dennoch blieb die Akademie abhängig von Hof und Herrschaft. Ihre Freiheit war stets relativ zur politischen Großlage – ein Umstand, der bis heute Gültigkeit besitzt.

Im 19. Jahrhundert erlebte die Akademie mit der preußischen Bildungsreform eine neue Blüte. Wilhelm von Humboldts Ideen zur Einheit von Forschung und Lehre beeinflussten das Wissenschaftsverständnis nachhaltig. Doch auch hier galt: Die Akademie war Teil eines monarchischen Systems, das Wissenschaft für nationales Prestige nutzte.

Mit dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik begannen turbulente Zeiten. Die Akademie geriet in einen Identitätskonflikt zwischen nationaler Verpflichtung und internationaler Zusammenarbeit. Während der NS-Zeit wurde sie in die nationalsozialistische Ideologie eingebunden. Jüdische Mitglieder wurden ausgeschlossen, kritische Stimmen unterdrückt. Die Akademie verlor ihre wissenschaftliche Integrität und wurde zum Instrument der Diktatur.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zerschlug die Spaltung Deutschlands auch die Wissenschaftslandschaft. In der DDR wurde 1946 die Deutsche Akademie der



Sie übernahm den Sitz der AdW am Gendarmenmarkt: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

„THEORIA CUM PRAXI“

Erkenntnis zwischen Fürst und Freiheit

Vor 325 Jahre gründete Kurfürst Friedrich III. die heutige Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Wissenschaften zu Berlin (DAW) gegründet, später in „Akademie der Wissenschaften der DDR“ (AdW) umbenannt. Sie verstand sich als sozialistische Forschungsinstitution mit zentraler Planwirtschaft der Wissenschaften. Zwar wurden große Forschungsprojekte realisiert, doch war die Akademie eng an die Staatsdoktrin gebunden.

In West-Berlin wurde parallel die Tradition der ursprünglichen Sozietät bewahrt. 1987 wurde im Westteil Berlins die Akademie der Wissenschaften zu Berlin (AWB) gegründet. Die Kluft zwi-

schen den beiden Akademien spiegelte die ideologische Trennung Deutschlands wider. Wissenschaft war hier nicht nur Erkenntnisuche, sondern Teil des Systemwettstreits.

Akademie der Wissenschaften zu Berlin (AWB)

Zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung entstand die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften als Nachfolgeinstitution, getragen nun nicht mehr von Preußen oder der DDR, sondern von den beiden Bundesländern Berlin und

Brandenburg. Die BBAW zählt die Akademie der Wissenschaften zu Berlin zusammen mit der Preussischen Akademie der Wissenschaften und der aus dieser hervorgegangenen Akademie der Wissenschaften der DDR zu ihren Vorgängereinrichtungen. Die Herausforderung war enorm: die Integration der beiden Wissenschaftstraditionen, jener der sogenannten alten Bundesrepublik und jener der DDR, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, der Aufbau neuer Strukturen.

Heute steht die BBAW für exzellente Forschung und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Große Langzeitprojekte wie das Deutsche Wörterbuch der Gebrüder Grimm oder die Edition der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels zeugen von wissenschaftlicher Ausdauer. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, beispielsweise zu Klimaforschung, Digitalisierung oder Ethik in den Lebenswissenschaften, zeigen die Aktualität, aber auch die Zeitgeistgebundenheit der Akademiearbeit.

In einer Zeit von Wissenschaftsskepsis und gesellschaftlichen Polarisierungen hat die Akademie eine Verantwortung. Sie muss Vertrauen in wissenschaftliche Rationalität stärken, Brücken bauen und Debatten über die großen Fragen der Zeit mitgestalten. Dabei muss sie ihrer Maxime treu bleiben: „Theoria cum praxi“.

Kurzbiographien



Friedrich III. krönte sich in Preußen zum König, und aus der Kurfürstlich Brandenburgische wurde die Königlich Preussische Societät der Wissenschaften.



Gottfried Wilhelm Leibniz war der erste Präsident der Akademie. Vergleichbare Einrichtungen versuchte er auch in anderen Staaten zu initiieren.



Wilhelm von Humboldt wählte nicht zuletzt wegen der dortigen Akademie der Wissenschaften Berlin als Standort für die von ihm initiierte Universität.

PETER BOENISCH

Der Letzte mit dem richtigen Riecher

Die Frage, was einen großen Journalisten ausmacht, dürfte wohl jeder anders beantworten. Für die einen muss so jemand investigativ Verborgenes oder gar Verbotenes aufdecken. Andere halten hochseriöse Wortkrobatens für die Crème de la Crème. Noch andere glauben, dass ein guter Journalist das richtige Gespür haben muss. Vor 20 Jahren starb ein Mann, der hatte das alles. Und noch viel mehr. Er war Blattmacher, Erfinder großartiger Medien, konnte Schlagzeilen wie kaum ein anderer kreieren, blieb sich treu und hatte eine Fachkompetenz von einer Bandbreite, wie man sie heute im deutschen Journalismus vergeblich sucht: Die Rede ist von Peter Boenisch.

Ein Vollblutjournalist, der Leuten aufs Maul schaute und das schrieb, was sie lesen wollten, dem Genauigkeit bei der Recherche über alles ging und der sich niemals verbiegen ließ – weder vom Umfeld, noch von Kollegen oder gar von seiner Leserschaft.

Der 1927 in Berlin geborene Sohn einer jüdischen Russin aus dem ukrainischen Odessa und eines Deutschen entdeckte nach kurzem, nicht vollendetem Studium der Slawistik und der Rechtswissenschaften seine journalistische Leidenschaft.

Nach diversen Stationen bei Zeitungen und Rundfunk entwickelte er 1956 eines der berühmtesten Magazine: die „Bravo“. Eine Jugendillustrierte, die in ihren besten Zeiten knapp zwei Millionen Auflage hatte. Ein Erfolg? Ja, aber nichts gegen das, was kommen sollte. Mittlerweile seit 1959 beim Axel Springer Verlag aktiv, wurde er nur zwei Jahre später Chefredakteur der „Bild“, die er maßgeblich mitentwickelte und zu ihren größten Erfolgen führte. Über vier Millionen Auflage waren sein Verdienst. Seine Schlagzeilen blieben einzigartig und bis heute ebenso unvergessen wie unerreicht. „Der Mond ist nun ein Ami“, titelte „Bild“ am 21. Juli 1969 – als Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat. Der Titel hängt heute noch gerahmt in der Vorstandsetage des Verlages.



BILD: BUNDESBÜCHER- u. BIBLIOTHEKSDIREKTORAT BERLIN/RENE ENGELBERT/CC-BY-SA/3.0

Von 1965 bis 1979 war er Chefredakteur der „Bild am Sonntag“, leitete von 1978 bis 1981 zudem „Die Welt“. Nach Querelen stieg er aus dem Hamburger Verlag aus. Rein in ein neues Abenteuer: Boenisch wurde 1983 Regierungssprecher unter Bundeskanzler Helmut Kohl, bis er 1985 zurücktrat, da ihn steuerliche Ungereimtheiten auf die Füße fielen. Kurze Zeit später gab er bei Burda und beim Springer-Verlag noch einmal ein Aufsichtsrats-Intermezzo und widmete sich ab 2001 dem Petersburger Dialog, um die Verständigung zwischen Deutschen und Russen zu fördern.

Boenisch verstarb als Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens für „außerordentliche Verdienste um die Freiheit der Medien“ am 8. Juli 2005. Er war einer der letzten wahren Köpfer, Allrounder und Verbalhandwerker mit der Freude am Feilen der besten Headline. J.E.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Welt ist mittlerweile sehr verwirrend geworden. Das führt auch so manche linke Ideologie ad absurdum. Aus dieser Enttäuschung erwächst das Bemühen, eine neue, zeitgemäßere linke Weltanschauung zu etablieren, in der zugleich das Feindbild nachjustiert wird. Auf dem letztgenannten Gebiet zeichnet sich unter anderem der deutsche Religions- und Politikwissenschaftler Michael Blume aus, der seit 2018 als Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben fungiert. Blume gehört zwar der CDU an, vertritt aber Positionen, die eher denen der Grünen und Linken entsprechen. Dazu gehört seine Kritik am „Fossilismus“ beziehungsweise „fossilen Faschismus“.

Der, so Blume, sei eine zutiefst autoritäre und auf untrennbare Weise mit der Gewinnung und Vermarktung fossiler Brennstoffe verbundene Weltanschauung. Zu deren praktischen Ausprägungen zähle nicht zuletzt der ausgeprägte Männlichkeitswahn namens Petro-Maskulinität, welcher sich nach außen hin im demonstrativen Verbrennen fossiler Rohstoffe, der Verherrlichung von Gewalt und Waffen sowie dem hemmungslosen Verzehr von Fleisch aus der Massentierhaltung äußere.

Gleichzeitig verknüpft Blume den Fossilismus mit der „Rentierstaats-Theorie“, der zufolge Staaten oder Menschengruppen, welche ebenso hohe wie mühevolle Einkünfte aus dem Verkauf von Erdöl, Erdgas und Kohle erzielen, stark dazu tendieren, ihre Gewinne zur Festigung autoritärer Machtstrukturen und damit zur Unterdrückung der Demokratie sowie in vielen Fällen auch zur Finanzierung von Krieg und Terror zu nutzen. Fossile Energien seien deshalb letztlich „Gewaltenergien“ im Dienste repressiver Regime wie in Russland und Saudi-Arabien oder von „Timokratien“ (Herrschaft der Reichen) vom Schlage der USA, in denen einige wenige Reiche das Sagen hätten.

Der Islamismus kommt aus dem Öl

Um die Macht der Fossilisten zu bewahren, versuche die fossile Lobby mit allen Mitteln, die Wende hin zu Erneuerbaren Energien zu verhindern oder zumindest so lange als möglich hinauszuzögern. Dazu bringe sie Falschinformationen und Verschwörungsmethoden in Umlauf, die eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellten – auch und gerade wegen ihrer antisemitischen Zielrichtung. Ebenso besteht laut Blume eine zwangsläufige Verbindung zwischen den Einnahmen aus fossilen Energien und der Finanzierung von Aktionen gegen Juden und den Staat Israel. Als Beispiel hierfür nennt er das Sponsoring der Terrormiliz Hamas durch das Golf-Emirat Katar.



Wähnt hinter fossiler Energie nichts als das pure Böse: Michael Blume

Bild: IMAGO / Achim Zweygarth

IDEOLOGIE

Die Erfindung des „Fossilen Faschismus“

Wie der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, die „Energiewende“ in den „Kampf gegen Rechts“ einbindet

Des Weiteren sieht Blume Zusammenhänge zwischen dem Phänomen Religion und der Energiepolitik: „Es gibt ... nicht ‚den gefährlichen Islam‘, wie rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien behaupten, sondern eine Religion ist in ihrer Ausprägung immer ein Produkt ihrer Zeit und – im Falle des Islam – der Strukturen in den Ölstaaten.“

Wer also keine Windräder vor seiner Haustür wolle, stärke den islamischen Terror und Antisemitismus, weil der von den Fossilisten im Nahen Osten finanziert werde. Vor diesem Hintergrund attackiert das Mitglied der von einigen CDU- und CSU-Parteimitgliedern gegründeten Klima-Union sogar die Europäische Union, weil die sich angeblich nicht konsequent genug aus ihrer Abhängigkeit von fossilen Importen aus den Golfstaaten löst.

Zu den weiteren Sünden der Politiker im Westen gehört nach Blumes Ansicht die Anschaffung von „fossilem Kriegsge-

rät“ wie Panzern, Flugzeugen und Raketen, welches schwerlich mit nichtfossilen Antrieben angetrieben werden könne. Ansonsten unterstellt Blume den Fossilisten sogar eine wachsende Begeisterung für die „globale Erhitzung“. So schrieb er im April dieses Jahres: „Der Fossilismus und zukünftige Faschismus leugnet die Klimakrise nicht mehr, sondern feiert sie.“ Zum Beweis dessen müssen einige nebenbei getätigte Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump über die eventuellen Vorteile der Erderwärmung herhalten.

Vor „Fossilisten“ sei gewarnt

Dass Fossilisten trotz allem so viel Rückhalt in der Bevölkerung genießen, erklärt Blume mit Meinungsmanipulation. Die fossilen Lobbyisten seien sehr geschickt darin, gezielte Desinformationen zu verbreiten, um die wahren Schuldigen für die Klima- und Wasserkrise zu entlasten und deren destruktive Botschaften zu verstär-

ken. Dabei komme es nicht zuletzt zu Angriffen auf Kritiker des Fossilismus wie ihn. Allerdings bleiben Blumes Beweise auch in dieser Hinsicht recht spärlich und beschränken sich letztlich auf angebliche Schein-Accounts, deren Inhabern er unterstellt, in Kommentaren auf seinem Blog SciLogs „fossilistische Positionen“ zu vertreten und die „Warnungen vor den Gefahren des Fossilismus“ ins Lächerliche zu ziehen.

Am 7. April schrieb der CDU-Mann mit Blick auf die Machenschaften „der Fossilisten und Faschisten“ zudem noch: „Sie haben sich mit dem Leiden und Tod auch ihrer eigenen, dümmlichen Anhängerschaft längst abgefunden – und immer mehr begrüßen das sogar.“ Ein deutlich sichtbares Zeichen für die politische Torheit des „überwiegend dummen Fußvolk(es) der Fossilisten und Faschisten“ ist laut Blume dabei nicht zuletzt, dass dieses „ja auch ein zweites Mal Donald Trump (USA) gewählt“ habe.

Als Gegenstrategie zur Zurückdrängung des Fossilismus empfiehlt er die entschiedene Abkehr von „fossilen Gewaltenergien“ und den konsequenten Ausbau „erneuerbarer Friedensenergien“, um dann rhetorisch aufzutrompfen: „Jede Sonnen- und Windenergieanlage ist ein Signal an die Timokraten dieser Welt: Eure Zeit geht zu Ende.“

Außerdem solle man es ihm gleich tun und zum, wie Blume es ausdrückt, „Solarpunk“ werden, also an der „schöpferischen Zerstörung“ der bestehenden fossilen Welt zugunsten neuer, nichtfossiler Strukturen mitwirken. Dazu gehöre die Veränderung des persönlichen Verhaltens, um eine „energiedemokratische“ Zukunft in einer „post-fossilen Welt“ einzuläuten, so beispielsweise durch „echte Technologieoffenheit“ in allen Bereichen des Alltags.

Michael Blume hat bereits mehrere Bücher verfasst, eines davon trägt den Titel „Verschwörungsmethoden“.

KLIMAWANDEL

Forscher überrascht: Arktischer Eisschild wächst wieder

Die Schrumpfung der polaren Eispanzer gilt als wichtiger Indikator der globalen Erwärmung – Neue Zahlen aber lassen aufhorchen

Die Größe der Eisschilde rund um den Nord- und Südpol ist ein wichtiger Indikator für die globale Temperaturentwicklung. Glaubt man der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und den öffentlich-rechtlichen Medien hierzulande, dann führt die vom Menschen verursachte „Erderhitzung“ zu einem kontinuierlichen Rückgang des Eises in der Arktis und Antarktis.

So heißt es auf der Internetseite der Helmholtz-Gemeinschaft mit dem Namen „Klimafakten“: „Das wichtige Festlandeis der Antarktis schwindet, und zwar in zunehmendem Tempo.“ Ebenso vermeldete die „Tagesschau“ der ARD kürz-

lich, dass sich auch der Rückgang des arktischen Meereises fortsetze. Dabei besagen aktuelle Studien genau das Gegenteil.

Eine davon trägt den Titel „Analyse der räumlich-zeitlichen Massenänderungsrate im antarktischen Eisschild und vier Gletscherbecken im Wilkes-Queen Mary Land zwischen 2002 und 2023“ und erschien am 19. März in der Fachzeitschrift „Science China – Earth Sciences“ vom Verlag Springer Nature. In dieser Arbeit berichten fünf Geowissenschaftler um Professor Yunzhong Shen von der Tongji University in Shanghai über das Ergebnis ihrer Auswertung der Daten der Satelliten GRACE und GRACE-FO der

US-Weltraumbehörde NASA und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt: Zunächst gab es von 2002 bis 2010 einen moderaten Eisverlust, dem dann ein doppelt so starker Rückgang der Eismasse zwischen 2011 und 2020 folgte. Anschließend wuchs das Eis aber bis 2023 wieder massiv an, wodurch die Rückgänge in den zwei Jahrzehnten zuvor sogleich zu 50 Prozent kompensiert wurden. Als Ursache der Schmelze von 2002 bis 2020 identifizierte der langjährige Mitarbeiter des Wetterdienstes der US-amerikanischen National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), David Dilley, vulkanische Aktivitäten unter dem Eis der Antarktis.

Eine weitere Studie deckt auf, dass das arktische Meereis bereits seit 20 Jahren nicht weiter abnimmt, obwohl die Temperaturen in diesem Zeitraum gestiegen sein sollen. Verfasser der am 29. März auf dem Portal „ESS Open Archive“ veröffentlichten Arbeit mit dem Titel „Überraschende, aber nicht unerwartete Multi-Dekaden-Pause beim arktischen Meereis-Verlust“ sind vier Wissenschaftler um Mark England von der Universität Exeter in Großbritannien, welche ebenfalls Satellitendaten analysiert haben. Diesen zufolge wies das nordpolare Eisschild im September 2024 eine Fläche von 4,28 Millionen Quadratkilometern auf – das waren

fast eine Million Quadratkilometer mehr als 2012.

Angesichts solcher Befunde, welche den Prognosen der derzeit benutzten Klimamodelle in eklatanter Weise zuwiderlaufen, sprach der Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg, Jochem Marotzke, von einer Klimakrise der ganz anderen Art, die zum Paradigmenwechsel bei den Vorhersagen über den mutmaßlichen Verlauf der Erderwärmung zwingt. Nun bleibt abzuwarten, ob die etablierten Klimaforscher auch den Mut haben, sich zu revidieren, was dann natürlich immense politische und wirtschaftliche Folgen hätte. W.K.

SOMMERFEST IN WUTTRIENEN

Brauchtumpflege in musikalischem Gewand

Die LO begrüßte zahlreiche Gäste zu ihrer diesjährigen Veranstaltung – Lieder und Tänze in unterschiedlichen Stilrichtungen

VON UWE HAHNKAMP

Das kulturelle Wirken der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen in all seiner Vielfalt zu zeigen, das ist das Anliegen des Ostpreußischen Sommerfestes, das im jährlichen Wechsel von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) organisiert wird. In diesem Jahr stellte es die LO am 21. Juni in Wuttrienen auf die Bühne.

Der familiäre Vergnügungs- und Freizeitpark Bartbo in Wuttrienen beschäftigt sich normalerweise mit Firmen- und Klassenfeiern mit Angeboten von Rutschen und Hüpfburgen bis Paintball und Quad-Fahren. Er bietet aber auch die organisatorischen Voraussetzungen für Bühnenpräsentationen mit elektronischer Verstärkung, Versorgung von vielen Gästen und Zelten für weitere Angebote. Also ein ideales Umfeld für ein gelungenes Sommerfest.

Da auch das Wetter in seiner teils sonnigen, teils wolkigen Variante mit sanftem Wind mitspielte, kamen rund 700 Gäste und Zuschauer nicht nur aus der Region. Unter anderem konnten die Gastgeber, Stephan Grigat, der Sprecher der LO, und Damian Wierzchowski, der Repräsentant der LO in Allenstein, freundliche Gesichter der Deutschen Minderheit aus Danzig und Graudenz sowie von den Kreisgemeinschaften Allenstein, Osterode, Neidenburg und Heilsberg begrüßen. Wichtig waren als Ehrengäste aber vor allem die Vertreter der Selbstverwaltung: die Beauftragten für Minderheitenfragen beim Marschall, Aneta Brzyska, und beim Woiwoden, Piotr Baczewski, sowie der Vorsitzende der Kommission für Minderheiten beim Sejmik der Woiwodschaft, Jaroslaw Sloma.

Sloma betonte in seinem Grußwort die Wichtigkeit des Zusammenhalts in Europa gerade in der allgemeinen weltpolitischen Situation und hierbei vor allem der Partnerschaft zwischen Polen und Deutschland als stabilem Fundament. Professor Teresa Astramowicz-Leyk, Mitglied des Sejmik, und dort bis



Eröffneten die Veranstaltung: Der LO-Vertreter in Allenstein, Damian Wierzchowski (l.), und LO-Sprecher Stephan Grigat (r.)

vor Kurzem für internationale Beziehungen zuständig, unterstrich die Notwendigkeit, diejenigen nicht zu vergessen, die nicht feiern könnten – vor allem die Menschen in der Ukraine und dem Nahen Osten. Die Grüße des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) mit Sitz in Oppeln überbrachte dessen Vizevorsitzender Michał Schlueter, der dort im Vorstand die Minderheit im südlichen Ostpreußen vertritt.

Von Volksmusik ...

Traditionell startete das Sommerfest mit einer musikalischen Einstimmung, für die wie vor zwei Jahren an gleicher Stelle das Bläserorchester aus Scheufelsdorf verantwortlich zeichnete. Es begleitete auch den ökumenischen Gottesdienst, den Domherr André Schmeier, der katholische Seelsorger der Deutschen Minderheit, zelebrierte. Von der regionalen evangelisch-lutherschen Kirche stand ihm diesmal Pfarrer Lukasz Stachelek aus Allenstein zur Seite, den die Organisatoren vom parallel stattfindenden Jubiläum zu 500 Jah-

ren Reformationen in Preußen loseisen konnten. Besonders wichtig war das Kreuz auf dem improvisierten Altar. Es gehört der Familie von Heinrich Hoch, dem Vorsitzenden des VdGEM, dessen Großvater es einst in Wuttrienen, dem Ort des Sommerfestes, angefertigt hatte.

Den kulturellen Teil des Sommerfestes startete der Chor der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit mit der Europahymne und Volksliedern. Auch die Jugendband des Vereins hatte Traditionelles im Repertoire, denn gemeinsam haben die beiden Gruppen in diesem Jahr die vierte Neidenburger CD „Vier Jahreszeiten“ herausgebracht. Als dritte Gesangsgruppe hatten die Organisatoren die „Silbernen Noten“ aus Bartenstein eingeladen. Die älteren Da-



Nimmt traditionell am Sommerfest teil: Der Chor der Neidenburger Gesellschaft beim Singen der Europahymne

men und Herren aus dem dortigen Tageszentrum „Senior+“ wurden vom Akkordeonisten Piotr Gerwatowski angeleitet und bewiesen, dass Alter bei Musik keine Rolle spielt.

... zum HipHop

Damit sind die beim künstlerischen Programm des Sommerfestes am häufigsten vertretenen Orte bereits genannt: Aus Neidenburg traten noch das jugendliche Duo Iga Potapiuk und Julia Perzanowska unter anderem mit dem Lied „Zuhause“ aus dem Film „Bolt“ sowie die Kinder- und Jugendtanzgruppe der Deutschen Minderheit

auf Bartenstein und die dortige Deutsche Minderheit repräsentierte die Regionaltanzgruppe „Saga“ mit zwei sehr unterschiedlichen Auftritten: mit Volkstänzen auf und mit einem Schreittanz zur Johannisnacht vor der Bühne. Die Feier, für die sie ihn einstudiert hat, heißt nach einer slawischen Gottheit „Tag der Kupala“ und bietet dieselben Bräuche wie die Mittsommernacht. Vier ehemalige Tänzerinnen von „Saga“, die inzwischen in einer Tanzschule aktiv sind, präsentierten zum Abschluss der gesamten Programms DanceHall und HipHop solo, als Duo und als Gruppe.

Doch davor gab es im Programm noch viel deutschsprachigen Gesang. Zum ersten Mal präsentierte sich auf einem Sommerfest die Anfang 2024 gegründete Vokalgruppe „Erm-

landklang“ bei der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit mit drei Liedern aus unterschiedlichen Epochen. Sehr viel länger – nämlich über zwei Jahrzehnte – sind die beiden Chöre „Warmia“ aus Heilsberg und „Stimme der Heimat“ aus Lötzen dabei und sorgten auch dieses Mal für eine angenehme Stimmung. Wegen einer früheren Abfahrt als sonst nicht auftreten konnte die Reisegruppe der Landsmannschaft Ostpreußen Mecklenburg-Vorpommern, die in diesem Jahr zum inzwi-

schischen 33. Mal das Sommerfest besuchte.

Die Organisatoren des nächsten Sommerfestes freuen sich auf ihre Stimmgewalt im nächsten Jahr und werden sich bemühen, eine ähnlich gute Veranstaltung auf die Beine zu stellen – Generationen übergreifend, mit Künstlern verschiedenen Alters, mit einer Vielfalt an musikalischen Stilen und in einer Atmosphäre der friedlichen Gemeinsamkeit.

● **Das Sommerfest** wurde aus Mitteln der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ gefördert.

MEMEL

Lokalpolitiker auf Russlands „persona non grata“-Liste

Moskau verfolgt alle Volksvertreter, die sich für den Abbau sowjetischer Denkmäler in ihren Ländern eingesetzt haben

Wegen des Abbaus des sowjetischen Denkmals in Memel sind auch Lokalpolitiker und Wissenschaftler aus Memel auf die Liste der Personen gekommen, gegen die wegen der Zerstörung sowjetischer Denkmäler seitens Russlands Strafverfahren eingeleitet wurden.

Die prominenteste von Russland „gesuchte Person“ ist die derzeitige EU-Außenbeauftragte, die ehemalige estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas. Auf der „Fahndungsliste“ wegen der Zerstörung sowjetischer Denkmäler befinden sich mehr als 100 ostmitteleuropäische Beamte und Politiker, gegen sie hat Russland in ihren Ländern Strafverfahren eingeleitet. Dazu gehören zwei Drittel des früheren lettischen Parlaments, Mitglieder der Stadtverwaltungen von Riga, Memel, Wilna sowie der ukrainischen Städte Lutsk

und Rivne, der Bürgermeister der Stadt Waldenburg in Schlesien sowie der stellvertretende polnische Minister für Staatseigentum. Aus der Datenbank des russischen Innenministeriums, die auf der Website Mediazona veröffentlicht wurde, geht hervor, dass auch 29 litauische Staatsbürger in die Liste der gesuchten Personen aufgenommen wurden. Darunter sind der Bürgermeister von Memel, Arvydas Vaitkus, und 16 aktuelle oder ehemalige Mitglieder des Stadtrats von Memel.

Strafverfahren gegen 100 Beamte und Politiker eingeleitet

Der Vorstoß zur Demontage des Denkmals für die sowjetischen Soldaten, die während des Zweiten Weltkriegs in Memel gefallen sind, wurde von Andrius Tapinas im Jahr 2022 initiiert, nachdem

Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hatte. Vytautas Grubliauskas, der



Steht auf der russischen Fahndungsliste: Memels Bürgermeister Arvydas Vaitkus

damalige Bürgermeister von Memel, hatte zunächst eine Umfrage unter den Bürgern der Stadt gestartet. 4815 Einwohner nahmen an der einmonatigen Umfrage teil, bei der die Frage gestellt wurde: „Sind Sie mit der Neugestaltung der Gedenkstätte für die Soldaten der Sowjetunion in der S.-Daukanto-Straße einverstanden, bei der die Zeichen der sowjetischen Ideologie, die nicht mit dem Gedenken an die ewige Ruhestätte der gefallenen Soldaten zusammenhängen, entfernt werden und die Gedenkstätte eine neue architektonische Qualität erhält?“ 2927 von ihnen beantworteten die Frage mit Ja, 1886 mit Nein. Sechs Stimmen waren ungültig.

Es wurde auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die empfahl, die Skulpturengruppe der drei Soldaten, das gesenkte Schwert, den steinernen Stern in der Mit-

te der Gedenkstätte, die Bronzetafeln neben der Skulpturengruppe der drei Soldaten mit den Inschriften über die „Befreiung“ von Memel und die Steintafel mit der Inschrift der in den NS-Lagern umgekommenen Häftlinge abzubauen. Gleichzeitig wurde betont, dass der Respekt vor den hier begrabenen Soldaten gewahrt bleiben muss, und es wurde empfohlen, dem gesamten Bereich eine neue architektonische Gestaltung zu verleihen.

Auch zwei russischstämmige Memeler Politiker stimmten 2022 gegen den Denkmalabbau. Ende Juni 2022 kam die Gelegenheit vor den Stadtrat, der nach einer langen Debatte mit 18 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen und fünf abwesenden Stimmen beschloss, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe anzunehmen.

Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Kopka, Horst, aus Ortelsburg, am 10. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Pyrag, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Boehnert, Gertrud, geb. **Kraffzik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Schroeter, Waltraut, geb. **Kerstan**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli

Werner, Irene, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 8. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hoffmann, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. **Karzyski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Mekwinski, Heinrich, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli

Ostrowski, Helene, geb. **Schaak**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Pannhauser, Friedel, geb. **Kiefert**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Wachsmann, Hedwig, geb. **Lockowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Drott, Maria, geb. **Goldmann**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli

Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli

Schmitt, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli

Tisdale, Christel, geb. **Dannat**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böge, Brigitte, geb. **Pest**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli

Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli

Kowalewski, Gertrud, geb. **Wasch**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juli

Sperber, Elfriede, geb. **Sommer**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 7. Juli

Unruh, Elfriede, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bombosch, Herta, geb. **Philipowski**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juli

Grund, Elli, geb. **Junga**, aus Schutschen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Rick, Ursula, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Juli

Wisotzki, Günther, aus Seedrancken, Kreis Treuburg, am 5. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Christoffer, Heinz, aus Mohrunge, am 7. Juli

Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli

Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli

Philipp, Günter, aus Horn, Kreis Mohrunge, am 8. Juli

Rock, Siegfried, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli

Schudy, Helmut, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Sewczyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Basel, Horst, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 9. Juli

Debinski, Irmgard, geb. **Strümper**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 7. Juli

Ecker, Beate, geb. **Sablautzki**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Gusek, Kurt, aus Treuburg, am 9. Juli

Hoffmann, Helmut, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Lunkowski, Frieda, geb. **Kropat**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Olbricht, Else, aus Preußenburg, Kreis Lötzen, am 1. Juli

Pohl, Erna, geb. **Jegszenties**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 9. Juli

Riemann, Gerhard, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. Juli

Schröder, Hanna, geb. **Becker**, aus Gumbinnen, am 4. Juli

Seefeld, Siegfried, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bollmann, Wendelgard, geb. **Käsler**, aus Silberbach, Kreis Mohrunge, am 10. Juli

Dietrich, Prof. Dr. Gerhard, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 7. Juli

Großmann, Ernst, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Kirseck, Heinz, aus Lötzen, am 10. Juli

Kirseck, Peter, aus Lötzen, am 10. Juli

Laschitzki, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 7. Juli

Lipinski, Adolf, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 5. Juli

Pasdika, Kurt, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. Juli

Penner, Ilse, geb. **Heybowitz**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Regutzky, Oskar, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 4. Juli

Schwarzenecker, Fritz, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 4. Juli

Ungermann, Fritz, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 9. Juli

Wrabletz, Waltraut, geb. **Droszella**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 7. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Zajonz, Ursula, geb. **Mrozek**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Filmclub zeigt „Und ewig singen die Wälder“

Elmshorn - Am 8. Juli 2025 findet am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zwischen 15 und 17 Uhr die Filmclub-Vorführung des österreichischen Spielfilms von 1959 „Und ewig singen die Wälder“ statt. Eintritt pro Person: 10 Euro. Kaffee und Kuchen ab 14 Uhr – bereits im Ticketpreis enthalten.

„Und ewig singen die Wälder“ erzählt die dramatische Geschichte einer Bauernfamilie, deren Leben durch Liebe, Konflikte und Tradition geprägt ist. Basierend auf Trygve Gulbrandsens Roman ist der Film ein Kino-Klassiker, inszeniert von Regisseur Paul May. Die Hauptrollen spielen Gert Fröhe als patriarchaler Bauer und Hansjörg Felmy als sein sensibler Sohn. Ebenfalls dabei: Mai-Britt Nilsson und Anna Smolik. Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Zusendungen für die Ausgabe 29/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 29/2025 (Erstverkaufstag 18. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 8. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Ostpreussisches Landesmuseum

Das Trakehner Pferdegestüt Kinderclub mit Katja Eichhorn, Donnerstag, 10. Juli, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei!

Die berühmten Trakehner Pferde und eines der bedeutendsten Gestüte der Welt stehen im Mittelpunkt des Kinderclubs. Die Kinder erforschen die Geschichte, die Zucht und die besonderen Eigenschaften dieser edlen Pferde. Sie erfahren, wie die Trakehner Pferde aufgezogen werden, was sie so einzigartig macht und warum sie weltweit so geschätzt werden. Im Anschluss werden wir gemeinsam kreativ. Die Kinder können mit Ausstechformen die eigenen Pferde drucken, bemalen, ausschneiden und in einer Collage neu zusammensetzen.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Ferienstarter 2025 – Familientag der Lüneburger Museen. Sonntag, 6. Juli, 10 bis 18 Uhr, Familienkarte für alle Museen und Kloster Lüne: einmalig 15,- Euro:

Wir feiern 10 Jahre Ferienstarter! Wie immer können am ersten Sonntag in den Sommerferien Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen.

Die Familien-Eintrittskarte, gültig für zwei Erwachsene plus maximal fünf Kinder, gibt es für einmalig 15 Euro an diesem Tag an jeder Museumskasse. Die Tickets berechtigen zum Eintritt in die Museen sowie zur Teilnahme an allen Ferienstarter-Aktionen. Wer sich bei jedem Museum einen Stempel abholt, kann zudem an einer Verlosung teilnehmen und mit etwas Glück einen von fünf Museums-Kindergeburtstagen gewinnen. Der Ferienstarter wird gemeinsam vom Arbeitskreis Bildung und Vermittlung der Lüneburger Museen organisiert. Es ist keine Voranmeldung nötig.

„Udo Lattek - eine Zeitreise“ Film von Aljoscha Pause

Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ am Mittwoch, 9. Juli um 19:30 Uhr im SCALA Programmokino, Apothekestr. 17, 21335 Lüneburg, Eintritt: 12 Euro, Einführung: PD Dr. Kirsten Bönker, Leiterin des Nordost-Instituts (IKGN e.V.)

Im Rahmen der Filmreihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, die vom Kulturreferat am Ostpreussischen Landesmuseum Lüneburg, dem Nordost-Institut (IKGN e.V.) Lüneburg sowie dem Programmokino „Scala“ veranstaltet wird, zeigt das Scala am 9. Juli 2025 den Film von Aljoscha Pause „Udo Lattek - eine Zeitreise“.

Udo Lattek wurde 1935 als Sohn einer Landwirtschafts-Bosemb im ostpreussischen Landkreis Sensburg geboren (dem heutigen Boze in der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren). Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs musste seine Familie fliehen und lebte zwei Jahre in einem dänischen Flüchtlingslager. Diese Erfahrungen der Entwurzelung und Unsicherheit prägten den jungen Udo, der später immer wieder betonte, wie stark diese Zeit seinen Charakter formte. In Deutschland gelang es der Familie, sich in Nordrhein-Westfalen niederzulassen, wo Udo Lattek seine Leidenschaft für den Fußball entdeckte.

Trotz dieser schwierigen Umstände entwickelte er sich zu einem der erfolgreichsten Trainer Europas. Köln, München, Mönchengladbach und Barcelona - Regisseur und Akademie-Mitglied Aljoscha Pause begab sich 2005 mit Udo Lattek zu den Spielstätten seiner einmaligen Trainer-Karriere. In der Dokumentation „Udo Lattek - eine Zeitreise“ zeigt sich der Rekordtrainer ungewohnt persönlich und gewährt bislang unbekannte Einblicke in sein Leben und Wirken.

Vor dem Film gibt es eine kurze Einführung von PD Dr. Kirsten Bönker. Frau Bönker leitet seit Herbst 2024 das Nordost-Institut (IKGN e. V.). Sie hat von klein auf an selbst Fußball gespielt und ist eine glühende Anhängerin von Arminia Bielefeld.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreussischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschäftsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Landesgruppe - Wollen Sie bei unserer Landsmannschaft mitmachen? Schreiben Sie einfach an: georg.mueller.web@freenet.de.

Außerdem suchen wir Berichte über Ostpreußen. Das können Erinnerungen an die alte Heimat oder Erlebnisse während Flucht und Vertreibung sein. Es können auch Erlebnisse sein, die Ihnen Ihre Eltern oder andere Verwandte geschildert haben. Wir freuen uns auch sehr über Schilderungen, wie Nachgeborene den Verlust der Heimat ihrer Eltern verarbeiten. Gerne nehmen wir auch Reiseberichte ins heutige Ostpreußen an.

Alle diese Berichte möchten wir auf unserer Homepage veröffentlichen.

Interessiert? Dann schreiben Sie mir. Anschließend vertiefen wir unseren Kontakt.

Herzliche Grüße

Dr. Georg Müller
Landesvorsitzender



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Wälder, Seen und Ackerland

Hof - Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich im Juni wieder im Jahnheim. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder. Er wünschte den Geburtstagskindern des letzten Monats alles Gute.

Zum Thema „Ostpreußen“ hatte er einen interessanten Vortrag vorbereitet. Das Gesicht des Lan-



Sie wollen sich in der Landesgruppe Baden-Württemberg engagieren? Kontaktieren Sie uns und wir können ins Gespräch kommen.

des zwischen Weichsel und Memel, zwischen Ostsee, Rominter und Johannsburger Heide wurde von der Eiszeit geformt. Die Preußische Seenplatte durchzieht das Land wie ein Rückgrat von Südwesten nach Nordosten. Die höchsten Erhebungen liegen an seinen beiden Flügeln: die Seesker Berge (310m) im Osten und die Kernsdorfer Höhen (313m) im Westen.

Tausende kristallene Wasserflächen von kleinen teichartigen Gewässern bis hin zu großen Seen wie der Spirding- oder der Mauersee prägen die Landschaft. Schmale Rinnenseen sind für das Oberland und Masuren typisch. Oft reihen sich Seenketten wie Perlen an einer Schnur aneinander. Die südöstliche Heidezone ist wenig fruchtbar und trägt große Kiefernwälder. Das nordostpreußische Wiesenland zwischen Gumbinnen und Stallupönen galt als das „Paradies der Pferde“. Das Gestüt Trakehnen war weltbekannt als Zuchtstätte. Auf den Weiden wuchsen die ostpreußischen Halbblutpferde fast völlig frei auf. Heute haben die Trakehner in Schleswig-Hol-

stein und Baden-Württemberg sowie im Odenwald eine neue Heimat gefunden. Der Zehlauer Bruch zwischen Friedland und Tapiaw ist ein noch wachsendes Hochmoor. Die fruchtbaren Moränenböden von Natangen, Stablack und Ermeland brachten reiche Ernten ebenso wie das Oberland von Elbing bis zu den Kernsdorfer Höhen. Eine Besonderheit stellte der Wasserweg von Elbing nach Osterode dar. Die „schiefen Ebenen“ ermöglichten das Überwinden von ca. 104 m Höhenunterschied. Sie sind heute eine Touristenattraktion. Die Küste mit Haffen, Nehrungen und der Bernsteinküste war von besonderer Schönheit. Die frische Nehrung vom Pillauer Tief bis Bodenwinkel ist zirka 56 Kilometer lang. Die Dünen erheben sich bis zu 49 Meter. Die Kurische Nehrung von Cranz bis Sandkrug ist 98 Kilometer lang. Dort sind die Dünen bis zu 66 Meter hoch. Viele Dörfer wurden unter den Wanderdünen begraben. Auch die Memelniederung stellt eine landschaftliche Einheit dar und wird abgegrenzt durch die Städte Memel, Labiau und Tilsit.

Eine „Berühmtheit“ ist der ostpreußische Bernstein, der an der Westküste des Samlands gewonnen wird. Bereits im Altertum wurde dieser bis nach Rom und in den Orient gebracht. Seit 1875 wird der Bernstein in Palmnicken im Tagebau gewonnen.

Aber auch die Städte in Ostpreußen hatten ihre Bedeutung. Am Frischen Haff lebte und wirkte in Frauenburg mit seinem Dom Nikolaus Kopernikus. Am Übergang von Masuren zum Oberland und dem Ermeland liegt Allenstein, die Hauptstadt des gleichnamigen Regierungsbezirks mit dem ermländischen Domkapitel. Im Norden war Tilsit eine wichtige Stadt für Handel und Wirtschaft. Königsberg war Hauptstadt, aber auch ein Wirtschafts- und Verkehrszentrum und besaß bedeutende Bauwerke aus der Ordenszeit. Es war seit 1701 Krönungsstadt der preußischen Könige. An seiner Universität lehrte Immanuel Kant. Der Hafen war neben Stettin und Danzig ein bedeutender Ostseehafen mit den größten Getreidesilos des Kontinents.

Zum Schluss erwähnte Christian Joachim noch die „Prominenten“ des Landes, zum Beispiel die Philosophen Immanuel Kant und Johann Georg Haman, die Dichter E.T.A. Hoffmann, Ernst Wiechert, Agnes Miegel, die Künstler Käthe Kollwitz und Lovis Corinth. An-

schließend tauschten sich die Anwesenden noch zu dem Gehörten aus und berichteten von ihren Erinnerungen.

Jutta Starosta



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

Oldenburg – Mittwoch, 9. Juli, 15 Uhr, Hotel Restaurant Wöbken, Hundsmühlstraße 255: gemütlicher Kaffeemittag. VWG-Buslinie 314, Haltestelle Achterdiek. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. August: Sommerpause.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Landesgruppe

Kiel - Zur Mitgliederversammlung (MV) mit Vortragsveranstaltung am 15. Juni der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein konnte der Vorsitzende Dieter Wenskat 33 Teilnehmer, davon 21 stimmberechtigte Mitglieder begrüßen. Insbesondere begrüßte er die Vorsitzenden der Ortsgruppen sowie Herrn Fedor Mrozek, Landesvorsitzender vom BdV, Herrn Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, den

Ehrenvorsitzenden der LO Herrn E. Ferner und ganz besonders den Referenten Herrn Gunter Dehnert, Direktor des Ostpreußenzentrums Ellingen. Nachdem er die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der MV festgestellt hatte, wurde vom Vorsitzenden der OG Bad Schwartau, Herrn Axel Simanowski die Totenehrung gesprochen.

In seinen Grußworten zitierte der Ehrenvorsitzende Edmund Ferner unter anderem aus der Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Carl Carstens zur Charta der Heimatvertriebenen: „Die großen kulturellen Leistungen im deutschen Osten sind unvergänglich. Es ist unsere Aufgabe, sie im Bewusstsein der Menschen lebendig zu halten. Wenn wir die Erinnerung an die großen Leistungen lebendig erhalten, dann hat dies nichts mit Revanchismus zu tun, sondern es ist der Ausdruck geschichtlichen Bewusstseins eines Volkes, das sich mit seiner Vergangenheit identifiziert.“ Er wünschte der Tagung einen erfolgreichen Verlauf. Herr Mrozek und Herr Lietzow wiesen in ihren Grußworten ebenfalls auf das Nichtvergessen der deutschen Ostgebiete hin. Insbesondere die Jugend weiß zu wenig über die deutsche Geschichte der deutschen Ostgebiete. Selbst bedeutende Namen wie Königsberg oder Masuren sind vielen unbekannt. Ziel muss es sein, hier insbesondere in den Lehranstalten mehr Aufklärung zu betreiben. Im Rahmen der Vereinsregularien ist hervorzuheben, dass eine neue Satzung und eine Beitragserhöhung für die Ortsverbände an die Landesgruppe und für die Einzelmitgliedschaft in der Landesgruppe beschlossen wurde.

Nach einer kurzen Pause hielt Herr Dehnert seinen Vortrag über das Ostpreußenzentrum Ellingen. Er stellte zunächst seinen beruflichen Werdegang als Museumspädagoge bis zum Museumsdirektor

Fortsetzung auf Seite 16



Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

des Ostpreußenzentrums Ellingen vor und ging dann auf die Geschichte des Schlosses ein. Bereits 1216 schenkte König Friedrich II. dem Deutschen Orden das Spital Ellingen, die Keimzelle der späteren Landkommende Ellingen. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts hatte der Deutsche Orden diesen Besitz gegen die älteren Ansprüche des Stifts Berchtesgaden behauptet. 1253 ist erstmals ein Komtur zu Ellingen bezeugt. Bis 1789 war Ellingen Residenz des Landkomturs der Provinz Franken des Deutschen Ordens.

Der heutigen Schlossanlage, die von 1708 bis etwa 1760 erbaut wurde, gingen mehrere mittelalterliche Gebäude sowie ein Renaissance-Bauwerk voraus. Um 1939 hat das Land Bayern das Ordenschloss Ellingen gekauft. Nachdem 1978 der Freistaat Bayern die Landsmannschaft Ostpreußen übernommen hatte, wurde gemeinsam eine geeignete „Stätte zur Erhaltung, Pflege und Bewahrung der kulturellen Leistungen Ostpreußens“ gesucht und hier gefunden. Das Kulturzentrum Ostpreußen wurde schließlich im Westflügel des ehemaligen Deutschordenschlosses in einem Festakt am 25. September 1981 eröffnet. Einmalige und seltene Ausstellungsstücke begleiteten die Besucher auf ihrer Reise durch das Land zwischen Weichsel und Memel.

Das Kulturzentrum Ostpreußen ist seit 1994 auch eine Einrichtung der Ostpreußischen Kulturstiftung, mit Unterstützung des Bundes und

des Freistaates Bayern. Das Kulturzentrum Ostpreußen steht in der Trägerschaft der Ostpreußischen Kulturstiftung und wird jeweils zur Hälfte vom Bund und vom Freistaat Bayern gefördert. Die Projektförderung des Bundes betrug 215.000 Euro im Jahr 2021 und 220.000 Euro im Jahr 2022.

Es werden jährlich mehrere Sonderausstellungen durchgeführt – teilweise im Rahmen grenzüberschreitender Kulturarbeit mit polnischen und litauischen Einrichtungen. Neben Archiv und Bibliothek gibt es ein museales Schaufenster zur Landeskunde und Kulturgeschichte Ostpreußens.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dehnert für die umfangreichen Eindrücke zum Ostpreußenzentrum und das Publikum dankte mit großem Applaus.

PAZ wirkt!

Der Nachmittag wurde durch Herrn Bertram Graw eingeleitet. Er hatte Herrn Rudolf Fraedrich ausfindig gemacht, der auch einen YouTube-Kanal betreibt. In der folgenden Sitzung hat er uns seine Videoaufzeichnungen aus Ostpreußen in einer Video-Konferenz sehr eingehend erläutert. Sein

Thema nannte er „Geschichtliches Erbe“, in dem er seiner Hauptaufgabe auf der Suche nach alten Friedhöfen nachging. Mit dem Unterthema „Jugend für Ostpreußen“ wollte er sein älteres und nicht internetfestes Publikum animieren, sich von der Jugend visuell ihre alte Heimat im Internet zeigen und nachgehen zu lassen. Durch verschiedene Beispiele demonstrierte er sein Vorgehen. Leider kamen gestellte Fragen zum Schluss zu kurz. Zu dem von ihm genannten Neustpreußen, war die Frage gestellt worden: Wo lag Neustpreußen? Keiner im Publikum kannte den Ausdruck. Anhand von Jahreszahl und Karte konnte er uns das aber erklären. Ein Zeichen, dass er sich sehr gut mit der geschichtlichen Entwicklung in Preußen auskennt. Da er oft, sogar in einem Jahr mehrmals, nach Ostpreußen fährt, kann man Herrn Freadrich ansprechen und ihm sein Anliegen z.B. seinen Heimatort in Ostpreußen aufzusuchen und dort Videoaufnahmen zu machen, antragen. Im Internet unter „YouTube Geschichtliches Erbe“ ist er zu erreichen. Er ist kostenfrei. Eine Spende nimmt er gerne entgegen. So sein Angebot.

Damit endete auch die Nachmittagsveranstaltung. Bei Kaffee und Kuchen konnte nun noch plaudert werden.

Mit dem Schlusswort des Vorsitzenden mit einem Dank an die Vortragenden und die gute Beteiligung sowie dem Ostpreußenlied ging ein erfolgreicher Tag der ostpreußischen Gemeinschaft wieder zu Ende.

Hans – Albert Eckloff

Sommerfahrt des Bund Junges Ostpreußen

Auf zur Sommerfahrt! - Kultur, Natur und Geschichte im südlichen Ostpreußen - 2. August bis 9. August.

Liebe Freunde, der Sommer naht, und es wird wieder Zeit für unsere traditionelle Sommerfahrt. Diesmal wollen wir unsere Zelte (einige wenige Zimmerplätze stehen gegen Aufpreis zur Verfügung) im südlichen Ostpreußen aufschlagen. Auch diesmal erwartet Euch ein abwechslungsreiches Programm. Wir möchten uns der Kultur, Natur und Geschichte ausgiebig widmen. Ein bisschen sportliche Betätigung in Form von Wandern, Kanu fahren und Schwimmen darf natürlich nicht fehlen. Für jegliche Fragen rund um die Sommerfahrt stehen wir Euch gerne zur Verfügung, schreibt uns einfach. Gerne nehmen wir Programmvorschläge entgegen. Wir freuen uns auf Eure Anmeldungen!

Organisatorische Hinweise:

Altersschwerpunkt: Junger Altersschwerpunkt (16-35 Jahre), auch Familien mit (kleinen) Kindern. Einzelne Teilnehmer der mittleren Generation auf Anfrage zum Selbstkostenpreis.

Anmeldeschluss: 13.07.2025, die Zahl der Plätze ist begrenzt.

Anmeldung/Auskunft: sommerfahrt@junge-ostpreussen.de

Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i.d. LO, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Mitzubringen: Bettwäsche, Badesachen, Sonnen- und Mückenschutz, sportliche und wetterfeste Kleidung, festes Schuhwerk, Personalausweis, Taschenlampe, wer hat: Musikinstrumente, Liederbücher, Kulturbeiträge zu Ostpreußen

Unkostenbeitrag: Berufstätige Teilnehmer aus der BRD: für BJO-Mitglieder: 200€, für Nicht-Mitglieder: 300€

Schüler, Studenten: für BJO-Mitglieder: 150€, für Nicht-Mitglieder: 200€

Wohnhaft in Ost- und Westpreußen:

für BJO-Mitglieder: 80€ (340 PLN), für Nicht-Mitglieder: 100€ (430 PLN)

Der Unkostenbeitrag ist bis zum 15.07.2025 unter dem Stichwort „Sommerfahrt 2025“ auf das Konto des BJO zu überweisen. Andernfalls fällt der Platz an die Warteliste.

Verpflegung: Zwei einfache Mahlzeiten am Tag sind im Beitrag inbegriffen.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung.

Minderjährige benötigen eine schriftliche Erlaubnis der Eltern.

Anreise: Bitte teilt uns mit, von wo ihr anreist und wer noch Plätze im PKW frei hat, um ggf. Fahrgemeinschaften bilden zu können



Der Daddaisee

Bild: Mkulikowski, Lizenz: CC BY-SA 4.0

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 7x7 grid and a 10x10 grid. Clues include: Auto-messe (Abkürzung), eine Zahl, griechische Göttin, gestalten, zustimmen, gewinnbringend, Währungseinheit in Großbritannien, Insel in der Ostsee, Grube, Mulde (ugs.), sich bräunen, Wettkämpferin (Sport), nordischer Hirsch, Eich, Schutzgebiet, exotische Frucht, heißes Rumgetränk, Zustehende Menge, Quantum, groß Nachtvogel, stillvoll, schön, unterirdischer Raum, persönl. Fürwort (dritte Person), nicht weit entfernt, zeitliche Länge, Aufsehen, Skandal, Zugmaschine (Kurzwort), kahl werden (Tannen), dt. Dichter (Gotthold Ephraim), Gemahlin Lohengrins, Reiter-schau der Cowboys, Teil eines Wasser-vogel-geleges, schott. Stammes-verband, zerlegen, zertrennen, Brot-, Käseform, Fluss z. Rhein, von der Eifel, Stifterfigur im Naumburger Dom, Westgermane, telefon. Kurz-nachricht (Abk.), asiatischer Speise-platz, Verbindungs-linie, -stelle, begründeter Anspruch, Pampas-strauß, Wind-schatten-seite e. Schiffs, griechischer Buch-stabe, ring-förmige Korallen-insel, lautmalend für den Eselsruf, Verban-nung; Verban-nungsort, Raub-fisch, Unter-einheit von Euro u. Dollar, Opern-sängerin: Wetrebko, Musik: an keine Tonart gebunden, Pampas-strauß, Wind-schatten-seite e. Schiffs, griechischer Buch-stabe, ring-förmige Korallen-insel, Fischfett, Blut-gefäß, engl.-amerik. Längen-maß, Unter-einheit von Euro u. Dollar, Opern-sängerin: Wetrebko, Musik: an keine Tonart gebunden, Schiffs-zubehör, chemisches Zeichen für Tellur, ins Gelb-liche gehendes Erdbraun, Aktion, Handlung, englische Schutz-stadt, Vorfahr, Universum, teuflischer Geist, Unhold, Brüh-wurst, Nutz-boden, Feld, Lock-speise zum Tierfang, Ver-sammlung, Sitzung, deutsches Mittel-gebirge, Stadt in den Nieder-landen, mexika-nische Malerin (Frida), Schwur, furcht-sam, besorgt, Wider-hall, fromme Gestalt bei W. Busch, brit. Autor (Un-ber-to), Raben-vogel, Küchen-gerät, Raspel, schott. See-unge-heuer, oberhalb von etwas, menschl. Tonfigur der jüd. Sage, heftiger Wind-stoß, meh-rmals, wieder-holt, Ital. Autor (Un-ber-to), ledig-lich, Neuge-staltung von Ge-bäuden, elektro-tschmi-scher Begriff, schott. See-unge-heuer, oberhalb von etwas, menschl. Tonfigur der jüd. Sage, Nach-las-emp-fänger, norddt.: kleines Küsten-schiff, der Rote Planet, Sorte, Gattung, das Ich (latei-nisch), gefeierter Künstler, ein Europäer, Wach-zellen-bau der Bienen, Stock; Hoch-sprung-gerät, franzö-sisches Adels-prädikat, Stimm-zettel-behälter, zu keiner Zeit, See-manns-ruf, An-sprache, Vortrag, über-trieben, äußerst

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in. Clues: 3, 5, 6, 8, 9 in row 1; 9, 1, 4 in row 2; 1, 8, 3, 8, 6 in row 3; 7, 2, 3, 9 in row 4; 9, 2 in row 5; 6, 8, 1 in row 6; 1, 4, 2 in row 7; 7, 5, 6, 1, 9 in row 8.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

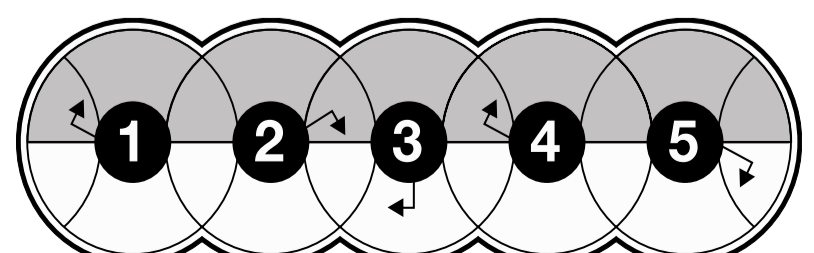
Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal arrows pointing from top-left to bottom-right and bottom-left to top-right.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schneidewerkzeuge. 1 ohne Zuversicht, 2 Gastaufenthalt, 3 Rauschgifthändler, Dealer (engl.), 4 Geldschrank, 5 Erdrinne, 6 diebischer Vogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Tierunterkunft. 1 Balken im Dachstuhl, 2 Eigelb, 3 Treppenabsatz, 4 Verfassung, Satzung, 5 Grundstoff



Heimatkreisgemeinschaften



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schie-mann, **Gst.:** Meike Dreyer, Land-kreis Rotenburg (Wümme), Post-fach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

90. Geburtstag von Herta Andrulonis

Herta Andrulonis, geb. Freytag aus Ogonken/Schwenten, feiert am 6. Juli ihren 90. Geburtstag. Sie blickt auf ein arbeitsreiches Leben zurück, das von Engagement und Auszeichnungen geprägt ist. Mit Gründung der „Deutschen Gesellschaft Mauersee“ in Angerburg vor 30 Jahren war an „Ruhestand“ nicht zu denken. Als Vorsitzende leitet sie die Geschicke des Vereins von Anfang an bis zum heutigen Tage und setzt sich unermüdet für den Erhalt kultureller Brücken zwischen Deutschland und Polen ein. Seit vielen Jahren ist sie auch für die Sozialstation in Angerburg aktiv und unterstützt Hilfsbedürftige vor Ort.

Für ihre Verdienste verlieh ihr die Stadt Węgorzewo im Jahr 2001 die Ehrenbürgerschaft – eine seltene Ehrung. Weitere Anerkennung für ihre geleistete Arbeit erhielt sie durch die Verleihung des Silbernen Verdienstkreuzes Polens, der Auszeichnung „Verdiente der polnischen Kultur“ und das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Sie hat sich zur wichtigsten Ansprechpartnerin für die Deutsche Minderheit vor Ort und die Besucher aus Deutschland entwickelt.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg und deren Freunde gratulieren der Jubilarin ganz herzlich zum 90. Geburtstag, danken ihr für den jahrzehntelangen, unermüdeten Einsatz und wünschen für die Zukunft viel Glück, Gesundheit und alles Gute.



Die Jubilarin: Herta Andrulonis
Bild: Heinz- Wolfgang Malessa



Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein. Hotel zur Post, Stöcker Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, Telefon (05026) 357, Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de
Wir bitten, diesen Termin vorzumerken.



Der Chorauftritt beim Landestreffen in Anklam

Bild: Jurgsties



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Chorauftritt beim Landestreffen

Zum 28. Landestreffen der Ostpreußen in Anklam/Mecklenburg-Vorpommern am 10. Mai wurden u.a. auch der Chor und Vorstandsmitglieder von unserem Verein Heide in Heydekrug eingeladen. Am 8. Mai ging es bereits um 2 Uhr in der Nacht mit dem Bus los und um 18 Uhr erreichte man das Hotel Panorama in Stettin, wo für 4 Nächte Quartier bezogen wurde. Am Freitag, den 9. Mai begleitete uns der Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Stettin, Herr Thomas Krause, zu einer mehrstündigen Stadtbesichtigung der Stadt Stettin, polnisch Szczecin, eine Stadt an der Oder im Nordwesten Polens mit knapp 400.000 Einwohnern. Die Stadt ist für die Haken-terrasse aus dem 19. Jahrhundert und das restaurierte Schloss der Pommerschen Herzöge mit Kunst- und Geschichtsausstellungen bekannt. Die gewaltige Jakobskathedrale besitzt ein Triptychon aus dem 14. Jahrhundert, Buntglasfenster und einen Turm mit Blick über die Stadt. In der Nähe liegt das gotische Alte Rathaus, in dem sich heute das zum Nationalmuseum gehörende Museum für Stadtgeschichte befindet. Am Samstag, den 10. Mai ging es dann zum Treffen der Ostpreußen nach Anklam, dem eigentlichen Anlass der Reise. Nach dem offiziellen Teil und der Mittagspause folgte der kulturelle Teil mit Darbietungen der Gruppen aus Ribnitz-Damgarten, Bartenstein, Lötzen, Heilsberg und dem Chor Heide aus Heydekrug, der unter der Leitung von Valteris Matulis die Besucher eine Stunde mit ihren Liedvorträgen begeisterte. Nach dem großen Finale aller Beteiligten ging es wieder zurück nach Stettin. Für Sonntag gab es für die Gruppe eine besondere Überraschung in Berlin. Peter Schmidt, Inhaber der Firma DESIDUS in Klaipeda/Memel, der dort seit vielen Jahren Hausboote baut, erwartete unsere Gruppe am Müggelsee, wo wir auf das von ihm gebaute Partyschiff eingeladen waren zu einer 5-stündigen Bootsfahrt über die Spree, vorbei an Köpenick bis nach Berlin-Mitte. Bei gespendeten Getränken und heißen Würstchen und herrlichem Wetter ge-

noss man die herrliche Landschaft. Der Chor stimmte immer wieder Lieder an und 3 neue Mitglieder vom Verein bzw. vom Chor wurden zur Aufnahme an Bord getauft. Auch bei der Rückfahrt unseres Busses nach Stettin wurden immer wieder Lieder angestimmt. Am Montag früh ging es dann wieder zurück nach Heydekrug, wo man gegen 23 Uhr eintraf. Ein herzliches Dankeschön sagen wir den Herren Schukat und Schülke für die Einladung nach Anklam, Herrn Krause für die Stadtführung in Stettin und Herrn Peter Schmidt für die einzigartige Bootsfahrt.

U.J.

Kirchengemeinde Prökuls

Prökuls – Sonntag, 6. Juli, 13 Uhr, Elniske: Friedhofsfest der evangelischen Kirchengemeinde Prökuls.

27. Juli Feier auf dem Dreverna/Drawöhnen-Friedhof um 13 Uhr.
17. August Feier auf dem Svencele/Schwenzeln Friedhof um 13 Uhr.

Deutscher Kulturverein Memel

Am Sonnabend, dem 24. Mai nahm der DKV Memel am alljährlichen Festival der Minderheiten auf dem Theaterplatz teil. Viele fleißige Hände halfen bei der Vorbereitung unseres Ausstellungsplatzes, der in diesem Jahr fast aus allen Nähten platzte. Trabbi, Ausstellungsregal, Glücksrad und Würfspiel sowie die Sitzgarnituren nahmen viel Platz ein. Unsere Markenzeichen – Fischbrötchen und der von den Frauen des Vereins selbstgebackene Kuchen – waren zur Hälfte der Festivalzeit bereits leer. Viele interessante Gespräche mit Gästen aus den USA, Mexico, Brasilien, Uruguay und Großbritannien wurden geführt, deutsche Gäste der Weimarer Bürgerreisen konnten wir begrüßen und natürlich alte Memelländer, die zu Besuch in ihrer und unserer Heimatstadt waren. Ganz besonderer Dank gilt neben allen fleißigen Vereinsmitgliedern Herrn Gymnasiallehrer in Rente Jürgen Grabowski zu Bens-



Am Stand des DKVM

Bild: H.R.Kreßin

Ostpreußisches Landesmuseum

Aktuelle Ausstellungen:

Bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat** (1912-1976), Kabinett-ausstellung. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel (heute das litauische Klaipėda) geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Künstlerkolonie Nidden und zu Carl Knauf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. der späteren DDR tätig. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung wid-

mete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**, Sonderausstellung. Eine Sonderausstellung von estnischen Künstlern und Künstlerinnen der Kunsthochschule Pallas aus Tartu: Jaanus Eensalu, Andrus Kannel, Margus Meinart, Aet Ollisaar, Kadi Pajupu, Sirje Petersen, Tuuli Puhvel, Anne Rudanovski und Heli Tuksam.

Wie kann man all die Dinge visuell interpretieren, an die wir nur vage denken können? Die Zukunft beginnt mit der Vergangenheit – ein solides Fundament gibt den Mut, weiter zu schauen, als das Auge sehen kann. Diese Metapher regt auch zum Nachdenken über den zeitlichen Horizont des eigenen Lebens an, der sich wie etwas Begrenztes anfühlt, obwohl viele

glauben, dass es über den Horizont hinaus noch mehr gibt. Es gibt immer etwas mehr. Ist das beängstigend oder tröstlich? Der Horizont ist ein Versprechen von Weite und Offenheit, die horizontale Unendlichkeit umarmt den ganzen Globus. Können oder sollen wir vorhersagen können, was hinter dem Horizont liegt? Die Künstler und zugleich Lehrenden an der Kunsthochschule Pallas zeigen ihre Interpretationen. Ausgestellt werden ihre neuesten Werke. Damit möchten sie eine Diskussion über die Bedeutung und Relevanz der Kunst für die Zukunft anregen. Die Ausstellung zeigt zum Teil auch widersprüchliche Ansätze, die das Thema durch die persönlichen Zugänge der Künstler erweitern. In der Ausstellung wird eine Vielzahl von Medien der Bildenden Kunst präsentiert – Malerei, Skulptur, Fotografie, Textilkunst, Objekte. Kuratiert wurde sie von Aet Ollisaar und Heli Tuksam. Das Ausstellungsdesign stammt von Madis Liplap. Unterstützt wird die Ausstellung von der Pallas University of Applied Sciences in Tartu. „Depicting the Future. Variations“ ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg.

heim, der in Memel geboren wurde. Seine großzügige Spende können wir für die weitere Vereinsarbeit gut gebrauchen.

H.R.Kreßin
DKVM-Vorsitzender



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimtmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Ostpreußenreise 2026

Preußisch Eylau – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel. Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg.

Bei Elbing steht die Erkundung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm. Weiter geht es an den Oberländischen Kanal mit einer Besichtigung des Maschinenhauses.

Beim Besuch der Ermländischen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein weiterer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Vom Gut und Gestüt Gallingen aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Die Reisetilnehmer werden besonders den äußersten Süden Ostpreußens mit Johannisburg und der Johannisburger Heide erkunden. Eine Schiffsfahrt auf den miteinander verbundenen Seen bei Rudczanny/Ruciane Nida und eine Staken-Bootfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masurens, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerschen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Interessenten geschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreis-

vorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.



Sensburg

Kreisvertreter kommissarisch: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 6. Juli, 9 Uhr, m/k-Hotel, Bismarckstraße 39: 56. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Sensburg. Die Feierstunde um 11 Uhr wird musikalisch begleitet von BernStein. Gäste sind herzlich willkommen. Das Hotel ist barrierefrei, der Raum für das Treffen ist per Aufzug erreichbar. Weitere Parkmöglichkeiten befinden sich in der Nähe im Parkhaus Presover Straße, auch der Hauptbahnhof ist nicht weit.

Falk Möllenhoff

Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0034 1001 8349 83
BIC: FUBKDE31

MORBIDE AUSWAHL

Königsberger Friedhöfe für jeden „Geschmack“

Für Promis, Juden und Gelehrte: Durch konfessionelle Zuwanderung entstand eine außergewöhnlich große Zahl an Ruhestätten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die ostpreußische Hauptstadt Königsberg wuchs aus drei einzelnen Teilen zusammen, deren Geschichte bis ins Jahr 1255 zurückreicht. Dazu kamen im Laufe der Zeit etliche eingemeindete Ortschaften sowie die dazwischenliegenden Freiheiten, bei denen es sich trotz ihres Namens um von Königsberg abhängige Siedlungen handelte. Das führte wiederum zur Entstehung vieler verschiedener Friedhöfe, deren Zahl am Ende bei 41 lag.

Hierzu ein Beispiel: Allein links und rechts der Labiauer Straße, die vom Stadtzentrum nach Nordosten führte, befanden sich in den 1930er Jahren der Friedhof der Freien Gemeinde, der Deutsch-reformierte Friedhof, der I. und II. Altfriedhöfer Friedhof, der Israel Friedhof, der I. und II. Löbenichter Friedhof, der Neue katholische Friedhof, der Französisch-reformierte Friedhof, der I. und II. Sackheimer Friedhof sowie der II. Garnisonsfriedhof.

Multireligiöse Kommune

Die zuerst angelegten „Totenäcker“ Königsbergs hatten ihren Platz stets neben einer Kirche wie beispielsweise der Alte Haberberger Friedhof, in dessen Mauer lange eine französische Kanonenkugel steckte, die am 14. Juni 1807 einschlug, ohne größeren Schaden anzurichten. Zentrale Bedeutung als Begräbnisstätte besaß anfangs zudem der Kirchhof des Königsberger Doms.

Ansonsten kam die große Zahl der Friedhöfe in Königsberg noch daher, dass in der Stadt aufgrund der Zuwanderung aus allerlei Regionen Deutschlands und Europas viele unterschiedliche Konfessionen vertreten waren – heute würde man sie daher wohl als „multireligiöse Kommune“ feiern. So gab es neben katholischen und evangelischen Gemeinden seit 1629 auch mehrere freie beziehungsweise



Der Königsberger Sammelfriedhof wurde auf dem ehemaligen Königsberger Zivilfriedhof „Cranzer Allee“ 2003 eingeweiht, wo bis zu 5000 Bombenopfer und ausländische Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs ruhen. Weiter wurden nach 2001 etwa noch einmal 11.700 Kriegstote aus dem Stadtgebiet und der weiteren Umgebung hinzugebettet Bild: Wikimedia

reformierte Religionsgemeinschaften, die ihre eigenen Begräbnisplätze nutzten. Die Erlaubnis zur Einrichtung des ersten reformierten Friedhofes erteilte seinerzeit der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, welcher sich dann schließlich auch selbst in Königsberg zu seiner letzten Ruhe betten ließ.

Jüdische letzte Ruhestätte

Ebenso besaß die Ansiedlung am Pregel drei jüdische Friedhöfe, denn Königsberg war nach Berlin und Breslau die Stadt mit der drittgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland – zumindest bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten. Der erste jüdische Friedhof entstand 1704 auf

dem Tragheim; Bestattungen fanden hier bis 1875 stand. Im gleichen Jahr begann die Nutzung des Alten Jüdischen Friedhofs vor dem Königstor, die bis 1928 andauerte. Das Gelände gehört heute übrigens auch wieder der jüdischen Gemeinde. Und der Neue Jüdische Friedhof am Hammerteich, dessen Trauerhalle während der Pogromnacht 1938 in Flammen aufging, wurde dann 1927 eröffnet. Derzeit befindet sich auf dem verfallenen Areal nur noch eine Tierklinik.

Zusätzlich existierte vor dem Roßgärtner Tor ein weitläufiger Gemeindefriedhof im Eigentum der Stadt, auf dem jeder ungeachtet seiner jeweiligen Konfession bestattet werden konnte. Typisch für das

Königsberger Friedhofswesen waren des Weiteren mehrere Militärfriedhöfe, auf denen die verstorbenen oder gefallenen Angehörigen der örtlichen Garnison ihre letzte Ruhe fanden, sowie der sogenannte Gelehrtenfriedhof.

Wegen Überfüllung geschlossen

Bei dem Letzteren handelte es sich eigentlich um den ursprünglichen Alten Neurofögarter Friedhof im Bereich des ehemaligen Festungsgürtels, der 1817 nicht mehr genügend Platz für alle bot, weswegen die Stadtverwaltung beschloss, hier nur noch die Beerdigung von Prominenten aus Politik, Wissenschaft und Kunst zuzulassen. Darüber hinaus wur-

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Größer als Miroslav Klose und doch oft vergessen

Oberschlesiens Fußballfans sorgen für die Umbettung von Ernst Willimowski

Oberschlesien hat viele große deutsche Fußballer hervorgebracht – von Reinhard Schaletzki und Ernst Plener von Vorwärts-Rasensport Gleiwitz, Richard Malik von Beuthen 09 über Fritz Laband (u.a. Preußen Hindenburg, Hamburger SV), Gerard Cieślík (Ruch Bismarckhütte bzw. Königshütte), Ernst Pohl (Górnik Hindenburg) bis zu Miroslav Klose oder Lukas Podolski heute. Abgesehen vielleicht von Klose überragt einer jedoch alle – Ernst, genannt „Ezi“, Willimowski, der Star von Ruch Königshütte [Chorzów]. Für Ruch erkämpfte Willimowski viermal die polnische Meisterschaft (1934, 1935, 1936, 1938) und war viermal Torschützenkönig. Am 21. Mai 1939 schoss Willimowski in Königshütte bei einem 12:1-Ligaspielsieg gegen den Klub der dortigen deutschen Minderheit Union-Touring Lódz (Łódź) unglaubliche zehn Tore.

Am 23. Juni 2025 – „Ezis“ Geburtstag – sollten nun seine sterblichen Überreste innerhalb des Karlsruher Hauptfriedhofs umgebettet werden, da dieser Teil des Friedhofs anderweitig genutzt werden soll. Doch die Exhumierung konnte zu seinem Geburtstag nicht stattfinden, sei aber nur verschoben, nicht aufgehoben, heißt es seitens der Initiatoren, des Ruch-

Fanklubs Deutschland und der Gruppe „Historia Ruchu“ (Ruch-Geschichte). Sie sind es, die das Grab von Ernst Willimowski auf dem Karlsruher Hauptfriedhof seit 2006 pflegen.

Um die kostspielige Umbettung durchführen zu können, starteten die Ruch-Fans eine Spendenaktion. Gebraucht werden dafür 100.000 Złoty. „Bislang haben wir 80 Prozent dieses Betrags zusammengebracht. Einen Teil des Geldes haben Ruch-Fans vom Klub Deutschland gespendet, denn für seine Mitglieder ist Willimowskis Grab eine Kultstätte. Auch der Schlesische Fußballverband und private Sponsoren haben erhebliche Mittel beigesteuert“, sagte Erziehungszusko von „Historia Ruchu“ gegenüber der Zeitung „Dziennik Zachodni“.

„Ezi“ soll bei dieser Gelegenheit einen neuen Grabstein bekommen, den alten wollen sie nach Oberschlesien bringen, quasi zurück in die Heimat. „Offizielle Informationen über die Verlegung des Grabes werden bekannt gegeben, sobald alle verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für dieses Vorhaben erfüllt sind. Die einzig wahre Information wird ausschließlich von ‚Historia Ruchu‘ und von uns kommen“, heißt es seitens des Ruch-Fan-



Für Ruch-Fans bleibt er unvergessen: Ernst „Ezi“ Willimowski *Collage: Wagner*

klubs Deutschland. Und wer glaubt, dass während der Beerdigung polnische patriotische Lieder gesungen werden, dem „empfehlen wir einen Arztbesuch, am besten eines Neurologen“, schreiben die Facebookbetreiber der Ruch-Fans. Sie räumen dabei auch mit anderen Gerüchten auf, zum Beispiel dass die Umbettungsinitiative von Politikern und ande-

ren Aktivisten mitgetragen wird. „Ezis“ Biographie stehe für die vieler Oberschlesier, die zwischen Deutschland und Polen hin und hergerissen wurden.

Am 23. Juni 1916 erblickte Ernst Willimowski als Ernst Prandella in Kattowitz das Licht der Welt. Sein Vater kam aus dem Krieg nicht mehr heim, so dass seine Mutter Pauline Florentine der größte Fan ihres Sohnes wurde. Den Familiennamen Willimowski erhielt Ernst durch den Stiefvater, der nach Familienangaben ein polnischer Patriot gewesen sein soll. Es ist auch davon auszugehen, dass Ernst schon in jungen Jahren mit diesem Hintergrund neben Deutsch auch gut Polnisch sprechen konnte – auf den Bolzplätzen dominierte dagegen die ober-schlesische slawische Mundart.

In der Kattowitzer Emmastraße (ul. Francuska) machte er seine ersten sportlichen Gehversuche. Bereits mit sechs Jahren trat er, kurz nachdem die Stadt an Polen gefallen war, 1922 dem 1. FC Kattowitz bei, der wegen der neuen Herren seinen alten deutschen Namen „Preußen 05“ hatte ablegen müssen. Für eine Ablösesumme von 1.000 Złoty und den Erlös aus den Ablösespielen wechselte er zu Bismarckhütte, heute Königshütte.

den auch einige berühmte Königsberger auf den Gelehrtenfriedhof umgebettet. Auf diesem ruhten unter anderem der geniale Astronom Friedrich Wilhelm Bessel, der Aufklärer Theodor Gottlieb von Hippel, der Mitbegründer der Theoretischen Physik Franz Ernst Neumann sowie der Chirurgieprofessor und Generalarzt der preußischen Armee Albrecht Wagner, bis die Grabstätten den Kampfhandlungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zum Opfer fielen.

Kluge Köpfe unter sich

Andere berühmte Gelehrte beziehungsweise Professoren der Königsberger Universität beerdigte man im 1588 eingerichteten „Professorengewölbe“ an der Außenseite des Doms. Dieses barg nicht zuletzt die Gebeine des 1804 verstorbenen großen Philosophen Immanuel Kant. Kurz nach dessen Beisetzung wurde dann das Professorengewölbe geschlossen, weil eine neue Polizeiverordnung besagte, dass niemand mehr innerhalb der Stadtmauern bestattet werden dürfe. Deshalb entstanden dann die Ehrengräber auf dem Gelehrtenfriedhof.

Ansonsten lagen etliche aus der Historie bekannte Bürger Königsbergs auf dem Alten Haberberger Friedhof. Das gilt beispielsweise für Johann Funck, Matthias Horst und Johann Schnell, drei 1566 auf Befehl des Herzogs Albrecht von Preußen enthauptete angebliche Helfershelfer des kroatischen Hochstaplers und „Goldmachers“ Paul Skalich alias Pavao Jelencych.

Während viele der ursprünglichen Friedhöfe Königsbergs heutzutage nicht mehr existieren, befindet sich im heutigen Königsberg, das als Exklave unter russischer Verwaltung steht, eine große Kriegsgräberstätte an der früheren Cranzer Allee. Dort ruhen mehr als 14.000 deutsche sowie sowjetische Kriegstote. Als ob es für die Feinde von einst zumindest im Tod endlich möglich ist, friedlich nebeneinander zu ruhen. Immerhin!

Chris W. Wagner

GESCHICHTE UND GEGENWART

Zwischen Historie und Natur

Entlang der Dievenow und der Oderinsel Wollin: Vom Tiefen Zug bis zum Camminer Bodden

VON ERWIN ROSENTHAL

Die 35 Kilometer lange Dievenow [Dziwna], der östliche Mündungsarm der Oder, trennte früher die vorpommersche Insel Wollin vom hinterpommerschen Festland. Während das mittlere Seegatt der Oder, die Swine, drei Viertel des Oderwassers in die Ostsee transportiert, sind es bei der Dievenow nur 12 Prozent. Wenige Kilometer südlich der Stadt Wollin [Wolin], bei der Halbinsel Roof [Rów], verlässt die Dievenow das Stettiner Haff. An dieser Stelle trägt sie den Namen „Der tiefe Zug“ [Głęboki Nurt]. Wirklich tief ist sie aber auch hier nicht. Mit seiner Wassertiefe von zwei bis drei Metern ist der Strom jedoch ein beliebtes Segelrevier.

Sagenhaftes Vineta

In der auf den Trümmern der sagenhaften Stadt Vineta erbauten kleinen Landstadt Wollin ist bei jedem Schritt ihre Geschichte zu spüren. Hier hatte der König von Dänemark und Norwegen, Harald Blauzahn, im Jahre 950 die Jomsburg gegründet, auf der er im Jahre 987 gestorben ist. Die königliche Jomsburg war offensichtlich mit der sagenumwobenen Stadt Vineta identisch. Der Greifswalder Historiker Adolf Hofmeister hatte im Jahre 1931 die heute in der pommerschen Historiografie allgemein akzeptierte These formuliert, dass Vineta, Jumne, Julin und Jomsburg mit der Frühstadt, die sich an der Stelle des heutigen Wollin befand, identisch sei. Martin Wehrmann, der Altmeister der pommerschen Geschichte, hatte diese Überzeugung geteilt. Heute lässt ein Freilichtmuseum auf der Plageinsel in der Dievenow die frühe Geschichte Wollins wieder lebendig werden.

In Wollin – seinerzeit eine der bedeutendsten Städte Pommerns – hatte Otto von Bamberg im Jahre 1124 mit der Christianisierung der „abstörrischen“ Pommern begonnen. Vor der Nikolaikirche erinnern heute ein von einem Bischofsstab überragter Stein und eine Gedenktafel an ihn. Bei seiner ersten Visite wurde der Bischof „unter Todesgefahr“ [Burkhardt] aus der Stadt vertrieben. Er bekehrte zunächst die Stettiner und kam nach Monaten mit militärischer Verstärkung nach Wollin zurück, um auch hier das Kreuz aufzurichten. Allerdings musste er vier Jahre später noch einmal anreisen, um sein Werk zu vollenden, denn der alte Glaube der Ostseeslawen – insbesondere mit den Gottheiten Triglav und Swantewit verbunden – war bei den Pommern tief verwurzelt.

Blick auf das Freilichtmuseum auf der Plageinsel in der Dievenow: Hier wird die frühe Geschichte Wollins wieder lebendig
Foto: Erwin Rosenthal

Sehr viel bescheidener als der Gedenkstein für Otto fällt die nahe der Wolliner Nikolaikirche angebrachte hölzerne Gedenktafel für Bugenhagen aus. Der pommersche Reformator und Weggefährte Martin Luthers, auch „Doctor Pomeranus“ genannt, erblickte hier das Licht der Welt und wurde in der Nikolaikirche getauft.

Chronistenpflicht ist es, zu vermerken, dass die frühere Wolliner Synagoge in der Wallstraße während der „Reichspogromnacht“ nicht zerstört wurde. Vermutlich blieb sie verschont, weil sie zu diesem Zeitpunkt bereits verkauft und in private Hände übergegangen war. Heute dient das Gebäude als Wohnhaus.

Etwas weiter nördlich bildet die Dievenow zwei Ausbuchtungen, die Maade [Zatoka Cicha] und den Camminer Bodden [Zalew Kamieński]. Von beiden Gewässern wird die Insel Gristow [Wyspa Chrząszczewska] umspült.

Der bis zu fünf Kilometer breite Camminer Bodden ist eine Lagune der Dievenow. An seinem Ostufer, im ehemaligen Hinterpommern, liegt die frühere Residenz der Pommernherzöge Cammin. Sie ist für Historiker kaum weniger interessant als die Stadt Wollin. Ihre größte Sehenswürdigkeit ist der Camminer Dom (heute die Kathedrale St. Johannes). Das Gotteshaus verfügt über die schönste Orgel Pommerns. Die imposante Barockorgel hat mehr als 3300 Pfeifen. Unterhalb der Orgel befindet sich ein Bild Croÿs, des Stifters der Orgel. Croÿ war der Neffe des letzten Herzogs von Pommern, Bogislaw XIV. und der letzte evangelische Bischof von Cammin. In den Jahren 1634–1635 war Ernst Bogislaw Rektor der Greifswalder Alma Mater. Später vererbte er der Greifswalder Universität den Bildteppich (Croÿ-Teppich) sowie den goldenen Siegelring Bogislaw des XIV. von

walder Alma Mater. Später vererbte er der Greifswalder Universität den Bildteppich (Croÿ-Teppich) sowie den goldenen Siegelring Bogislaw des XIV. von

Größte Sehenswürdigkeit: Der Dom zu Cammin
Foto: Erwin Rosenthal

Pommern und eine goldene Kette. Der Siegelring und die Kette fungieren seit dem 19. Jahrhundert als Amtsinsignien des Rektors der Universität. Seit 2005 sind die drei genannten Objekte dauerhaft im Pommerschen Landesmuseum Greifswald ausgestellt.

Der prächtige Wandteppich war für das Herzogsschloss in Wolgast bestimmt. Die Tapiserie wurde von Peter Heymans in Stettin nach Vorlagen von Lucas Cranach der Ältere und Albrecht Dürer im Auftrag des Herzogs Philipp

des I. von Pommern-Wolgast um 1554 angefertigt. Der Teppich zählt seit 2014 zu den national bedeutsamen Kulturgütern der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Sehenswert sind in Cammin auch das spätgotische Rathaus auf dem Marktplatz sowie das Wolliner Tor mit dem Museum der Stadt. Zudem bietet die Stadt den Seglern eine sehr attraktive Marina.

Am westlichen Ufer des Camminer Boddens befindet sich der Hafen von Heidebrink [Międzywodzie]. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es hier Dampfschiffverbindungen nach Stettin und Cammin. In Sichtweite des Hafens liegen die Inseln Gristow und Cammin. Die Attraktion der Insel Gristow ist „der große Stein“. Er liegt im Norden des Eilands im flachen Wasser und hat einen Umfang von 20 Metern. Es heißt, dass er der Namensgeber für die Stadt Cammin war.

Vom Binnenhafen Heidebrinks kann man zu Fuß in einer halben Stunde den Ostseestrand des Ortes erreichen. Das

MELDUNGEN

Hexenkessel, Mahd und Störtebeker

Stettin – Am Wochenende 28./29. Juni fand in der Odermetropole das Stettiner „Inna Bjanka Festival“ mit Straßentheater und Musik für Kinder und Jugendliche statt. Die Umsetzung erfolgt seit 1998 gemeinsam durch den Verein Schloss Bröllin und das Stettiner Kana Theaterzentrum. TS

Demmin – In Pommern beginnt die Gerste Mahd. Allerdings trüben Trockenphasen mit heißen Temperaturen und streckenweiser Regen die Aussichten auf eine Rekorderte. Lagen die Erträge im vergangenen Jahr noch bei 10 Tonnen pro Hektar, wird nun mit weniger gerechnet. Es folgt der Weizen. TS

Greifenhagen – Am 28. Juni wurden tote Fische gesichtet, die in der Oder bei Greifenhagen trieben. Ursache soll laut Test eines Anglerverbandes der zu geringe Sauerstoffgehalt des Wassers sein. Ein Krisenstab wurde einberufen, da erhöhte Lufttemperaturen eine negative Wirkung haben. TS

Misdroy – Gute Nachrichten für Autofahrer: Am 27. Juni wurde ein 12 Kilometer langer zweispuriger Bauabschnitt der Schnellstraße S3 von Misdroy in Richtung Wollin (West) für den Verkehr freigegeben. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt nun 120 Kilometer/Stunde, ein 2. Abschnitt wird im Juli befahrbar sein. TS

Ralswiek – Klaus Störtebeker besteigt als „Freibeuter der Meere“ wieder seine Kogge auf der größten Freilichtbühne Europas, um als „Gottes Freund und aller Welt Feind“ den Pfeffersäcken das Fürchten zu lehren. Moritz Stephan misst als Klaus Störtebeker seine Kräfte und „stürzt den Becher“ auf Rügen auch 2025. Premiere war am 28. Juni. Das Stück wird bis zum 13. September gezeigt. TS



Foto: Christian Niemann

Grimmen – Im pommerschen „Hexenkessel“ gingen etwa 300 Teilnehmer mit ihren Stockcars (amerikanische Rennsportklasse) vor circa 2.000 Gästen an den Start. Dabei auch Junioren in Buggys, Trabant-Gruppen und Allrad-Fahrzeuge mit 140 PS. Höhepunkt war das Traktor-Pulling. TS

Stolpmünde – Auch in diesem Jahr wurde in dem Ostseebad der „Tag des Meeres“ begangen. Möglich machte ihn RWE als Hauptsponsor. Höhepunkt: Das symbolische Besprengen des Denkmals der Meerjungfrau mit Ostseewasser durch ein Schiff der Seenotretter. TS

Wolgast – Ein russisches Flugzeug aus dem Königsberger Gebiet hat am 27. Juni gegen 9 Uhr den Luftraum über der Pommerschen Bucht ohne Transpondersignal angesteuert. Die Bundeswehr reagierte routiniert auf den Provokationsversuch. Der Flieger wurde von Eurofightern aus Rostock-Laage über polnischem Gebiet abgefangen. Der deutsche Luftraum wurde nicht verletzt. Es war der 9. Abfangeneinsatz in diesem Jahr. TS

HEIMATTREFFEN

Tag der Stettiner in Lübeck

Die Glocke des Dampfschiffs „Stettin“ hält Einzug in das „Haus Stettin“



Einladung zum 71. Tag der Stettiner in Lübeck am Sonnabend, dem 2. August 2025 um 10.00 Uhr im „Haus Stettin“, Huxterdamm 18a

Liebe Stettiner! Wir wollen wieder zusammenkommen, um unser traditionelles jährliches Treffen am ersten Augustsonnabend zu begehen. Diesmal wird es in klei-

nerem Rahmen in unserem „Haus Stettin“ stattfinden. Es erwartet uns wieder ein feierliches Programm: Die historische Schiffsglocke von dem ehemaligen Frachter SS „Stettin“, gebaut 1923 auf der Vulkanwerft, wird dem Museum „Haus Stettin“ überreicht werden.

Nachmittags ist eine interessante Filmvorführung über den Stettiner Großunternehmer und Wohltäter Johannes Quistorp vorgesehen. Außerdem ist die Gelegenheit gegeben, das „Haus Stettin“ mit den Exponaten und vielen Informationen über Pommerns ehemalige Hauptstadt zu entde-

cken. Für Speis` und Trank wird gesorgt sein. Der neue „Stettiner Bürgerbrief 2025“ liegt bis dahin druckfrisch vor.

Die verpflichtenden Tagesordnungspunkte wie Rechenschaftsbericht etc. sind ebenfalls durchzuführen. Es stehen auch wieder Neuwahlen an. Für Interessierte wäre dadurch eine Mitarbeit im Heimatkreis Stettin möglich und sehr willkommen!

Auf ein Wiedersehen in der Patenstadt Lübeck! Es grüßt Sie die Vorsitzende des Heimatkreises Stettin und des Heimatkreisausschuss Stettin, Ursula Zander

„Haus Stettin“, Huxterdamm 18 a, 23522 Lübeck
Foto: Suda

Info: www.stettin-heimatkreis.de

„Wir sitzen alle im gleichen Boot“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Großartig, dass die PAZ einen Blick über den Tellerrand bietet. Danke für den Beitrag über das Dalí-Museum in Florida. Das war wie ein Kurzurlaub“

Jochen Münzel, Erfurt
zum Thema: Zwischen Traum und Wirklichkeit(Nr. 24)



Ausgabe Nr. 26

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BENEIDENSWERTE SCHWEIZ

ZU: RATIONIERUNGEN WEGEN KLIMA (NR.24)

Warum haben viele Politiker nur noch Unsinn im Sinn? Warum muss ich da gerade an die Politiker in der bürokratischen EU denken? Haben diese Herrschaften in Brüssel und in Straßburg außer Verboten und Sanktionen wirklich nichts anderes mehr im Sinn? Wieder einmal geht es um das Klima und den Wasserverbrauch bei starker Hitze ab 27 Grad! Mein Gott, hat es da die noch neutrale Schweiz gut, wo die Bürger diesen EU-Unsinn nicht mitmachen müssen. Liebe Schweizer, überlegt es euch gut und tretet nicht ein in den bereitgestellten Fettnapf EU. Was hat die Menschheit bisher so alles auf dem europäischen Kontinent überstanden? Jetzt grätscht die EU ständig voll in ihre Mitgliedstaaten hinein und will alles zentral regulieren. Wer dürfte wohl nach Großbritannien als nächstes Land aus diesem EU-Konstrukt austreten?

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

DEUTSCH-DIFFAMIERUNG

ZU: WAS IST EIN VOLK (NR. 24)

In der öffentlichen Diskussion ist der Begriff der „deutschen Volkszugehörigkeit“ häufig diffamiert, ja sogar in die Nähe grundgesetzfeindlicher Bestrebungen gerückt worden. Umso dankbarer muss man für die von breitem Wissen gestützte, ebenso sachliche wie treffende Analyse des Volksbegriffes in der PAZ Nr. 24 von Burghard Gieseler sein. An vielen Beispielen macht Gieseler deutlich, dass es die kulturell, sprachlich, historisch und herkunftsmäßig begründete Volkszugehörigkeit schon immer gegeben hat und die deutsche Rechtsordnung sowohl die Staatsangehörigkeit, die aufgrund bestimmter Kriterien verliehen wird, als auch die Volkszugehörigkeit kennt und beide im Grundgesetz verankert sind.

Ich erinnere mich noch gut an ein Fußballspiel Deutschland gegen die Türkei, das im Berliner Olympiastadion aus-

getragen wurde. Etwa zwei Drittel der 75.000 Zuschauer waren in Berlin lebende „Deutschtürken“ – viele dort seit Jahrzehnten dort lebend mit deutschem Pass – die fanatisch die türkische Mannschaft anfeuerten. Ihr Verhalten lässt nur einen Schluss zu: Staatsangehörigkeit deutsch, Volkszugehörigkeit türkisch.

Dr. Uwe Dempwolff, Hannover

NIE MEHR ZUM BUND

ZU: DIE TRUPPE BENÖTIGT SOLDATEN (NR.24)

In der Hochburg pazifistischer Phantasiewelten wird das nichts mehr, denn was dereinst, zu meiner Zeit, als Ehrendienst an der Waffe galt, wurde hier über Jahrzehnte als nutzlose Zeitverschwendung bezeichnet und Soldaten als Mörder verschrien. Nationalstolz gibt es in gedämpfter Ausprägung bestenfalls beim Fußball, Kanzlerinnen werfen die Nationalflagge in den Dreck und Patrioten gelten als Nazis und Idioten.

Wer sich einem Gegner wie Russland stellen will, muss denken, handeln und werden wie er. Wollen wir das? Können wir das überhaupt? Besteht der absolute Wille, alles dafür zu tun, auch das scheinbar Undenkbare? Wer die Fragen mit Ja beantwortet, muss bereit sein, dafür bis zum Äußersten zu gehen. Das kennzeichnet Patrioten. Soldaten werden dafür bezahlt. Doch selbst wer nicht dient, sitzt mit im Boot und ist am Ende mit dran, wenn es anders kommt, als man denkt. Denn wenn der Krieg ein Land verheert, trifft es vor allem die Zivilbevölkerung. Dann sind die Überlebenschancen in der Truppe womöglich sogar höher, denn deren Versorgung wird aufrechterhalten.

Gregor Scharf, Leipzig

AUF DAS „S“ KOMMT ES AN

ZU: UNIVERSELLE KLÄNGE (NR. 24)

Berühmte Herren mit dem Namen Strauß gab es viele, und da ich weiß, dass der Walzerfamilie Strauß die Schreibweise mit

„ß“ wichtig war, ist das zu bemängeln. Schon um sich von Oskar Straus nur mit einem „s“ und Richard Strauss, der sich tatsächlich (als einziger) mit Doppel „ss“ schrieb, zu unterscheiden. Alle anderen Sträusse (Botho, David Friedrich, Franz Josef) immer mit „ß“. Die Preußische Allgemeine hat ebenso das „ß“ im Namen. Wo also liegt das Problem? Ich ahne es, im Englischen gibt es diesen nützlichen Buchstaben nicht! Das sollte die PAZ nicht daran hindern, den Namen, der nicht Schall und Rauch ist, korrekt zu schreiben.

Rudolf Gäbler, Berlin-Nikolassee

BEIDE SPRACHEN SOLLTEN SEIN

ZU: ERINNERUNGSKULTUR (NR.25)

Der Autor beklagt im Hinblick auf die ostdeutsche Kultur die „Geschichtsvergessenheit“ der deutschen Bürgerinnen und Bürger. Das kann ich nur bestätigen. Viele Mitbürger können mit den Begriffen Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Danzig gar nichts oder wenig anfangen.

Diese Geschichtsvergessenheit zeigte sich kürzlich bei Behörden und sogar beim Bund der Vertriebenen (BdV) bei der Sterbeurkunde meiner Mutter, die im Freistaat Danzig aufgewachsen ist. Das zuständige Standesamt erwähnte nur die Gemeinde, den heutigen polnischen Namen und den Zusatz „Polen“, nicht aber den Freistaat Danzig, der praktisch ein autonomer Staat mit eigener Verwaltung und Währung war. Gerade setzte ich mich ein, dass der Begriff „Freie Stadt Danzig bzw. Freistaat Danzig“ in die Urkunde mit aufgenommen wird. Sogar Museen in Deutschland gehen zunehmend dazu über, in Texten und historischen Karten nur noch die polnischen Ortsnamen zu verwenden. Wenn ich das bei der zuständigen Museumsleitung beanstande, kommen sinngemäß Antworten wie: „Ja, Sie haben Recht, wir haben das bei der Redaktion leider übersehen.“ Gerade bei historischen Belangen fände ich die Benennungen in beiden Sprachen angemessen. Ich befürchte, dass noch sehr viele histo-

risch nicht korrekte Urkunden von Millionen Bewohnern in den früheren Ostgebieten, die in den kommenden Jahren ausgestellt werden, ohne weitere Beanstandung hingenommen werden und somit die ostdeutsche Kultur noch mehr in Vergessenheit gerät. Wenn die deutsche Herkunft in den Urkunden nicht eindeutig benannt wird, kommt das einer zweiten Vertreibung gleich, nämlich die aus der Erinnerung.

Bernhard Grimm, Breisach

NIE MEHR ZUM BUND

ZU: DIE TRUPPE BENÖTIGT SOLDATEN (NR.24)

Sehe ich genauso, die mutwillige Zerstörung der Bundeswehr läuft ja seit mindestens vier Jahrzehnten und war ein voller Erfolg, wie auch bei der Polizei. Die Besen wurden wegen angeblichem und nie bewiesenem „Rechtsextremismus“ hinausgeworfen, und jetzt will man wieder Soldaten verheizen. Bei mir wandert jedes Schreiben, dass ich diesbezüglich erhalten sollte, ungelesen in den Reißwolf!

Ralf Beez, Oberfeldweibel der Reserve, Freudenstadt

AMERIKANISCHE AUFSTÄNDE

ZU: KRAWALLE IN KALIFORNIEN (NR. 24)

Klaus Kelle zieht aus den Unruhen in Kalifornien den Schluss, die deutsche Politik müsse einen Weg zur Begrenzung der Zuwanderung finden, der rechtsstaatlich einwandfrei sei und politisch den Pro-Zuwanderungs-Netzwerken keine Angriffsfläche biete, denn sonst drohten „angesichts eines hierzulande beachtlichen linksextremen Gewaltpotentials“ Verhältnisse, die die Unruhen von Los Angeles weit übertreffen könnten. Der zweite Teil von Kelles Forderung bedeutet nichts anderes, als angstgesteuert dem politischen Kontrahenten die Deutungshoheit über das Geschehen und das Gesetz des Handelns zu überlassen.

ANZEIGE

Milliarden an Steuergeldern für linke und linksextreme NGOs

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



CORRECTIV
Forschungen für die
Gehirnschicht

attac

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

MEDIEN DIENST
INVESTIGATION

AMNESTY
INTERNATIONAL

m)
medico international

SEEBRÜCKE

■ Michael Grandt enthüllt unvorstellbare Zahlen! Die EU und die Bundesregierung geben Milliarden aus, um mit Ihren Steuergeldern – oft ohne Kontrolle, Transparenz und demokratische Legitimation – linke und linksextreme NGOs zu finanzieren, die

- › die demokratisch legitimierte Opposition bekämpfen und unterdrücken,
- › die Bevölkerung volkspädagogisch umerziehen,
- › alternative Medien behindern und ihnen die Existenzgrundlage entziehen,
- › gegen Andersdenkende hetzen und diese einschüchtern,
- › teilweise mit brutaler Gewalt gegen politische Gegner vorgehen,
- › vehement eine Zensur im Internet vorantreiben,
- › ein stasigleiches Denunziantentum fördern,
- › eine Debattenkultur und Meinungsvielfalt unterdrücken.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nehmen zunehmend Einfluss auf gesellschaftspolitische Debatten und politische Entscheidungen. Sie haben Macht über die Straße. Die Mainstream-Medien sind ihre Handlanger. Sie schlagen den Sicherheitsbehörden vor, welche Afghanen zu uns kommen sollen und üben eklatanten Druck auf den gesellschaftlichen Diskurs im vermeintlichen »Kampf gegen rechts« aus.

In seinem aufsehenerregenden Buch führt der mehrfach ausgezeichnete Investigativjournalist Michael Grandt den Leser durch den »Sumpf« dieser milliarden schweren NGO-Finanzierungen, bringt verschwiegene Hintergründe ans Licht, deckt unglaubliche Vernetzungen auf und nennt die Verantwortlichen beim Namen.

In diesem Buch lesen Sie das,
was Ihnen auch die neue Regierung verschweigen will!

Michael Grandt: Staatsgeheimnis NGO-Finanzierung gebunden • 352 Seiten • zahlreiche Abbildungen Best.-Nr. 991 560 • 23,- €



DENKMAL

Ein schwer auffindbarer „Schwedischer Hügel“

Erinnerung an Schwedens König Gustav II. Adolf 1630 in der Neumark – Den Gedenkstein kennen nicht einmal die Einheimischen

VON WOLFGANG REITH

In den Jahren von 1535 bis 1815 bestand die Mark Brandenburg aus zwei Landesteilen: der Kurmark, dem Kerngebiet, sowie der Neumark östlich der Oder. Bis 1945 waren sie dann Bestandteil der preußischen Provinz Brandenburg, wobei die Kreise Dramburg und Schivelbein in der nördlichen Neumark 1816 in die Provinz Pommern wechselten, ebenso der Kreis Arnswalde im Jahr 1938.

Wenig bekannt ist die Tatsache, dass die Neumark 1945 durch Krieg und Vertreibung die höchste Todesrate unter allen deutschen Ostgebieten zu verzeichnen hatte. Umgerechnet auf ganz Brandenburg betragen die Verluste in der Region jenseits von Oder und Neiße rund 35 Prozent der dort ansässigen Bevölkerung. Die historische Landschaft Lebus Land (Polnisch: Nowa Marchia, Wschodnia Brandenburgia oder auch Ziemia Lubuska) deckt seit der Verwaltungsreform aus dem Jahr 1999 zum größten Teil die Woiwodschaft Lebus ab, doch die nördlichsten Landesteile der Neumark gehören heute zur polnischen Woiwodschaft Westpommern.

Touristisch ist die Neumark vielleicht nicht ganz so erschlossen wie West- und Ostpreußen sowie Pommern, doch die westliche Grenzregion ist vor allem in den Sommermonaten immer häufiger ein überaus beliebtes Ausflugsziel vieler Brandenburger. Und wenn man sich auf die Suche begibt, kann man auch noch etliche oftmals längst vergessene oder gar versunkene Geschichtsspuren entdecken und erkunden.

Überquert man bei Schwedt/Oder die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen, so erreicht man auf der Nationalstraße Nr. 26 nach wenigen Kilometern Königsberg in der Neumark [Chojna]. Noch vor dem Erreichen der Stadt steht versteckt und deshalb kaum sichtbar ein Denkmal für den schwedischen König Gustav II. Adolf, das als solches allerdings nicht zu erkennen ist, weshalb man mühselig suchen muss, um es wirklich zu finden, was in einem ersten Anlauf nicht gelang. Daher fuhren wir zur Tourismus-Information in der Stadt, wo man uns aber auch nicht weiterhelfen konnte, ja, sogar erstaunt war über den Ort, den wir suchten und den man gar



Versteckt hinter Wildwuchs: Der Schwedenstein bei Königsberg in der Neumark

Bild: Reith

nicht kannte. Mit Hilfe umfangreichen Kartenmaterials, das wir dabei hatten, gelang es uns schließlich in einem zweiten Anlauf, das Gelände zu lokalisieren, welches, obwohl unmittelbar an der Straße gelegen, vollkommen überwachsen und daher nicht auszumachen war.

In der deutschen und der polnischen Literatur ist vom „Schwedischen Hügel“ (Kopiec Szwedzki), dem einstigen Galgenberg, die Rede, auf dem sich das Denkmal befindet. Es besteht aus Granitsteinen, die in Gestalt einer Pyramide aufgeschichtet sind und die aus den umliegenden Dörfern hierhergebracht wurden. Dies geht auch aus Inschriften auf den Felsblöcken hervor, die nur noch zum Teil zu erkennen sind: Neutornow, Zachow [Czachów], Lübbich [Lubiechów], Blankenfelde [Brwice], Falkenwalde [Wierzchlas], Selchow [Żelichów], Grüneberg [Golice], Alt Lietzegörice [Stare Łysogórki], Dolzig [Dolsko], Klemzow [Kłępicz], Guhden [Gądno], Rehdorf [Stoki], Vietnitz [Witnica] und Butterfelde [Przyjezierze].

Die polnischen Ortsnamen erscheinen natürlich nicht auf den Steinen. Neutornow ist ein Wohnplatz von Bad Freienwalde und daher heute ein bundesdeutscher Ort. An zentraler Stelle findet sich die Inschrift: „Zum Gedenken an die Befreiung Königsbergs am 27. Dezember 1630 durch den schwedischen König Gustav Adolf aus der großen Armut des Dreißigjährigen Krieges.“

Ein Alter Schwede auch in Schwedt

Unter dieser Widmung befindet sich ein Stein mit der Aufschrift „Montecuccoli“. General Ernesto Montecuccoli war der Befehlshaber der kaiserlichen Truppen und damit Gegenspieler König Gustav Adolfs. Am Fuß des Denkmals sind zudem weitere Namen von kaiserlichen Heerführern eingraviert, die von den Schweden besiegt wurden: Liechtenstein, Bernstein und Colloredo. Von Süden und Norden her führen Steintreppen zum Denkmal hoch, an den Ecken des Plateaus standen ursprünglich vier Steinpyramiden, die aber nicht mehr erhalten sind.

Errichtet wurde das Denkmal vom Gustav-Adolf-Verein in Königsberg/Neumark, die Enthüllung erfolgte am 23. Juni 1912. Es sollte daran erinnern, dass der schwedische König 1630 die Stadt von der kaiserlichen Armee befreite und während seines Aufenthalts in der Neumark im darauffolgenden Jahr sein Hauptquartier im benachbarten Ort Zehden [Cedynia] aufschlug.

Nachdem wir den Ort gefunden und etliche Fotos aufgenommen hatten, fuhren wir zur Tourismus-Information, wo wir unsere Ergebnisse vortrugen. Man war sehr interessiert und bat uns, von zu Hause aus weitere Informationen über die Geschichte des Denkmals zu schicken, was wir später gerne taten. Man bedankte sich herzlich und teilte uns gleichzeitig mit, dass unsere Informationen demnächst in eine mehrsprachige Broschüre über „Chojna“, also Königsberg/Neumark, aufgenommen würden. Außerdem wolle man das Gelände um das Denkmal so herrichten, dass es begehbar werde, und schließlich solle an der Straße ein Hin-

weisschild aufgestellt werden. Sofern wir die Gegend alsbald erneut bereisen würden, könnten wir uns gerne das Resultat der vorgesehenen Maßnahmen ansehen.

Tatsächlich entdeckten wir wenige Monate später während einer weiteren Fahrt in die Region, dass das Denkmal zwischenzeitlich so hergerichtet worden war, dass es als Sehenswürdigkeit wieder zu erkennen ist. Das versprochene Hinweisschild an der Straße fehlte zwar noch, alles andere aber wurde inzwischen getätigt, und so konnten wir der Tourismus-Information schon mal unseren Dank aussprechen, was wir im Jahr zuvor zugesagt hatten, wenn wir wieder in die Gegend kommen würden.

Übrigens gibt es auch im gegenüberliegenden Schwedt/Oder ein Denkmal für König Gustav Adolf von Schweden, der dort während des Dreißigjährigen Krieges in den Jahren 1630/31 beim Marsch durch die Mark Brandenburg seine Truppen sammelte. Es befindet sich im Park Heinrichslust an der Berliner Straße, die nach Norden aus der Stadt führt. Hier hatte der Monarch 1631 eine Schanze zur Kontrolle der „via regia“ (alte Handelsstraße zwischen der Ostsee und Sachsen) angelegt und sein Feldlager aufgebaut.

Zum 300. Jubiläum ließ der Schwedter Heimatverein mit finanzieller Unterstützung der schwedischen Dahlberg-Stiftung einen „Gustav-Adolf-Gedenkstein“ errichten. Dabei handelt es sich um eine Feldsteinyramide mit einem aufgesetzten Findling aus Granit, der von Georg Gustav von Arnim zu Suckow (1870–1945) gestiftet worden war.

Auf der Vorderseite des Granitblocks ist ein Reliefforträt des Königs angebracht, am Fuß des Denkmals war eine zweisprachige (schwedisch/deutsch) Inschrifttafel aus poliertem Granit eingelassen, die den Text trug: „Gustav Adolf – König von Schweden – Retter des Evangelischen Glaubens – Hatte hier sein Feldlager – Im Frühjahr 1631.“

Diese Tafel war in den 1960er Jahren entfernt worden, doch ließ der Schwedter Heimatverein 2012 eine Nachbildung anfertigen, die man noch im selben Jahr enthüllte. Vor fünf Jahren stellte man überdies eine Drei-Seiten-Informationstafel auf, aus welcher die Hintergründe des Gedenksteins ersichtlich werden, der am 27. September 1931 aufgestellt worden war.

BITTSCHRIFTEN

Joggen bitte nur im Uhrzeigersinn

Jeder hat das Recht, eine Petition einzureichen – Häufig sind allzu skurrile Vorschläge darunter

Die Petition ist das demokratischste aller Instrumente. Jedem Einwohner steht es frei, dieses Werkzeug zum Einsatz zu bringen, um in der Gesellschaft, in der er lebt, mehr Gerechtigkeit zu erwirken. Ohne Amt, ohne Parteizugehörigkeit. Ausschließlich aus Überzeugung.

Seit Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahr 1949 besteht das Recht, Petitionen an den Deutschen Bundestag zu richten. Nach Artikel 17 GG darf sich jede Person unabhängig von Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz mit Bitten und Beschwerden an das Parlament wenden.

Doch es geht noch einfacher. Heute reicht eine knackige Formulierung und ein Klick – und die moderne Petition ist im Onlineformat auf den Weg gebracht. Plattformen wie change.org und openpetition.de haben inzwischen über 550 Mil-

lionen Nutzer. Die Petitionen, die dort eingestellt werden, sind eine bunte Auswahl an Themen. Oft sind es gesellschaftlich relevante Anliegen, manchmal sehr individuelle Forderungen, die als Scherz wirken. Mal geht es um besseren Klimaschutz oder um ein Verbot der Lebensmittelverschwendung in Supermärkten, mal wird das Verbot von Einweg-Kaffeekapseln gefordert, mal der Versuch gestartet, Pizza als offizielles Schulsessen zu etablieren, oder es wird die Rettung des lokalen Eiscafés angestrebt.

In einer Zeit, in der sich viele Menschen ohnmächtig fühlen angesichts politischer Entscheidungen, die sie nicht nachvollziehen können, bietet die Petition die Möglichkeit, Gehör zu finden. Auch wenn der Erfolg des jeweiligen Anliegens von vielen Faktoren abhängt – zu handeln,



Arme Reiche: Auch NGOs versuchen mit Petitionen ihre Ideologie durchzusetzen

sich stark zu machen, Gleichgesinnte suchen, vermittelt ein gutes Gefühl.

Dabei ist die Petition keineswegs eine Modeerscheinung der Neuzeit. Die Wurzeln der Petition reichen zurück bis zum 15. Juni 1215, dem Tag, an dem die Magna Carta Libertatum unterzeichnet wurde. Damals hatten Englische Barone 63 Forderungen auf Pergament festgehalten und rangen König Johann seine Zustimmung ab. So wurde der absoluten Macht des Königs Grenzen gesetzt und den Adeligen Grundrechte zugesichert. Ein historisches Ereignis mit Strahlkraft, ein politischer Akt und zugleich ein Symbol für den Wandel von der Willkür zur Mitsprache.

Die große Anzahl der Petitionen heute und die teils skurrilen Forderungen entlocken manchem eher ein Stirnrunzeln als eine Unterschrift. Forderungen, wie

die aus den USA, die das Joggen im Park gegen den Uhrzeigersinn verbieten wollten, weichen die Wirkung dieses gesellschaftlichen Instruments auf.

Zu den aktuellen Petitionen der deutschsprachigen Onlineportale gehören unter anderem die Abschaffung des Roboter-Bordells in Berlin und die Forderung nach Anerkennung von Lithium als essentielles Spurenelement mit Zulassung als Nahrungsergänzungsmittel. Die Notwendigkeit dieser Petitionen lässt sich diskutieren.

Trotzdem gilt: Petitionen sind ein Ausdruck von gesellschaftlicher Beteiligung. Jeder Bürger kann seinem Anliegen auf diese Weise eine Stimme verleihen. Ob auf Pergament oder im digitalen Netz: Eine Bitte an die Mächtigen zu stellen ist politische Teilhabe. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Unterhaltsam
und locker

Hannah arbeitet bei einer gemeinnützigen Organisation – der Job ist langweilig und ihr Alltag auch. Ihr Freund hat sie gerade verlassen, und die beste Freundin hat keine Zeit mehr, weil sie heiraten will. Als eines Tages immer mehr Frauenleichen gefunden werden und schließlich auch der Serienmörder gefasst wird, beschließt Hannah, die die Fälle im Internet verfolgt hat, dem Mörder William zu schreiben.

William antwortet bald aus dem Gefängnis. Hannah ist fasziniert, und es entwickelt sich ein reger Briefwechsel. Da Hannah wegen ihrer privaten Recherchen im Internet ihre Arbeit vernachlässigt, verliert sie ihre Stelle. Wutentbrannt beschließt sie, nach Georgia zur Gerichtsverhandlung von William zu fahren. Sie löst ihre Wohnung auf und begibt sich hoffnungsvoll in ein neues Abenteuer, denn der mutmaßliche Serienmörder bringt ihr mehr Freundlichkeit entgegen als die meisten Menschen, die sie kennt.

Der Roman „Love letters to a serial killer“ ist locker geschrieben. Lustige Wortspielereien unterhalten den Leser. Ein Buch, das amüsiert und neugierig macht auf den Werdegang Hannahs. Der Roman „Love letters to a serial killer“ ist das erste Buch der Amerikanerin Tasha Coryell.

Angela Selke



Tasha Coryell:
„Love letters to a serial killer“, dtv Verlag, München 2024, Taschenbuch, 347 Seiten, 17 Euro

Zwischen
den Zeilen

Als Jeanie ihren Chef tot auffindet, kündigt sie ihren anstrengenden Bürojob in Boston. Ausgerechnet jetzt beschließt ihre alte Tante, ihr Café in der verträumten Kleinstadt Dream Harbor an sie zu übergeben. Obwohl das nicht ihr Berufszweig ist, beschließt Jeanie, es zu versuchen.

Sie übernimmt das Café, dessen Neueröffnung von den Bewohnern sehnlichst erwartet wird. Jeanie hört nachts seltsame Geräusche. Da sie ängstlich ist, bittet sie den Farmer Logan, der morgens seine Gemüsebox bei ihr abgibt, um Hilfe. Er ist wortkarg, Jeanie hingegen ist sehr nervös. Als sich beide in die Augen sehen, entsteht eine Bindung, die beide sich nicht eingestehen wollen. Aber da hat die Natur noch ein Wörtchen mitzureden ...

Laurie Gilmore ist mit „Meet me in Autumn“ ein fröhlicher und unterhaltsamer Liebesroman gelungen, der die heimlichen Gedanken und Gefühle der Romanfiguren schildert. Gilmore schreibt gefühlvolle Romane, die in Kleinstädten spielen und von deren seltsamen Einwohnern und ihren Leben erzählen. A.S.



Laurie Gilmore:
„Meet me in Autumn“, HarperCollins Verlag, München 2024, Taschenbuch, 302 Seiten, 14 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Kaffee genießen

Jordan Michelman und Zachary Carlsen beschreiben in ihrem Ratgeber verschiedene Möglichkeiten der Zubereitung und stellen Zubehör vor

Wie ein Barista Kaffee zubereiten – das möchten sicher viele. Dass es gar nicht so schwer ist, die braunen Bohnen in ein wohlschmeckendes Getränk zu verwandeln, zeigen die amerikanischen Kaffee-Experten Jor-

dan Michelman und Zachary Carlsen. Unterhaltsam und in ansprechender Form erklären sie alles Wissenswerte zu Bohnen, Mahlgraden oder Filtern und die verschiedenen Techniken des Brühvorgangs. MRK

Jordan Michelman/Zachary Carlsen:
„Simply Coffee. Der ultimative Guide für den perfekten Kaffee. Barista-Know-how und Rezepte“, riva Verlag, München 2025, gebunden, 192 Seiten, 22 Euro

LITERATUR

Liebeserklärung
an die Bücher

Der Kölner Antiquar Klaus Willbrand und seine Kollegin Daria Razumovych haben Leselisten mit Werken erstellt, die man gelesen habe sollte

VON ANSGAR LANGE

Es gibt sie noch, die guten Geschichten. Am 3. September berichtete die PAZ, wie ein älterer Kölner Antiquar mit Hilfe einer jungen Bekannten seine Buchhandlung rettete – und zwar dank Instagram und TikTok. Am 29. Januar dieses Jahres ist besagter Antiquar verstorben. Klaus Willbrand wurde 83 Jahre alt. Gemeinsam mit seiner jungen Kollegin Daria Razumovych hat er ein kleines Vermächtnis hinterlassen, und zwar zwischen zwei Buchdeckeln. Willbrand hat das Erscheinen seiner persönlichen Liebeserklärung an die Literatur nicht mehr erleben können.

Das schmale, im S. Fischer Verlag erschienene Büchlein versteht sich als Einladung an den Leser, sich mit Literatur auseinanderzusetzen. Aufgelockert wird das Werk dadurch, dass manche Passagen aus der Feder von Willbrand und manche aus der Feder seiner Co-Autorin stammen. Zunächst schildert Razumovych, wie sie den älteren Herrn, der vielen als „Büchewurm“ galt und als solcher sicher auch bisweilen belächelt wurde, kennengelernt hat.

Willbrand hatte sein kleines Antiquariat im Weyertal im Dezember 2021 eröffnet. Im Laufe der Jahre gingen die Geschäfte immer schlechter. Corona versetzte dem Laden fast den Todesstoß. Bis der ältere Herr und die jüngere Dame auf die Idee kamen, mit Hilfe der sozialen Medien das Kulturgut Buch „an den Mann“ zu bringen. Und es funktionierte. Trotz des beträchtlichen Altersunter-

schieds einte die beiden die Liebe zur Literatur.

„Einfach Literatur“ ist für alle gedacht, die sich für die abwechslungsreiche Lebensgeschichte von Willbrand und für knappe und kundige Buchempfehlungen interessieren. Es gibt eine Leseliste zur Jugendliteratur sowie solche zur deutschsprachigen, angloamerikanischen und zur französischsprachigen Literatur. Auf wenigen Seiten porträtiert Willbrand Autoren und deren wichtigste Werke. Diese Listen verstehen sich nicht als ein strenger Kanon, sondern als eine Einladung, sich mit den Autoren auseinanderzusetzen.

Nebenbei plaudert der Antiquar über sein bewegtes Leben. Wie er vom Buchhandelslehrling zum Ersten Sortimenter bei Joseph Caspar Witsch aufstieg, wie er kein Autogramm von Günter Grass haben wollte, und wie er mit einer intellektuellen Rätselzeitschrift ungefähr eine Millionen D-Mark versenkte. Das liest sich alles sehr interessant und kurzweilig. Zwischen den Zeilen spürt man auch immer wieder etwas von dem Stolz, dass er sein Leben buchstäblich bis zum letzten Atemzug den Büchern gewidmet hat.



Klaus Willbrand/Daria Razumovych:
„Einfach Literatur. Eine Einladung“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2025, 224 Seiten, 22 Euro.

BIOGRAPHIE

Erinnerung an
Dietrich Bonhoeffer

Der Probst und Pastor Christian Brunner hat eine Chronik zu Leben, Wirken und Visionen des berühmten Widerstandskämpfers verfasst

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Achtzig Jahre nach der Ermordung Dietrich Bonhoeffers durch die Nationalsozialisten am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg sind weitere Bücher zum Gedenken an den Theologen, Pfarrer und Widerstandskämpfer erschienen sowie Neuauflagen seiner Schriften und Bücher. Eine sehr schöne, kurz gefasste Chronik seines Lebens und Wirkens mit dem Titel „Auf den Spuren von Dietrich Bonhoeffer“ bietet die Gelegenheit, Bonhoeffers menschenfreundliche Visionen und seine Vorstellungen von einer „Kirche für andere“ kennenzulernen. Das Buch ist mit zahlreichen Abbildungen und teils farbigen, großformatigen Fotos sowie Informationen zu allen Gedenkortorten ausgestattet. Autor ist der 1933 in Zapel (Mecklenburg) geborene ehemalige Pastor und Propst Christian Bunner. Er verstarb am 5. November 2024.

Am 3. April 1943 wurde Dietrich Bonhoeffer in seinem Elternhaus in Berlin verhaftet. Wie die anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe um Admiral Wilhelm Canaris wurde er Opfer eines Justizmords. Mit Zitaten und historischen Dokumenten hat Bunner herausgestellt, wie Bonhoeffers leidenschaftliche Suche nach Erkenntnis von Gott und der Welt bestimmend auf seinem kurzen Lebensweg war. Thematisch gegliederte Auszüge aus seinen Schriften zeugen von beeindruckender Ausdruckskraft und seiner spirituellen Kraft.

Bereits ab 1933 war Bonhoeffer durch seine entschiedene Ablehnung einer Vermischung von nationalsozialistischer Rassenlehre mit dem christlichen Bekenntnis am politischen Widerstand beteiligt. Nach der Habilitation im Juli 1930 machte er während seines Aufenthalts in den USA von September 1930 bis Juni 1931 prägende neue Erfahrungen. Er lernte Kirchen kennen, die nicht durch volkswirtschaftliche Traditionen geprägt waren, sondern durch das Mitwirken und Engagement der Gemeindeglieder.

Sein Interesse an aktuellen Zeitfragen wurde geweckt, und er engagierte sich für die Ökumene. Ab April 1935 leitete Bonhoeffer ein Predigerseminar der Bekennenden Kirche und übte weiter seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität aus. Immer mehr wurde sein Leben von außen her bestimmt. Durch Vermittlung seines Schwagers Hans von Dohnanyi trat er 1940 eine Stelle als ziviler Abwehrmann im Amt Canaris in München an.

Ein gesondertes Kapitel ist dem Briefdialog zwischen Bonhoeffer und seinem Freund Eberhard Bethge gewidmet. Es folgt zuletzt ein 1945 erschienener Essay von Fabian von Schlabrendorf (1907–1980) „Mit Dietrich Bonhoeffer im Gefängnis“.



Christian Bunner:
„Auf den Spuren von Dietrich Bonhoeffer“, Verlag Ellert & Richter, Hamburg 2025, gebunden, 160 Seiten, 19,95 Euro

LANDESKULTURTAGUNG HESSEN

Zwischen Wehmut und Marzipan

Bei einem weiten thematischen Bogen wurde der Willen bekräftigt, die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Heimat wachzuhalten

VON LOTHAR RÜHL

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen (LOW), setzt sich dafür ein, dass die ehemaligen deutschen Ostgebiete in Erinnerung bleiben. Das sagte der Landesvorsitzende Gerd-Helmut Schäfer (Friedrichsdorf) bei der Landeskulturtagung in der Wetzlarer Stadthalle. Auch wenn die Erlebnissgeneration immer weniger werde, erfreue sich die Tagung stabiler Teilnehmerzahlen. „Wir wollen die Erinnerung an Flucht und Vertreibung sowie an unsere Heimat wachhalten“, erläuterte Schäfer vor 44 Teilnehmern. „In unseren Treffen stellen wir die Geschichte der alten Ostgebiete immer wieder in den Mittelpunkt. Wir betrachten uns als Brückenbauer zu denen, die aktuell in den Ostgebieten leben sowie zu den deutschen Minderheiten dort.“

Es gehe darum, die Kultur der Deutschen aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern, dem Sudetenland und Schlesien vor dem Vergessen zu bewahren. Dazu gehöre es, immer wieder an Persönlichkeiten zu erinnern, welche die deutsche Geschichte mitgeprägt haben. Aber es gibt auch Vorträge zu Spezialitäten wie Königsberger Klopse, Tilsiter Käse oder Marzipan aus Königsberg.

Der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen, Andreas Hofmeister (CDU), konnte nicht teilnehmen, weil er zeitgleich beim Hessentag in Bad Vilbel Aufgaben hatte. Deshalb übermittelte er sein Grußwort per Video. Darin erinnerte Hofmeister an das Gedenken „80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges“, aber auch an das Ende der Shoah, das er als Verbrechen des Nationalsozialismus brandmarkte. Aber der Beauftragte erinnerte ebenso an Flucht und Vertreibung, an das Ankommen der Menschen aus den Ostgebieten, ihren Beitrag am Wiederaufbau Deutschlands, indem sie ihre neue Heimat mitgestalten. Dies habe die Landsmannschaft in hervorragender Weise getan. Dafür sprach er den Teilnehmern der Tagung seinen Dank aus.

Hohe Ehrung für Engagement

Durch das Programm der zweitägigen Veranstaltung führte der Wetzlarer Michael Hundertmark. Er ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag sowie in der Stadt Wetzlar. Der Stadtverordnete gehört der LOW ebenso an wie dem Bund der Vertriebenen (BdV) in Hessen. Im Rahmen der Tagung überreichte Hundertmark die Silberne Ehrennadel im Auftrag des BdV-Landesverbandes an den 90-jährigen Gerhard Schröder (Mühlthal bei Darmstadt). Damit wird das langjährige Engagement von Schröder für Vertriebene und Flüchtlinge gewürdigt. Der ge-



Michael Hundertmark als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag von Lahn-Dill, führte ebenso versiert wie unterhaltsam durch das vielfältige Programm der Landeskulturtagung
Bild: Lothar Rühl

bürtige Königsberger engagiert sich im Landesvorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Zudem leitet er als Vorsitzender die Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg. Das Treuezeichen in Silber wird für mindestens 25 Jahre Engagement verliehen. Schröder hatte zuvor auch schon die Silberne Ehrennadel von der Landsmannschaft Ostpreußen mit Sitz in Hamburg erhalten.

Schröder schilderte in seinem Vortrag zum Thema „Überlebt im Nachkriegschaos von Königsberg“ seine autobiografische Geschichte. Der 90-Jährige gehörte zu den 20.000 Waisenkindern, die nach dem Krieg in Ostpreußen zurückblieben. Der Vater war im Krieg, die Mutter starb an einer Lungenkrankheit, und auch sein drei Jahre jüngerer Bruder starb, „weil er den Tod der Mutter nicht verwinden konnte“.

Schröder hielt das Buch „Königsberg. Pr.“ in die Höhe, in dem alle Häuser und Bewohner der ostpreußischen Hauptstadt verzeichnet sind. Weil Königsberg keine Straßennamen kannte, ist auch sein Heimathaus mit „1063, Nummer 40“ verzeichnet. Schröder erlebte als Kind mit, wie Ende Januar 1945 ein SS-Kommando 3000 Juden auf das Eis der Bernsteinküste bei Palmnicken trieb. Dort wurden die völlig entkräfteten Menschen erschlagen, erschossen, ertränkt oder dem Erfrierungstod ausgesetzt. Nur 17 Personen sollen dieses Verbrechen überlebt haben.

Als seine Mutter wegen der Lungenkrankheit immer schwächer wurde, kamen Gerhard und sein Bruder in ein Waisenhaus. Im Oktober 1947 gehörte er zu 50 Kindern, die nach ihrer Ausweisung in

einem verblombten Güterwagen nach Mecklenburg verschickt wurden. Als er in einem Waisenhaus in Saalfeld (Thüringen) angekommen war, veröffentlichte der Sender RIAS in Berlin eine Meldung über den Kindersuchdienst. Darauf meldete sich eine in Berlin wohnende Tante. Sie schickte Gerhard mit den berühmten Rosinenbomben nach Westdeutschland.

Nach seiner französischen Gefangenschaft holte der Vater Gerhard zu sich nach Darmstadt. „Obwohl ich so viel Schreckliches in der alten Heimat Ostpreußen erleiden musste, fahre ich noch immer gerne dorthin“, sagte er. 2010 hat er mit anderen einen Gedenkstein im Garten der Propstei errichtet, der an die 30.000 Waisenkinder erinnert, die diese Zeit nicht überlebt haben. Kriege treffe besonders Kinder. Das sei auch jetzt im Nahen Osten und in der Ukraine so.

Der Landesvorsitzende Gerd-Helmut Schäfer gratulierte dem Landesschatzmeister Kuno Kutz, der kürzlich den Ehrenbrief des Landes Hessen für sein langjähriges Engagement entgegennehmen konnte. Zudem dankte er Kutz für die Vorbereitung der Tagung, bei der die Teilnehmer in der Wetzlarer Stadthalle zusammenkamen und im benachbarten Wetzlarer Hof bewirtet wurden und auch übernachteten.

Imaginäre Reise in den Osten

Jörn Pekrul aus Berlin nahm die Tagungsteilnehmer mit auf eine Reise auf der ehemaligen Reichsstraße 1, die von Aachen im Westen bis nach Eydtkunen in Ostpreußen einst 1392 Kilometer quer durch Deutschland führte. Heute wird sie Bundesstraße 1 genannt und ist die längste und älteste West-Ost-Verbindung Europas, die von Brügge nach Nowgorod durch acht Staaten führt. Pekrul verstand es in seinem zweigeteilten Vortrag, Städte, Ereignisse und Personen miteinander zu verbinden. Dabei brachte er viele Zitate und Gedichte zu Gehör. Er startete mit Heinrich Heine, der einst von Frankreich kommend am Grenzübergang in Aachen festgehalten wurde, als er seine Mutter in Hamburg besuchen wollte. Eine der nächsten Stationen war Köln. In Berlin erinnerte er an Heinrich von Kleist. Aber auch an Marlene Dietrich, die sich nach Amerika vor den Nationalsozialisten ausgewandert, immer als Deutsche verstanden habe. Auch das alte Danzig gehörte in seinen Vortrag. Den größten Teil aber nahm Königsberg ein, stammten doch die

Eltern des 1963 geborenen Referenten aus Ostpreußen. Immer wieder streute er Geschichten von Persönlichkeiten ein, die mit der Strecke verbunden sind. Ob Käthe Kollwitz, 1867 in Königsberg geboren, oder Ernst Theodor Amadeus Hoffmann, meist kurz E.T.A. Hoffmann genannt, der 1776 in Königsberg das Licht der Welt erblickte. Apropos Licht. Pekrul, der im Vorstand der Stadtgemeinschaft Königsberg mitarbeitet, hat seine Vorträge mit vielen Lichtbildern aus historischer und aktueller Zeit untermalt. Aus Insterburg zeigte er den Gedenkstein für Ännchen von Tharau.

Von Geistreichen und Genies

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Ost- und Westpreußen haben die Kulturtagung bestimmt. So stellte Christian Keller (Rödermark) den Gründer der Schichauwerft in Elbing, Ferdinand Schichau, vor. Der Maschinenbauingenieur hatte 1837 seine Fabrik gegründet, die zunächst hydraulische Maschinen, Bagger und Lokomotiven herstellte. 1855 entwickelte er Deutschlands erstes Schiff mit Propellerantrieb. 1872 gründete er die Werft in Elbing. Es folgte eine Reparaturwerft in Pillau und 1890 die Werft in Danzig.

Der Wetzlarer Carsten Ludwig stellte Nikolaus Kopernikus (1473–1543) vor, der in Thorn [Torun] in Königlich Preußen geboren wurde. Der Arzt, Astronom, Mathematiker und Priester habe das Weltbild der damaligen Zeit auf den Kopf gestellt. Wurde bisher angenommen, dass sich das ganze Weltall um die Erde drehen, so stellte er klar, dass sich die Planeten um die Sonne drehen. Damit habe er die

Basis für die Arbeit von Johannes Kepler und Galileo Galilei geschaffen. „Kopernikus war einer der wichtigsten Astronomen aller Zeiten und hatte großen Einfluss auf die Wissenschaft“, so Ludwig.

Stephan Kannowski aus Frankfurt erinnerte an den Kolonialwarenhändler Paul Kornatz aus Treuburg in Ostpreußen (1853–1951). Er war Kannowskis Urgroßvater. Nach dessen Tod sollten viele Unterlagen weggeworfen werden. Doch der Urgroßvater bat darum, noch einmal darin zu stöbern. Dabei fand er einen Koffer mit Tagebüchern, dem Kassenbuch und weiteren Geschäftsunterlagen, die ein Bild vom Leben der Familie in Masuren freigaben. Im Oktober 1945 musste der Vater mit seiner Tochter Hildegard auf dem Pferdefuhrwerk fliehen. Er fand einen neuen Wohnort in Freiburg an der Niederelbe. Immer wieder kommt es vor, dass solche Schätze zu wenig beachtet und bei Haushaltsauflösungen weggeworfen werden. Sowohl die LOW als auch der BdV sammeln solche zeithistorischen Unterlagen und sind froh, sie ins Archiv aufnehmen zu können.

Kulinarisch-köstliche Versuchung

In einem weiteren Vortrag sprach der Mediziner Kristian Hahn, Vorstand der BdV-Ortsgruppe Bensheim, über das Schicksal seiner Familie. Wenn es um Süßigkeiten gegangen sei, habe die in Tilsit geborene Großmutter von Schmaleckchen gesprochen. Überhaupt sei im Ostpreußischen alles in Verkleinerungsform ausgedrückt worden wie „Das Pferdchen“, „das Tellerchen“. Der Großvater hatte einen Milchbetrieb und belieferte die Schulen mit Trinkmilch. Der Stall für 85 Milchkühe wurde nach dem Krieg als Reparaturwerkstatt für russische Panzer genutzt. In der Heimat des Großvaters wurden die Trakehner Pferde gezüchtet. Der Großvater züchtete Rennpferde und errang zahlreiche Preise. Einige dieser Preise hatten Astrid und Kristian Hahn mitgebracht, die die Familie retten konnte. Väterliche Vorfahren hatten große Waldgebiete und waren als Förster tätig. In Nidden [Nidda] auf der Kuhrischen Nehrung hatte der Schriftsteller Thomas Mann ein Sommerhaus gebaut. Weil er sich mit den Nationalsozialisten überwarf, bestimmte Propagandaminister Joseph Göbbels das Sommerhaus zu seiner persönlichen Verfügung. Der Großvater von Hahn erhielt damals einen Schlüssel für das Gebäude. Goebbels sei aber niemals in Nidden gewesen.

Zum Schluss seines Vortrages wurde es kulinarisch. Hahn und seine Frau hatten Königsberger Marzipan mitgebracht, das die beiden mit Brigitte Sattler, Christa Kutz und Andrea Borkenhagen in ostpreußischer Tracht an die Tagungsteilnehmer verteilten.



Süße Spezialität im Angebot: Königsberger Marzipan

Foto: Lothar Rühl



Gerd-Helmut Schäfer zeigt seinen Geburtsort in Ostpreußen

Foto: Lothar Rühl

● AUFGESCHNAPPT

Am 9. November 2007, dem 18. Jahrestag des Mauerfalls, hat der Bundestag beschlossen, vor dem Humboldtforum im Berliner Schloss ein Denkmal zur Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR zu errichten. 2011 wurde der Siegerentwurf gekürt, eine begehbare Schale, die von den Berlinern schnell „Einheitswippe“ getauft wurde. Er sollte 2013 fertig sein. Dann wurde die Fertigstellung auf 2019 vertagt, schließlich war von 2024 die Rede, was dann auch wieder nichts wurde. Mittlerweile haben sowohl das Architektenbüro, das den Entwurf erarbeitet hat, als auch eine mit der Ausführung betraute Stahlbaufirma Insolvenz angemeldet. In- des sind, wie Gunnar Schupelius in der „B.Z.“ schreibt, 12,6 Millionen Euro an Kosten aufgelaufen – zulasten der Steuerzahler. Seit Jahren steht der Sockel da, ohne dass weitergebaut wird. Damit wurde das Projekt weniger zum Denkmal für die historische Leistung der Deutschen in der DDR für die Einheit und Freiheit der Nation, als vielmehr zum Mahnmal für die Unfähigkeit des Staates. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ex-Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen geißelt auf „X“ (25. Juni) einen politischen Missbrauch des Verbots von Volksverhetzung:

„Der Straftatbestand der Volksverhetzung wird inzwischen extensiv ausgelegt und von der politischen Linken, die einen anderen Staat wollen, zur Kriminalisierung und Einschüchterung von Gegnern im Sinne der klassischen sozialistischen Feindbekämpfung instrumentalisiert. Ein liberales Deutschland muss diesen Paragraphen abschaffen.“

Politikwissenschaftler Herfried Münkler nennt im Interview mit dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ („RND“, 25. Juni) einen kardinalen Schwachpunkt deutscher Außenpolitik:

„Wer militärische Macht hat, wer diese auch einsetzen kann, ist in ganz anderer Weise in der Lage, Verhandlungen zu erzwingen. Wer dagegen nur auf Verhandlungen setzt, kann gegenüber einem hartleibigen Gegenüber nichts erreichen. Das ist, was die Europäer im zurückliegenden Monat lernen mussten.“

Ulf Poschardt ruft die Unionsparteien in der „Welt“ (26. Juni) zu mehr Mut gegenüber dem linken Lager auf:

„Will die Union nicht auf ewig durch die ‚Brandmauer‘ an linke Parteien wie die SPD und die Grünen gekettet werden, sollte sie zumindest in ein Gespräch mit jenen eintreten, die als gemäßigte Teile der AfD die Kritik der Bürgerlichen an der AfD teilen ... Was die Union aber nicht tun sollte: aus Angst vor den linken Medien- und Kulturhoheiten zu kuschen, feige und verklemmt.“

Mario Thurnes wirft bei „Tichys Einblick“ (30. Juni) unter dem Eindruck des SPD-Bundestags am vergangenen Wochenende einen Blick auf den trostlosen Zustand der deutschen Sozialdemokratie:

„Die SPD versteht nicht, warum sie in den letzten 27 Jahren ihre Wahlergebnisse mehr als halbiert hat ... Die SPD ist inhaltlich so erschöpft, dass sie sich nur noch an die Macht klammert und ansonsten darin einig ist, die Konkurrenz am liebsten verbieten zu wollen. Politische Schwarzarbeit. Wenn es keine Quittung für das eigene Versagen gibt, kann keiner nachweisen, dass es Versagen war ... Die Genossen haben ihren Kompass verloren. Sie irren durch die Berliner Blase wie Verdurstende in der Wüste.“

● WORT DER WOCHE

„Eine Gesellschaft, die ‚Hass‘ zum Verbrechen deklariert, ist eine tote Gesellschaft – und ähnelt einem Orwell-Staat, der nicht nur das Verhalten, sondern auch die Psyche seiner Bürger überwacht.“

Andreas Rosenfelder in der „Welt“ vom 25. Juni zu den Razzien gegen Verfasser von „Hass-Postings“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein Moment des Glücks

Wo die SPD noch einmal richtig in Schwung kommt, und warum ihr das auch nichts hilft

VON HANS HECKEL

Als die Berichte über den SPD-Parteitag durch die Medien rauschten, musste ich unweigerlich an dieses wunderschöne Bild zurückdenken. Ist erst anderthalb Jahre her, und es waren eigentlich keine gemütlichen Zeiten für die damalige Bundesregierung, die da schon heftig taumelte.

Januar 2024: Die Karlsruher Richter hatten gerade den Bundeshaushalt der Ampel als rechtswidrig geschreddert, die Koalitionäre gingen immer bissiger aufeinander los und auf den Straßen und Plätzen der Republik machten die Bauernproteste den Mächtigen die Knie weich. Doch hier, auf dem Bild, sah man den Kanzler endlich wieder lachen. Olaf Scholz war ganz bei sich auf der Demo „gegen Rechts“. Es war alles perfekt inszeniert: Die staatlich bezuschusste linke NGO Correctiv hatte ein unwichtiges Treffen in Potsdam zu einer Art Vorabend der rechtsradikalen Machtergreifung hochgejazzt und dabei Behauptungen aufgestellt, die sich später, was den faktischen Kern anging, weitgehend in Luft auflösen sollten.

Doch das spielte keine Rolle, war doch der „Kampf gegen Rechts“ das einzige, was dem linken Lager noch geblieben war. Entsprechend glücklich strahlte der sonst gebeutelte Kanzler am Demo-Tag in die Kameras. Beim SPD-Parteitag am vergangenen Wochenende kam das Glück aus der gleichen Ecke. Die SPD liegt trotz Regierungsbeteiligung orientierungslos am Boden. Nur eines brachte die Genossen noch einmal so richtig in Schwung: die Forderung nach einem AfD-Verbot.

Natürlich macht sie sich auch Gedanken über die eigenen, unterirdischen Wahlergebnisse. Daher will man die einfachen Bürger, die einem scharenweise zur AfD davongelaufen sind, zurückgewinnen. Vor allem lenken die Sozialdemokraten ihren sehnsuchtsvollen Blick auf die „Arbeiter:innen“, wie das in Berlin wirklich genannt wurde, die wieder SPD wählen sollen. Ob die Gendervokabel den Sprachgebrauch in den Wohnvierteln der deutschen Arbeiterschaft gut trifft? Seien wir ehrlich: So geschraubt links-elitär sabbelt da kein Schwein. Genauso gut könnte die CDU versuchen, weibliche Jungwähler mit der Anrede „Sehr verehrtes, gnädiges Fräulein“ für sich zu gewinnen. Selbst kurz daneben ist bekanntlich auch vorbei, doch „Arbeiter:innen“ dürfte die Gemüter der Angesprochenen

wohl um mehrere Kilometer verfehlen. Dafür spiegelt er aber aufs Anschaulichste, wie weit sich die rote Funktionärskaste von ihrer früheren Basis entfernt hat. Der ungelente Versuch, da wieder Gefühl aufzunehmen, lässt ahnen, dass es wohl ein Abschied ohne Wiederkehr bleiben wird. Was soll's? Alles hat einmal ein Ende.

Der Beschluss, ein AfD-Verbot anzustreben, wird ein Übriges tun, um die Entfremdung sogar noch zu vertiefen. Die Botschaft der Sozialdemokraten an ihre ins Blaue entschwindenden einstigen Anhänger ist nämlich diese hier: Wenn ihr uns nicht „freiwillig“ wählt, dann nehmen wir euch die Alternative einfach weg. Und zwar mit dem härtesten Instrument staatlicher Machtausübung, das unsere Gesetze für den Parteienkampf im Arsenal haben – dem Verbot!

Das wird Eindruck machen! So überzeugt man Wähler, mit solchen Mätzchen gewinnt man die Herzen der Leute im Land. Um die Erpressung ein wenig zu versüßen, machen die Sozis noch ein paar üppige Sozialversprechen, deren Finanzierung in den Sternen steht. Beides zusammen legt frei, wofür die einstige Arbeiterpartei die arbeitenden Menschen hält: Für käufliche, korrupte Trottel, die nicht rechnen können und – notfalls mit der Rute von Verbotsverfahren – zum Richtigmachen erzogen werden müssen.

Wir basteln uns die Wirklichkeit

Wie kam es nur zu dieser schrecklichen Entfremdung? Warum hat sich die Lebenswelt der linken Funktionäre nur so meilenweit von ihrer früheren Klientel abgesetzt? Vielleicht liegt es daran, dass man sich schon seit geraumer Zeit gar nicht mehr über den Weg läuft, und das betrifft mehr oder weniger das gesamte linke Lager.

Wie soll man nachempfinden, was der Durchschnittsdeutsche im städtischen Freibad erlebt, wenn man selbst seine Runden nur im teuren Edel-Spa mit veganem Bistro dreht? Warum sollte man an der grenzenlosen Kraft der Integration zweifeln, wenn der iranische Zahnarzt oder der freundliche türkische Gemüsehändler im schicken Altbauviertel doch so einen prachtvollen Eindruck machen, weshalb man die Gruselgeschichten aus den Brennpunktvierteln nur als „rechts-populistische Narrative“ brandmarken kann? Früher ist einem die „gesellschaftliche Realität“ spätestens dann begegnet, wenn man sich irgendwo engagiert hat, politisch

—
Wenn ihr uns nicht „freiwillig“ wählt, dann nehmen wir die Alternative einfach weg



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de